

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.30 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 RM pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. in die Post. Sendungen nach Ostpreußen, Litauen, Ostgalizien, Bessarabien, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Ungarn, Österreich-Ungarn, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Persien, Arabien, Indien, China, Japan, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, Antarktika, die Inseln der Welt.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern 10 Pf. für die polnische und griechische Sprache 20 Pf. und für die englische Sprache 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Anzeigen, die nicht länger als 10 Zeilen (jeweils 10 Wörter) umfassen, werden zu einem besonderen Preis abgerechnet. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 50% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 100% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 150% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 200% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 250% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 300% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 350% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 400% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 450% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 500% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 550% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 600% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 650% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 700% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 750% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 800% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 850% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 900% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 950% erhöht. Für die nächsten 10 Zeilen wird der Preis um 1000% erhöht.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Politik der gepanzerten Faust.

Einem Gesandtenrat zur „Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen“ hat die preussische Regierung, wie bereits erwähnt, dem Landtage vorgelegt, und er soll mit großer Geschwindigkeit schon am Mittwoch im Abgeordnetenhaus beraten und bewilligt werden. Was man in Preußen unter der angeblichen „Stärkung des Deutschtums“ versteht, ist allbekannt, und wir brauchen es nicht zu wiederholen: Die Politik der Brutalität, die man seit 26 Jahren in Posen und Westpreußen gegen die Polen anwendet, soll auf einige weitere Provinzen ausgedehnt werden, zunächst auf die „national gefährdeten“ Teile von Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Schleswig-Holstein. Welche Teile als „national gefährdet“ gelten, soll durch königliche Verordnung bestimmt werden. Das Volk aber soll aus seinen Steuergroschen 100 Millionen Mark — vorläufig 100 Millionen; wieviel später nachkommt, weiß man noch nicht — hergeben, um dort den deutschen ländlichen Besitzstand zu „festigen“.

Die Tatsache allein, daß ein solches Gesetz für nötig gehalten wird, beweist seine Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit. Denn wir sagten bereits, es ist ein erster Schritt, um die Politik der gepanzerten Faust über die bisherigen Grenzen hinauszutragen. Wenn aber diese Politik in ihrem bisherigen Wirkungsgebiet die Erfolge gezeitigt hätte, die die preussischen Chauvinisten von ihr erwarten, dann brauchte man sie nicht auf andere Provinzen auszudehnen; wenn die Polen in Posen und Westpreußen durch die 26jährige Verdrückung klein geworden wären, dann brauchte man nicht die Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf andere Provinzen zu fürchten. Statt dessen sagt die Regierung in der Begründung des neuen Gesetzes wörtlich:

„Seit einer Reihe von Jahren bringt das Polentum von seinem Hauptstamm in Westpreußen und Posen aus mehr und mehr in die Grenzgebiete der Nachbarprovinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien ein und sucht dort festen Fuß zu fassen. Zugleich sondert sich in Oberschlesien der polnisch sprechende Bevölkerungsteil infolge der von Posen her hineingetragenen polnischen Volkstumstendenz in wachsendem Umfange politisch und wirtschaftlich ab.“

Ein tollereres Fiasko hat die Welt kaum je erlebt! Nachdem man 26 Jahre lang die bekannte Polenpolitik betrieben hat, die dem Zweck diente, die Polen allmählich zu verdrängen und zur Ruhe zu bringen, ist das Resultat, daß das Polentum nach allen Richtungen hin vordringt, sich ausbreitet und selbst da, wo es vordem ruhig war, in Erregung und Wutung gerät! Es ist derselbe Hereinfluss wie bei dem Kulturkampf und beim Sozialistengeis. Ein drittes glückliches Beispiel der „genialen“ Politik Bismarcks. Und nun, wo sich der Mißerfolg solcher Gewaltspolitik klarlich zeigt, wo die Regierung selbst ihn eingestehen muß, weiß sie sich keinen besseren Rat, als die total verfehlte Maßregel auch anderwärts anzuwenden! Denn auch in Nord- und Ostschlesien zeigt sich — wie die Begründung erzählt — bei dem dänisch gesinnten Teil der Bevölkerung ein ähnliches Bestreben.

Wie stark das Deutschtum in jenen Gegenden zurückgegangen ist, darüber macht die Regierung folgende Angaben:

Im Regierungsbezirk Allenstein sind in der Zeit von 1906 bis 1911 insgesamt 167 Besitzungen = 14 587 Hektar aus deutscher in polnische Hand übergegangen. Rechnet man dagegen auf, wieviel zugleich umgekehrt Deutsche von Polen erworben haben, so bleibt immer noch ein reiner Verlust der deutschen Hand von 146 Besitzungen = 8796 Hektar.

Im Regierungsbezirk Königsberg verlor die deutsche Hand 1906 bis 1911 insgesamt 63 Besitzungen = 2369 Hektar, ihr reiner Verlust betrug 47 Besitzungen = 1789 Hektar.

Die entsprechenden Zahlen im gleichen Zeitraum betragen für den Regierungsbezirk Breslau insgesamt 307 Besitzungen = 11 594 Hektar, reiner Verlust 274 Besitzungen = 9634 Hektar. Regierungsbezirk Liegnitz insgesamt 154 Besitzungen = 3236 Hektar, reiner Verlust 145 Besitzungen = 2744 Hektar. Regierungsbezirk Oppeln insgesamt 1764 Hektar, reiner Verlust 892 Hektar. Aus Nord- und Ostschlesien, Posen, Danemark und Sonderburg erstreckt — werden die Zahlen nur für 1910 und 1911 angegeben. In diesen zwei Jahren wurden insgesamt 201 Besitzungen = 3259 Hektar von Deutschen an Dänen verkauft; der dänische Ueberfluß betrug 10 Besitzungen = 322 Hektar.

Zugleich ist in all diesen Gebieten die Volkszahl der fremden Nationalität stark gewachsen. In den früher rein deutschen pommerischen Kreisen betrug die Zahl der Polen:

	in Västern	Lauenburg	Stolz-Rand
1900	3575	2152	251
1910	4309	2807	808
Zunahme . . .	20 1/2%	30 1/2%	222 Proz.

Noch weit stärker, bis 364 Proz., beträgt die Zunahme der Polen in einzelnen schlesischen Wahlkreisen. Hiergegen weiß nun die Regierung, wie gesagt, kein anderes Mittel als die alte, beliebte, wenn auch so gänzlich

hereingefallene Politik der gepanzerten Faust. Zwar hören wir vorläufig noch nichts von Enteignung und An siedelungs- verboten. Zunächst soll nur der deutsche Besitzstand „gefestigt“ werden. Es sollen nämlich durch die 100 Millionen solche Güter angekauft werden, von denen man annimmt, daß sie sonst in polnische oder dänische Hände übergehen, und die sollen dann als Rentengüter an deutsche Landwirte oder Arbeiter gegeben werden. Das soll aber der Staat nicht nur direkt tun, sondern er soll sich auch an „gemeinnützigen“ Gesellschaften beteiligen, „denen die Vermittlung bei der Bildung der Rentengüter und die Sicherung der Schadloshaltung des Staates übertragen wird“.

Es ist das eine Maßregel, die in Posen und Westpreußen ebenfalls schon lange in Übung ist. Wie das gemacht wird und was dabei herauskommt, das hat im vorigen Jahr der polnische Abgeordnete v. Trampejnski recht drastisch geschildert. Es wird dem verschuldeten Besitzer ein langer gedruckter Vertrag vorgelegt. Aber, wie das selbstverständlich ist, liest er ihn gewöhnlich nicht. Durch den Vertrag erwirbt die Posener Mittelstandskasse das Gut, sie verkauft es an die An siedelungskommission, und die verkauft es als Rentengut wieder an den Besitzer zurück. Dieser hat dadurch den Vorteil, daß er von seinen Schulden zirka 1 Proz. weniger Zinsen zu zahlen hat; aber dafür muß er in Kauf nehmen: erstens ein Vorkaufrecht der An siedelungskommission, zweitens eine Beschränkung der freien Benutzung, endlich, im Fall des Verkaufs, einen Abzug von 15 Proz. des Marktwertes. Die letzte Bestimmung ist die wesentliche, denn sie eben soll den Verkauf an Polen verhindern. Sowie der Besitzer etwa später, nach dieser famosen „Festigung“ seines Besitzes, das Gut verkaufen will, kommt die An siedelungskommission mit ihrem Vorkaufrecht und zahlt ihm nur 85 Proz. des Wertes. Sein Urteil über dieses Gebaren sollte Herr v. Trampejnski in die Worte zusammenfassen: „Es stellt wirklich der Intelligenz der Deutschen in Posen und Westpreußen ein trauriges Zeugnis aus, daß sich 809 kleinere und 57 größere deutsche Besitzer gefunden haben, die darauf hineingefallen sind!“

So etwas Ähnliches also will man nun auch in den anderen Provinzen schaffen. Da ist es gut, zum Schluß auch noch daran zu erinnern, daß nach den Erfahrungen in Posen die Einrichtung auch vielfach von solchen Leuten benutzt wird, die ihre Gläubiger betrügen wollen. Wir zitieren wieder Herrn v. Trampejnski: „Wenn jemand viel Privatvermögen hat, aber verhältnismäßig wenig eingetragene Schulden, so kann er einfach zur Mittelstandskasse gehen, die macht den Kaufvertrag zugunsten der An siedelungskommission — und die Privatgläubiger können an das Gut nicht mehr heran.“ Denn laut gerichtlichem Urteil können solche Güter zwar subhastriert werden, aber der Zuschlag kann nur mit Genehmigung der An siedelungskommission erteilt werden. „Der brave Mann braucht sich also immer nur einen polnischen Schieber anzuschaffen, der immer das Meistgebot abgibt“, dann wird der Zuschlag nie erfolgen, und er bleibt trotz seiner Schulden im Besitz des Gutes. Klarlich soll im Bezirk Posen ein solches Gut nicht weniger als fünfmal versteigert worden sein.

Derartige Zustände nun auch auf andere Provinzen auszudehnen, dürfte sicherlich nicht im Interesse des Deutschtums liegen, noch weniger aber im Interesse der Reinlichkeit und der Moral.

Das Schnaps- und Braukapital gegen einen evangelischen Pfarrer.

Professor Dr. A. Sorel-Jütich schreibt uns: Ein protestantischer Geistlicher hat kürzlich die Macht des Alkoholkapitals zu spüren bekommen. Auf der Alkoholgegenwoche, die in Dresden anlässlich der Hygienenausstellung 1911 stattfand, hatte neben verschiedenen anderen Alkoholgegnern auch der Pfarrer Dr. Burt das Wort genommen, um den Einfluß des Alkoholkapitals zu kennzeichnen. Er warf dem Alkoholkapital vor, daß es ein Lebensinteresse an dem Bestehenbleiben des Alkoholismus habe, den es erst hervorgerufen habe und von dem es lebe. Darum sei es ein unfittliches Kapital, das bekämpft werden müsse. Dieser Gedankengang wurde von dem Pfarrer Burt mit leidenschaftlichen Worten variiert und namentlich auch der Zusammenhang zwischen der Prostitution und den Geschlechtskrankheiten und dem Alkoholismus beleuchtet. Daraufhin wurde Pfarrer Burt von 88 Interessenten gerichtlich zur Redenshaft gezogen. Die Anklage, die unter anderem von Staatsräten, Justizräten, Brauereidirektoren, Kommerzienräten, Gastwirten usw. ausging, lautete auf Verleumdung.

Professor Dr. Leimbach schreibt nun hierüber: „Es ist für die Situation charakteristisch, daß Burt nicht etwa deswegen verklagt war, weil man hoffte, er werde den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht antreten können. Doch ihm das schon gelungen war, mußte jedem, der den Vortrag gehört oder die Broschüre gelesen hatte, klar sein, und so verzichtete man darauf, dies durch ein Gerichtsurteil sich bestätigen zu lassen. Lediglich das warf man ihm vor, daß er durch seine ganz allgemeinen, gegen keine einzelnen gerichteten, sachlich offenbar nicht zu beanstandenden Ausführungen doch einzelne Menschen herabgesetzt habe. Es wird ja keiner leugnen wollen, daß die Worte, die Pfarrer Dr. Burt gebraucht hat, wichtig sind. Es ist eine Sprache, wie wir sie häufiger in der Bibel als in unseren modernen Zeitungen finden. Ganz gewiß. Aber man sollte doch zugeben, daß das nicht bedenklich gegen Dr. Burt

machen muß, sondern daß das in den Dingen, welche zur Kritik stehen, notwendig begründet liegen kann.“

Zwei Punkte sind aus den Verhandlungen hervorgegangen: „Pfarrer Burt wurde beschuldigt, behauptet zu haben, die Brauereidirektoren seien gemeine Gauner.“ Dieser Ausdruck wurde in dem Brauerinteressenblatt „Schutz und Trutz“ als stenographisch feststehend angegeben. Pfarrer Burt bestritt, diesen Ausdruck gebraucht zu haben. Professor Forel hat auch nichts davon gehört. Als der angebliche Stenogrammbesitzer verurteilt werden sollte, sagte er, er habe nur einzelne stenographische Notizen gemacht, die er schwerlich mehr bejähre!

Höchst interessant ist folgendes: Es wurde nachträglich festgestellt, daß im Schöffengericht einer der Schöffen, Herr Paul Hennig, interessierter Wein- und Vikarhändler in Dresden ist (Deliktessenhandlung).

Das Gericht verurteilte Pfarrer Burt am 27. Februar 1912 zu 250 M. Strafe und Tragung der Kosten. Die Verurteilung bestätigte Ende April das Urteil.

Bezeichnend ist noch folgendes: Die Interessenten hatten sich über Pfarrer Burt beim Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium in Dresden beschwert. Letzteres erließ nun am 19. Dezember 1911 eine Verordnung an Pfarrer Burt, die freilich, auf seine Broschüre gestützt, die tatsächlich mildere Form seiner Ausdrücke anerkannte, dieselben jedoch nicht billigte und seine Ausdrucksweise als über das zulässige Maß hinausgehend bezeichnete. Die Verordnung sagt noch wörtlich:

„Auch sachlich erscheinen Burts Angriffe insofern als unbegründet, als die Herstellung und der Vertrieb geistiger Getränke als solche weder vom Standpunkt der christlichen Glaubenslehre noch von dem des christlichen Sittengesetzes aus als verwerflich bezeichnet werden darf, vielmehr das Unfittliche immer nur in bestimmten scharf zu umschreibenden Mißbräuchen gefunden werden darf. Wir haben deshalb Pfarrer Burt ermahnen zu ermahnen, daß er nicht erstere Maßnahmen gewärtigen will, bei seinem Kampf gegen den Alkoholismus alle unberechtigten Angriffe gegen andere zu vermeiden.“

Das sind also die nackten Tatsachen. Zunächst möchte ich feststellen, daß Christus, der die Pharisäer und Schriftgelehrten Geißler nannte und mit ebenso großer Energie gegen die Geldkorruption seiner Zeit und mit ebenso scharfen Worten auftrat wie Pfarrer Burt, logischerweise vom Dresdener Schöffen- und Landgericht — wenn dieses damals in Jerusalem getagt hätte — wegen Verleumdung hätte verurteilt werden müssen. Ja, es wäre erheiternd, wenn es nicht so traurig wäre, festzunehmen, daß Leute, welche heute als Säulen von Thron und Altar — d. h. des nominellen Christentums — gelten, solche Vertreter der christlichen Lehre, die konsequent sein wollen und die kapitalistische Korruption scharf und ungehämmt angreifen (statt dieselbe mit Glacehandschuhen anzufassen und ihre Hülflinge zu machen), zur gerichtlichen Verurteilung bringen!

Das sind banale Sündenwörter. Der Fall Burt bringt sie uns aber scharf zum Bewußtsein.

Ich stehe als Protestant und Sozialist auf einem ganz anderen Boden als Herr Pfarrer Burt. Das hindert mich aber durchaus nicht, seinen Mut und seine Konsequenz, seine Ueberzeugungstreue und seine scharfe und klare Kennzeichnung der verderblichen Rolle des Alkoholkapitals voll und ganz anzuerkennen.

Bei dieser Gelegenheit sieht man, zu welchem Grade von Abhängigkeit, von Unfreiheit eine Staatskirche gelangt und gelangen muß. Sie kann nicht mehr das Schlechte bekämpfen, wenn der Staat und seine Geldinteressen es nicht zulassen. Dadurch stellt sie zum leeren Formalismus und zum Zwangsinstitut herab, wodurch nur eine gedankenlose Heuchelei großgezogen wird.

Die Gemeindewahlen in Frankreich.

Paris, 6. Mai. (Ag. Ver.)

Es ist natürlich zur Stunde noch unmöglich, das Resultat der Wahlen, die gestern in allen 36 241 Gemeinden Frankreichs vorgenommen worden sind, in einer detaillierten Statistik vorzuführen. Immerhin liegen die Ergebnisse aus den größeren Städten und aus einer genügend großen Zahl kleinerer Gemeinden in industriellen und agrarischen Departements vor und so kann man ein allgemeines Urteil wagen, daß durch die noch nachkommenden Meldungen kaum umgestoßen werden wird.

Im ganzen läßt sich sagen, daß die Parteien ihre Stellungen behauptet haben. Die radikale Presse wird — sie fängt schon heute damit an — daraus einen „Sieg der Republik“ ableiten. Sie ist eben schon so bescheiden geworden, daß sie zufrieden ist, wenn sie nur faule Fische und keine Schläge dazu bekommt. Bei der besondern Art der kommunalpolitischen Interessen ist eine kommunale Partei, die sich mit der Regierung verhält, gegenüber den oppositionellen Richtungen von vornherein im Vorteil, so daß es schon ein Rückschritt ist, wenn sie nicht noch gewinnt. Wenn man nach den Ziffern in den großen Gemeinden urteilen kann, ist aber das Stimmenergebnis für die Radikalen durchaus nicht günstig. Sowohl ihre Gegner auf der rechten Seite — d. h. vor allem die Progressisten und die ihnen benachbarten nationalistischen Gruppen — wie die geeinigten Sozialisten zu ihrer Linken haben ihnen Terrain abgenommen.

Das zeigt sich besonders deutlich in Paris. Der Pariser Gemeinderat zählt 80 Mitglieder. Bisher hatten die „reaktionären“ Gruppen nominell eine Minderheit von zwei, tatsäch-

sich eine Mehrheit von etwa fünf Stimmen. Die sozialistische Fraktion zählte elf Mitglieder. Von den Mitgliedern des früheren Gemeinderates sind nun gestern im ersten Wahlgang 55 wiedergewählt worden und zwar 33 von der Rechten (von 39), 18 Radikale und unabhängige Sozialisten (von 30) und neun geeinigte Sozialisten. Die Sozialisten hatten 1908 sieben Kandidaten im ersten Wahlgang durchgebracht und waren an sechs Stichwahlen beteiligt. Diesmal stehen sechs von ihnen in der Stichwahl an erster Stelle, von denen anderen, die in Bezirken aufgestellt sind, wo ein zweiter Wahlgang nötig ist, haben einige nicht schlechte Aussichten. Die Wiederwahl der Genossen Herbécourt und Nabarre (dieser ist erst vor einiger Zeit der Partei beigetreten), die ihre Mandate im zweiten Wahlgang zu behaupten haben, ist sicher.

Die Aussichten der Partei für den zweiten Wahlgang sind also recht günstig. Wichtiger aber noch ist das Stimmenergebnis. Es zeigt ein ansehnliches Wachsen des Einflusses der sozialistischen Propaganda. 1904 hatte die Partei 95 000, 1908 105 000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, gestern 116 000. Die Rechtsparteien haben gegen 1908 gleichfalls Stimmen gewonnen (135 000 gegen 113 000). Dagegen haben die Radikalen und unabhängigen Sozialisten zusammen 50 000 Stimmen verloren.

Von Einzelergebnissen sind folgende zu erwähnen: In zwei Bezirken (Odeon) und (St. Thomas d'Aquin) hatte die sozialistische Partei Frauen kandidiert; die Genossinnen Renaud und Dr. Pelletier. Die erste bekam 482 gegen 2066 reaktionäre Stimmen, die zweite 143 von 3609 abgegebenen. — Im Quartier Soutte-d'Or, das zuletzt vom „unabhängig“ gewordenen Sozialisten Geppenheimer vertreten war, ist Genosse Cahin in der Stichwahl. Er hat 1400 von 8000 Stimmen bekommen, ein Reaktionsär hat 2000, der „Syndikalist“ Loffin 1200 Stimmen, ebenso viel ein „unabhängiger“ Sozialist, ein anderer Kandidat mit derselben Etikette 800. Außerdem haben zwei weitere „liberale“ Kandidaten 1300 Stimmen. Die Wahl Cahins scheint gesichert. — Im Viertel des Père Lachaise hatte der reklamefähige Sekretär des Rietersyndikats Cochon, dem seine Berühmtheit zu Kopf geblieben ist, seine Kandidatur gegen den Parteiveteran Landrin aufgestellt. Dieser Verrat erregte in der organisierten Arbeiterschaft ungeheure Erbitterung. Cochon konnte die Wiederwahl des außerordentlich beliebten Landrin nicht verhindern. Dieser brang mit 4600 von 9000 Stimmen durch. Der verräterische Hanswurst brachte es auf 550.

Von den Resultaten in der Provinz sind folgende hervorzuheben: In Lyon ist die Situation unverändert, die Radikalen sind im zweiten Wahlgang der Mehrheit sicher. Gen. Deputierter Rognon hat sein kommunales Mandat in der Stichwahl zu verteidigen. — In Marseille, wo die Sozialisten und Radikalsozialisten zuletzt die Mehrheit hatten — der Bürgermeister war Gen. Cadonat —, ist ihre gemeinsame Liste mit 26 000 gegen 38 000 Stimmen der gemäßigten Parteien unterlegen. Verloren haben die Sozialisten St. Quentin gegen eine bürgerliche Koalition. Limoges haben sie glänzend erobert. Sehr gut schneiden sie in Poitiers ab, wo alle Parteien übereingekommen sind, die Mandate proportionell aufzuteilen. Die geeinigten Sozialisten haben 33 Proz. der Stimmen erhalten und bekommen 14 von 36 Sitzen. In Orléans konnten die Sozialisten nur 3 Mandate im ersten Wahlgang behaupten, 14 gewannen die Reaktionsäre. Ueber 19 entscheidet der zweite Wahlgang. Carmaux wurde mit vermehrter Stimmenzahl behauptet. In Lille siegte die ganze reaktionäre Liste. In Roubaix ist Stichwahl. Die Sozialisten stehen an erster Stelle gegen die Reaktionsäre. Roanne ging der Partei verloren. Die Progressiven sind die Sieger. In Lens wurde die Liste Daslys mit großer Mehrheit wiedergewählt. In vielen Orten im Nord und Pas-de-Calais haben die Sozialisten die Mehrheit oder doch neue Mandate gewonnen. In Dijon siegte die sozialistische Liste, ebenso in Montceau-les-Mines, weiter in der großen Vorstadt von Rouen Sotteville. Behauptet wurde Narbonne. In Toulouse ist ein zweiter Wahlgang nötig. Die Sozialisten haben gute Aussichten.

Als Skuriosum sei erwähnt, daß in Maraussau im Departement Hérault infolge der Abwesenheit der Wähler nicht einmal das Wahlbureau konstituiert werden konnte. Kandidaten waren auch keine vorhanden. Maraussau ist die große Wingergemeinde, deren Einwohner eine große Verkaufsgenossenschaft organisiert haben. Sie galt bisher als sozialistisch.

Der Krieg.

Die Italiener auf Rhodus.

Konstantinopel, 6. Mai. Dem Kriegsministerium sind durch Vermittlung des optischen Telegraphen Einzelheiten über die Landung der Italiener auf Rhodus zugegangen, die im wesentlichen nichts Neues besagen. Die italienischen Verluste werden auf zwei Artillerieoffiziere und mehrere Soldaten angegeben; ein italienischer Artillerieunteroffizier ist gefangen genommen worden. Der Verkehr durch den optischen Telegraphen dauert ununterbrochen fort.

Die Dardanellen wieder für die Durchfahrt geöffnet.

Mailand, 7. Mai. Wie der „Secolo“ aus Neapel meldet, traf gestern bei der sizilianisch-amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaft die telegraphische Nachricht ein, daß der Paketdampfer „Antino“ die Dardanellen durchfahren hat, um nach Odessa zu gelangen. Auch bei dem Neapel Bureau des Norddeutschen Lloyd ist eine Bestätigung von der Wiederöffnung der Dardanellen eingetroffen.

Eine türkische Anleihe.

Konstantinopel, 7. Mai. In dem gemeldeten Anleihevertrage sichert sich die Gruppe der Banque Ottomane das Optionsrecht für eine Anleihe von 10 Millionen zu 4 1/2 Proz., welche durch die Zolleinkünfte von Salonik, Smyrna, Beirut und zwei anderen Städten garantiert wird. Die Anleihe wird als bereits abgeschlossen betrachtet. Während einer einschlägigen Frist wird die Bankgruppe der Regierung Vorschüsse bis zu 2 1/2 Millionen gewähren.

Die Griechen und der Krieg.

Genosse Partus schreibt uns aus Konstantinopel: Der Patriotismus des osmanischen Patriotismus ist in Asien und Afrika. Der Patriotismus ist dort zugleich Fremdenhass. Die Türken werden dabei noch von den Arabern überboten. In der europäischen Türkei aber gibt es vor allem einen offiziellen Patriotismus. Die Regierung, die Offiziere, die Beamten, sind Patrioten von Amts wegen. Die türkische Bevölkerung von Konstantinopel ist patriotisch, weil sie intuitiv fühlt, daß mit der Existenz des osmanischen Reichs auch ihrem Dasein in Konstantinopel ein Ende gesetzt wäre. Anders die Griechen,

Sie wissen, daß mit der Schwächung des Türkentums ihre eigene Herrschaft in Konstantinopel aufzuheben würde. Sie sind deshalb nicht nur nicht patriotisch, sie sind direkt unpatriotisch. Dieser Unterschied der politischen Stimmung ergibt sich aus dem Unterschied der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Türken haben in neuerer Zeit aus ihrer Mitte eine Anzahl Gelehrte und Großhändler ausgeschieden. Die Mehrzahl der Konstantinopeler Türken sind entweder Beamte oder gehören Berufsarten an, die unter der kapitalistischen Entwicklung unrentabel verloren sind, wie z. B. Kupferleute, Kleinbäcker, kleine Gastwirte, Handwerker, die noch in der primitivsten Weise arbeiten, oder sie bilden die Plebs unbestimmter und vagierender Berufsarten, wie Straßenhändler und Straßenmusiker, Schreiber auf öffentlichen Plätzen und eine Anzahl Bettler, vom Sotla, dem angehenden Gottesgelehrten, bis auf den in Lumpen gehüllten Krüppel. Es begannen in der letzten Zeit auch bedeutende Gaden türkischer Arbeiter sich anzusammeln. Doch diese zählen in der Staatspolitik vorläufig noch nicht mit, auch ist ihre Zahl gering im Vergleich mit den übrigen Schichten der türkischen Bevölkerung. Mit der türkischen Beamtenschaft und dem türkischen Militär, das aus der Provinz nach Konstantinopel zusammengezogen wird, werden, wenn einmal das türkische Regime fallen würde, alle oben erwähnten sozial unsicheren Elemente unweilhaftig aus Konstantinopel verschwinden. Stambul, die türkische Byzanz, zugleich das geistige Zentrum des Islams, wird aufhören zu existieren.

Dagegen bilden die Griechen stets die soziale Grundlage von Konstantinopel, sie sind es auch jetzt noch und können höchstens nur in einer ferneren Zukunft, vielleicht von den Slaven, aus dieser Stellung verdrängt werden. Sie sind nicht nur die Masse der Bevölkerung, sie halten das ganze geschäftliche Leben der Stadt in ihren Händen. Die Griechen sind deshalb sicher, unter jedem Regime ihre hervorragende soziale Stellung in Konstantinopel bewahren zu können, und versprechen sich von einer Schwächung der türkischen Autorität nur eine Stärkung ihrer eigenen Machtstellung.

So sehen wir denn auch, daß die griechische Bourgeoisie von Konstantinopel dem italienisch-türkischen Kriege gegenüber von vornherein eine indifferente Stellung angenommen hatte. Es hieß, daß sei eine Auseinandersetzung zwischen der türkischen und der italienischen Regierung, die die griechische Nation nicht angehe. Die Wahlstatistik des offiziellen Jungtürkentums, das in der wildesten Weise künstliche türkische Majoritäten schuf und mit brutaler Gewalt jede oppositionelle Bewegung niederdrückte, hat, selbstverständlich, auch nicht vermocht, die griechische Bevölkerung mit Patriotismus zu erfüllen. Das Ergebnis dieser Wahlstatistik ist vielmehr, daß die griechisch-bulgarische Einigung, die schon vor den Wahlen vorbereitet wurde, eine ungeahnte Festigkeit gewonnen hat, und beide Nationalitäten in eine stärkere oppositionelle Stellung gedrängt worden sind, als sie selbst beabsichtigten.

Rumneze, da die europäische Türkei und vor allem Konstantinopel unmittelbar unter dem Krieg zu leiden haben, zeigen sich die verhängnisvollen Folgen der neutralen Stellung der griechischen Geschäftswelt. Ohne Begeisterung für den Krieg, glaubte sie nicht an einen Erfolg der Türkei, rechnete nicht mit einer langen Dauer des Krieges, ließ die Dinge sich entwickeln und tat nichts, um den vorauszuwärtigen wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges entgegenzuwirken. Man schränkte nur die Geschäfte und die Kredite ein, um sich vor Schaden zu bewahren. Das aber erwies sich jetzt als großer Mangel für die Bevölkerung. Denn es gibt keine Vorräte in der Stadt. Als die Sperrung der Dardanellen eintrat, da hatten die hiesigen Dampfmaschinen nur noch für wenige Tage Kohlen vorrätig. Statt ihre Produktion zu erweitern, mußte sie sie vielmehr einschränken. Im Bereich schon, daß die Bevölkerung sich vor allem in die Bäckereien flüchtete, um sich mit Brot zu versehen und daß infolgedessen die Preise enorm stiegen. Die Regierung erließ Preisverordnungen, drangsalierte sowohl die Bäcker wie die Bevölkerung und doch mußte sie soeben eine Preis-erhöhung zugehen. Denn die Bäcker erklärten, sie müßten sonst ihre Läden schließen, weil die Mehlpreise gestiegen seien und sie infolgedessen das Brot zu dem früheren Preise nicht mehr liefern können. Obwohl längst Mehl aus den Häfen des Schwarzen Meeres bezogen werden konnte, um dem Mangel abzuhelfen, ist doch bis jetzt nichts geschehen. Wie an Kohle und Mehl, so fehlt es an Reis, das hier ein Vollnahrungsmittel bildet; es fehlt an Zucker, Tee, Kaffee und noch einer Reihe anderer Massenprodukte. Nichts geschieht, um Ersatz zu schaffen; nichts, um die durch die Sperrung der Dardanellen unterbrochenen Handelsverkehre auf andere Wege zu leiten. Die Regierung sieht diesen Dingen verständnislos entgegen, und die Geschäftswelt verhält sich passiv.

Dafür aber wurde am Ansturmstage eine große Militärparade abgehalten. Es nahmen daran auch die Konstantinopeler Milizen teil. Das sind Leute, die sich vom Militärdienst losgelöst halten, aber, von Zeit zu Zeit für einige Tage in die Militäruniform gesteckt werden. Die weitens größte Zahl von ihnen sind die Griechen. Für die Stimmung, die in diesem Milieu herrscht, ist folgende Aeußerung kennzeichnend: „Die Regierung sollte vor uns Respekt haben, denn zusammen mit den Armeen Bulgariens und Griechenlands bilden wir ein Heer von 300 000 Mann.“ Es war das nicht etwa ein berufsmäßiger Politiker, sondern ein Durchschnittsbesitzer aus der Masse, der vor mir diese Aeußerung getan.

Die Revolution in China.

Die Anleihefrage.

Peking, 7. Mai. (Meldung des Reuters Bureau.) Tangschao hat die Anleiheverhandlungen dem Finanzminister übertragen, der heute mit den Vertretern der sechs Banken konferierte. Der Minister gestand den Banken das Recht zu, zu ersuchen, in welcher Weise die Regierung die Teilbeträge der Anleihe auszugeben gedenke. Die Kongruppe legte darauf die Bedingungen dar, unter denen sie mit Finanzierung Chinas unverzüglich beginnen wolle. Das Kabinett wird morgen über diese Bedingungen berichten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai 1912.

Aus dem Reichstage.

Nach einer kurzen Erörterung der Haushaltsrechnung für die Schutzgebiete wurde auch heute wieder eine Frage der Geschäftsordnung in ausgiebiger Debatte besprochen. Es handelt sich um die Festsetzung der Mindeststärke der Fraktionen. Die Geschäftsordnung kennt die Fraktionen eigentlich nicht, die sich in die Praxis der Geschäftsführung von selbst eingeführt haben. Von diesem Widerspruch zwischen den Tatsachen und dem Hausgesetz haben bisher die kleinen Gruppen des Hauses namentlich bei der Festsetzung der Rednerliste ungebührlichen Nutzen gezogen, und es ist von Anfang der Session an unangenehm aufgefallen, daß in jeder Diskussion die Fraktion Rum und die Fraktion Posadowsky sich so viel Rechte zubilligen, wie sie die großen Parteien besitzen. Die Kommission schlägt nun eine Aenderung vor, indem sie nur eine Mitgliedervereinigung von wenigstens 15 Mitgliedern, und zwar Vollmitgliedern und Hospitanten, als Fraktion gelten lassen will. Dagegen wendet sich die durch die Reichstagswahlen dezimierte Reichspartei. Sie möchte ihrer Not abhelfen, indem sie auch die „Jagdhäuten“ mitgerechnet haben möchte. Herr Mumm kommt ihr seinerseits mit einem besonderen Antrag zur Hilfe. Die sozialdemokratische Fraktion dagegen will das Recht der Wähler vor allem respektiert wissen und beantragt deshalb einen Zusatz zum Kommissions-

antrag, der auch die Zahl der abgegebenen Stimmen entsprechend berücksichtigt. Die Abstimmung über die Anträge, die teilweise namentlich sein wird, findet morgen statt, nachdem die Debatte heute geschlossen worden ist.

Es war lehrreich und pikant, Herrn Dr. Arendt und den Freiherrn v. Camp als die Vertreter von Minderheitsrechten zu hören, die Herren, die seinerzeit den Bruch der Geschäftsordnung zum Zwecke der Verewaltung einer Minorität geleitet und mitgemacht haben. Daran hat in wirksamen Worten vor allem Genosse Haase hingewiesen. Er erklärte wiederholt, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, an den kleinen Gruppen der Rechten die alte Schuld heimzuzahlen, daß sie vielmehr, wenn es sich um die Zusammensetzung von Kommissionen handeln wird, für die Vertretung aller Minderheiten sorgen wird. Diesmal handelt es sich — und das wollten Herr Dr. Arendt und seine Freunde gern bewirken — um die Fixierung der Fraktionsstärke, für die eine gewisse Gemeinschaft der politischen Anschauung jedenfalls Voraussetzung sein muß. Die Fortschrittler, die Nationalliberalen und das Zentrum traten ebenso wie unsere Fraktion für den Kommissionsantrag ein.

Die Resolution der Budgetkommission, die entgegen dem besannten Erlaß des Staatssekretärs Dr. Solz, die Gültigkeit der zwischen Eingeborenen und Weißen auf Samoa abgeschlossenen Ehen anerkannt wissen will, wurde dann weiter verhandelt. Fortschrittler und Nationalliberalen haben sich in einer gemeinsamen Antrag um eine klare Stellungnahme herumgedrückt, in dem sie die Regelung der Rechtsverhältnisse fordern, ohne freilich zu sagen, wie sie sich diese Regelung denken. Auch aus den Reden des Fortschrittlers Dr. Brauband und des Nationalliberalen Freiherrn v. Nicht-hofen war das nicht zu entnehmen. Genosse Ledebour kritisierte noch einmal mit klarer Argumentation den Sinn und die Sprache des Erlasses. Er lehnte auch das verheißene Kompromiß ab, das die bürgerliche Linke in diesem Falle unternimmt.

Auch über den Antrag der Budgetkommission wird morgen nach Beendigung der Debatte namentlich abgestimmt werden.

Die unschuldige Polizei.

In der Etatsberatung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag brachte unser Genosse Hirsch eine Reihe von Fällen zur Sprache, die drastisch beweisen, daß Preußen tatsächlich ein Polizeistaat ist. Das Genueverbot gegen die freie Volkshähe, der die Aufführung von Rosenows „Die im Schatten leben“ aus „ordnungspolizeilichen Gründen“ untersagt wurde, das Auftreten der Breslauer Polizei, die einen förmlichen Sport mit der gewaltsamen Entfernung roter Kranschnellen bei Leidenbegünstigten treibt und sogar gegen Recht und Gesetz Sozialdemokraten verhindert, in Leidenhallen verstorbenen Genossen Kadrupe zu widmen, das standalöse Vorgehen der Polizei in Essen, die sich widerrechtlich in den Besitz der Mitgliederlisten des Transportarbeiterverbandes gesetzt und sie zu denunziatorischen Zwecken mißbraucht hat — all das wurde von dem Genossen Hirsch gebührend gebrandmarkt. Wer aber der Meinung ist, der Minister würde seine untergebenen Organen zur Innehaltung der Gesetze auffordern, der befindet sich in einem schweren Irrtum. Herr v. Dallwitz denkt gar nicht daran. Die einzelnen Fälle sind ihm teils nur aus der Tagespresse bekannt, die von ihm eingeforderten Berichte liegen noch nicht vor, teils geht er einer Antwort aus dem Wege, teils billigt er das Verhalten der Polizei. Das gilt namentlich für die Breslauer Schutzleute, die durch ihr Auftreten bei Leidenbegünstigten die Gefühle der Leidtragenden aufs schwerste verletzen. Unter Berufung auf eine Entscheidung des Reichsgerichts erblickt Herr v. Dallwitz in Leidenzügen, in denen Kränze mit roten Schleifen getragen werden, öffentliche Aufzüge, die der Genehmigung bedürfen. Selbst wenn das richtig wäre, daß aber die Polizei daraus doch noch lange nicht das Recht zu einem gewaltsamen Vorgehen herleiten. Ueber diesen heißen Punkt schweigt sich der Minister aus.

Ebenso wenig war er imstande, die schweren Anklagen des Abg. Korfanth gegen die Handhabung des Vereinsgesetzes zu entkräften. Innerlich ist er zweifellos von dem ungeschickten Verhalten seiner Polizeigenossen überzeugt; das ist auch der Grund, warum er bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im vorigen Jahre nicht im Reichstage erschienen ist. Unter dem Jubel seiner innerlichen Freunde erklärte er, daß er dazu nicht verpflichtet sei. Natürlich, im Dreiklassenparlament ist es ja auch viel bequemer, sich zu verantworten.

Nebenher ging eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Lohmann (nack.) und dem Genossen Hirsch über den Terrorismus. Unser Genosse bekannte sich dabei, entsprechend unseren Parteitagebeschlüssen, als Gegner des Terrorismus, der nur durch die Befestigung der öffentlichen Stimmabgabe aus der Welt zu schaffen sei.

Nach Bewilligung des Etats gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten verlas das Haus.

Mittwoch: Beschäftigungsgesetz (Schutz des Deutschtums).

Die „Nationalzeitung“ gegen die preussischen Nationalliberalen.

Ueber den jüngsten Heldenstreik des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses Herrn v. Erffa, der den Genossen Hoffmann wegen Beleidigung des Krieges zur Ordnung gerufen hatte und den nicht minder glorreichen Heldenstreik der braven Nationalliberalen, die sich durch eine geradezu lächerliche Auslegung der Geschäftsordnung der Unannehmlichkeit entzogen, über den unsäglichen Ordnungsruf des Herrn v. Erffa zu Bericht setzen zu müssen, schreibt das führende Organ der Nationalliberalen, die „Nationalzeitung“:

„Der Protest des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann gegen einen Ordnungsruf, den ihm der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Dr. Freiherr von Erffa erteilt hatte, wurde gestern als nicht rechtzeitig erhoben und daher unwirksam angesehen. Die Geschäftsordnung des Hauses bestimmt, daß der Einspruch gegen einen Ordnungsruf am nächsten Tage erfolgen muß. Die Aufregung des Abgeordneten Hoffmann war am Sonnabend geschwunden, und da das Parlament am Sonntag natürlich nicht tagt, nahm Abg. Hoffmann an, daß die Sonntagspause bei der Berechnung der Berichtsfrist nicht in Betracht komme. Auch der Präsident des Abgeordnetenhauses machte in lokaler Weise den Vorschlag, den Sonntag, den 5. Mai, bei der Fristberechnung auszuhalten. Eine solche Auslegung der Geschäftsordnungsbestimmung stünde im Einklang mit der Übung im bürgerlichen und geschäftlichen Leben und wäre somit ganz sinngemäß und zweckmäßig gewesen. So bedauerlich es ist, wenn ohne Not durch eine unglückliche Hand-

habung der Geschäftsordnung die parlamentarische Freiheit eingeschränkt wird, so hat doch die Mehrheit des Hauses den liberalen Vorschlag des Präsidenten abgelehnt und sich dafür entschieden, pedantisch und buchstäblich sich an die Geschäftsordnung zu halten.

Die Berechtigung eines Ordnungsrufes wird dadurch einer Überprüfung entzogen. Um so mehr muß öffentlich erklärt werden, daß auch vom nationalen Standpunkt dieser Ordnungsrufer, den der Abg. Hoffmann für seine Aeußerung, der Krieg bleibe ein Hohn auf Gott und auf das Christentum und auf die Menschlichkeit, erhielt, in seiner Allgemeinheit nicht aufrecht zu erhalten wäre. Wenn aber schon die allgemeine Behauptung, daß der Krieg ein Hohn auf das Christentum und auf die Menschlichkeit ist, als eine Schwächung hingestellt wird, ohne daß die entsprechenden Einschränkungen gemacht werden, dann muß das zu einer Verwirrung der Begriffe führen, die gerade im nationalen Interesse sehr unerwünscht wäre und verhängnisvoll werden könnte.

Leider verschweigt die „Nationalzeitung“ schämig, daß es gerade die Nationalliberalen waren, die sich entgegen der Auffassung des Präsidenten auf den als „pedantisch und buchstäblich“ charakterisierten angeblichen Sinn der Geschäftsordnung beriefen, um sich der gerade nach der „Nationalzeitung“ so dringend revidierungsbedürftigen Nachprüfung des absonderlichen Ordnungsrufes des Herrn v. Triffa zu entziehen. Nichtsdestoweniger nehmen wir von der indirekten Abrüstung des jämmerlichen Domeffizienwesens der preussischen Nationalliberalen durch die „Nationalzeitung“ mit Vergnügen Notiz!

Hanfabund und Streikbrecherstrafe.

Der Vorstand des Hanfabundes hat eine Denkschrift ausgearbeitet und den lokalen Gruppen des Bundes zur Begutachtung unterbreitet, in der die Frage des Koalitionsrechts und des Arbeitswillkührgesetzes behandelt wird. Die Denkschrift gliedert sich in folgenden Zeitsätzen:

1. Eine Erweiterung des Tatbestandes des § 153 B.-O. ist insbesondere im Hinblick auf die unabweisende Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht erforderlich.

2. Zur Einschränkung des Streikpostens als solchen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügen polizeiliche Maßnahmen, welche mit Energie und Einsicht anzuwenden sind. Ausweisungen der Streikposten gegen Arbeitswillige sind auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung und der allgemeinen Strafgesetze zu ahnden.

3. Im Rahmen des allgemeinen Strafrechts erscheint ein stärkerer Schutz der persönlichen Freiheit gegen rechtswidrige Nötigung und sittenwidrige Verurteilung, insbesondere auch zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Zwangs- und Nötigungswesens, wünschenswert und notwendig. Die §§ 240 und 241 Strafgesetzbuchs sind dahin zu ergänzen und abzuändern, a) daß in Erweiterung des § 142 des Strafgesetzbuchs eine jede mittels rechtswidriger Drohung unternommene Nötigung unter Strafe gestellt wird; b) daß in Erweiterung des § 241 Strafgesetzbuchs eine strafbare Bedrohung insbesondere auch dann vorliegen soll, wenn jemand einen anderen durch eine ihm in seinem Ansehen gefährdende Drohung in seinem Frieden stört; c) die öffentlich oder gegenüber einer Mehrheit von Personen erfolgende Aufforderung zur Beleidigung des geschäftlichen oder persönlichen Verkehrs mit einem anderen ist strafbar zu erklären, es sei denn, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen, insbesondere um Dritte vor Schaden zu bewahren, erlassen wird und sich in den Grenzen des hierdurch Gebotenen hält.

4. Die Frage, ob Beleidigungen und leichte Körperverletzungen bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses von Amtswegen oder aus Anlass von Vereinen zu verfolgen sein sollten, welche zur Wahrung allgemeiner oder gewerblicher Interessen berufen sind, erscheint erzwangswert, eine Beschränkung dieser Maßnahmen auf das Gebiet der Streikausweisungen jedoch nicht angebracht.

5. Eine Verschärfung der in den bestehenden Gesetzen angedrohten Strafen ist nicht grundsätzlich abzulehnen, doch ist von ihr eine wesentliche Besserung der vorhandenen Mängel nicht zu erhoffen; durch Anwendung energischer Verwaltungsmassnahmen wird sie entbehrlich.

Einen gewissen Wert würde die auf Grund der Denkschrift angestellte Umfrage erst dann erlangen, wenn der Hanfabund die Antworten der lokalen Organisationen unkorrigiert veröffentlichte. Es ist sicher, daß den auch nach Ausschaltung der Zentralverbände noch im Hanfabunde vorhandenen Scharfmachern die Thesen des Vorstandes lange nicht weit genug gehen werden, während den sozialpolitisch Einsichtigen die ganze Aktion überflüssig erscheinen wird. Zu wissen, in welchem Größenverhältnis diese Richtungen im Hanfabund zueinander stehen, ist das Interessanteste an der Sache.

Kriegspensionen für verunglückte Flieger.

Der Kriegsminister v. Heeringen kündigte am Dienstag in der Budgetkommission eine Abänderung des Militärpensionsgesetzes an. Die Mitglieder der militärischen Fliegerabteilungen erhalten dann, wenn sie im Flugdienst verunglücken, eine Entschädigung in der Art, als ob sie im Kriege verwundet worden wären. Wäre ein Militärlieger in Ausübung seines Dienstes das Leben ein, dann erhalten seine Hinterbliebenen die Kriegspension. Verheiratete Offiziere werden bei den Fliegerabteilungen nicht angestellt.

Sand in die Augen.

Das Zentrum hat von jeher die Taktik verfolgt, bei Seeres- und Marineforderungen Abstriche zu machen, um dadurch nach außen den Eindruck höchst gewissenhafter Prüfung und weiser Sparsamkeit zu erwecken. Die Abstriche waren allerdings immer so gehalten, daß die Regierung alles bekam, was sie erstlich haben wollte. Diese Affenkomödie konnte man am Dienstag wieder einmal in der Budgetkommission des Reichstages erleben. In der neuen Seeresvorlage werden für sämtliche Infanterieregimenter je ein Oberleutnant, ein weiterer Stabsoffizier und ein weiterer Hauptmann verlangt. Der Stabsoffizier wurde allerdings nur gefordert für die Regimenter, die drei Bataillone haben, wogegen die Oberleutnants auch den Regimentern zu zwei Bataillonen zugewiesen werden sollten. Die Seeresverwaltung macht sich die Begründung solcher Forderungen außerordentlich leicht; wenn alle „Gründe“ versagen, dann wird mit wichtiger Miene darauf hingewiesen, daß die neuen Stellen im Interesse der Mobilmachung eine Notwendigkeit seien. Der Hinweis auf die Mobilmachung ist das Baubewort, das die bürgerlichen Parteien allen Ansprüchen der Regierung gefügig macht.

Der Zentrumabgeordnete Erberger wollte bei dieser Gelegenheit wieder einmal beweisen, welche Rücksicht das Zentrum auf den Geldbeutel der Steuerzahler nimmt; er beantragte nämlich, den für die Regimenter zu zwei Bataillonen geforderten Oberleutnant zu streichen und dafür einen Major zu bewilligen. Die ganze Sparsamkeit will den gewaltigen Summen gegenüber, die für die neue Seeres-

vorlage bewilligt werden müssen, absolut nichts bedeuten. Man hatte den Eindruck, daß die Oberleutnants für die kleinen Regimenter nur verlangt wurden, um die geforderten Offiziere für die großen Regimenter auf alle Fälle bewilligt zu bekommen. Die Oberleutnants waren somit das Handelsobjekt, das die Seeresverwaltung dem Zentrum zugestand. Nach den Wünschen des Zentrums wurde dann auch verfahren, und die Zentrumspresse wird den Kuloh gewiß dazu benutzen, um in allen Tönen ein Loblied anzustimmen auf die Sparsamkeit des Zentrums, während es sich in Wirklichkeit nur darum dreht, den Steuerzahlern Sand in die Augen zu streuen.

Das wunderbare Zentrumprogramm.

Die zur Bekämpfung der „Kölner Richtung“ des Zentrums gegründete treue katholische „Kölner Korrespondenz“ ist durchaus nicht geneigt, ihren Kampf gegen die „Bachemiten“ einzustellen. In ihrer letzten Nummer beschäftigt sie sich mit der Verurteilung der Günstlinge der Münchener-Gladbacher Zentrale auf das sogenannte Zentrumprogramm und bezeichnet dieses — durchaus richtig — als eine Zusammenstellung von drei inhaltslosen Eiern. Wörtlich schreibt sie:

„Das Zentrumprogramm wird von den Leuten der Kölner Richtung immer wieder als die alleinige Grundlage des Zentrums hingestellt, es genüge auf ihm zu stehen, um dem Zentrum anzugehören. Herr Giesberts hat dieses alte Lied kürzlich (28. April) wieder in Vöding zum Besten gegeben. Schade, daß die „Kölner“ Blätter nicht von Zeit zu Zeit den Text dieses famosen Programms mitteilen. Das Zentrumprogramm besteht aus drei kurzen Sätzen, welche lauten: Die Partei wolle den föderativen Charakter des Reiches, die Freiheit der Religion und die minderbegüterten Stände schützen. Voilà tout. Gibt es, abgesehen vielleicht von den Sozialdemokraten, einen Volkstümlicher, der dieses Programm nicht unterschreiben könnte? Alle Konservativen, alle Nationalliberalen, alle Freisinnigen, alle Fortschrittler, alle Polen, alle Essäler, alle Welsen, alle deutschen Minister mitamt dem Reichskanzler, der Kaiser und der Paps, überhaupt alle Menschen außerhalb der Jerrhäuser stehen mit beiden Füßen auf diesem nichtstößigen Programm! Aber noch lange nicht alle stehen auf dem Boden des Zentrums. Herr Giesberts hat vollkommen recht, wenn er sagt, die Gründer der Zentrums hätten sich nicht so leicht auf ein solches Programm eingelassen, welches die nötige Selbstgenügsamkeit gewährt. Wir haben dasselbe schon betont. Aber wenn er meint, zur Auslegung des Programms genüge der „läche Menschenverstand“, so irrt er sich. Hat denn das Zentrum den „lächen Menschenverstand“ für sich allein gepachtet? Die Kräfte vom gesunden oder lächen Menschenverstand, mit dem die wichtigste Vertretung des katholischen Volkes auskommen soll, hört man ja oft genug auf „Kölner“ Seite. Sie steht aber im Widerspruch gegen den katholischen Glauben. Die katholische Kirche lehrt, daß der Mensch mit seinem Verstand allein und seinem Willen allein dem natürlichen Sittengesetz, geschweige denn dem übernatürlichen Moralprinzipien auf die Dauer nicht genügen kann. Er bedarf der Gnade und der Leitung durch die Kirche, die Christus ad hoc gestiftet hat. Und was der einzelne Mensch nicht kann, das kann auch nicht eine Gruppe von Menschen als solche, z. B. das Zentrum. Die Zentrumstraktion wird besonders dann nicht mit dem „lächen Menschenverstand“ allein auskommen, wenn sie einmal aus 100 protestantischen Abgeordneten bestehen sollte — eine Quantität, die in der „Kölner“ Volkstümlichkeit“ als etwas ganz Unverständliches hingestellt wurde! (In dem von einem „alten Parlamentarier“ geschriebenen Leitartikel der „Kölner Volkstümlichkeit“ vom 21. Mai 1907, Nr. 154 heißt es wörtlich: „Wenn heute im Zentrum des Reichstages fünfzig oder hundert protestantische Mitglieder säßen, so würde niemand daran denken zu behaupten, daß das Zentrum eine politische Partei auf „konfessioneller Grundlage“ wäre. Und doch wäre alsdann das Zentrum durchaus nichts anderes als es heute auch ist.“) Man denke sich nun 100 protestantische Zentrumabgeordnete, zum Beispiel 50 evangelische Geistliche und 50 medienburgische evangelische Landwirte, sämtlich mit ausgesprochtem „lächen Menschenverstand“ versehen. Was würden diese lächen Verstandesmenschen zum Jesuiten-gesetz sagen, welches ja gerade jetzt an der Tagesordnung ist? Und vor allen Dingen: was würde die katholische Wählerschaft zu den 100 protestantischen Zentrumskandidaten sagen?“

Abgeschüttelt.

Der Kapitän a. D. Perjus spielt sich im „Berliner Tageblatt“ immer als gewaltiger Marine-Sachverständiger auf, der sich in Forderungen zum weiteren Ausbau der Flotte nicht genug tun kann. In der letzten Zeit stellt er die Behauptung auf, daß die englischen und französischen Unterseeboote besser seien, als die deutschen, und daß die dortigen Besatzungen besser mit den Booten umzugehen verständen. Gegen diese Behauptungen wendet sich ein Artikel in der „Korbd. Allgem. Zeitung“, der offenbar aus dem Reichs-Marineamt herrührt und in dem betont wird, daß die Qualität unseres Unterseebootmaterials demjenigen der anderen Nationen an Güte mindestens nicht nachsteht und daß die vorhandenen deutschen Unterseebootsbesatzungen gerade in letzter Zeit wieder Gelegenheit gehabt haben, zu zeigen, daß sie den an sie gestellten hohen Anforderungen im vollsten Maße entsprechen. Tatsache ist ferner, daß der im Jahre 1908 mit dem Charakter als Kapitän zur See verabschiedete Artikel-Schreiber niemals Gelegenheit gehabt hat, ein deutsches Unterseeboot zu betreten oder sich ein Urteil über die Güte des Materials und die Leistungsfähigkeit der Besatzungen zu bilden und daß er während seiner aktiven Dienstzeit niemals an einer Stelle beschäftigt worden ist, die ihm ermöglicht hätte, sich mit der Eigenart der Torpedowaffe und dem Dienstbetrieb in den Zentralfstellen zu befassen.

Zur nichts — „liberale“ Marine-Sachverständige müssen ihren Patriotismus doch auch beweisen!

Scharfmacher-Wünsche.

Der dieser Tage von der Handelskammer für Oberfranken für das Januar 1911 herausgegebene Bericht ist für weite Kreise der Arbeiterschaft interessant, da in ihm all die reaktionären Wünsche und Ansichten zum Ausdruck kommen, die man von Scharfmachern gewohnt ist. Namentlich ist es die Sozialpolitik, die der Handelskammer ein Dorn im Auge zu sein scheint. Während jeder einsichtige Sozialpolitiker den fast vollständigen Stillstand der Sozialpolitik zugeben muß, ist die Handelskammer einseitig über die sozialpolitische Tätigkeit des Reichstages im Vorjahre. Ihre Wünsche bringt sie in folgender Form zum Ausdruck:

„Die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine hat somit im Jahre 1911 mit einer geradezu beängstigenden Produktivität gearbeitet, und es ist dringend zu fordern, daß jetzt einige Zeit der Ruhe eintritt, um der Industrie und dem Handel zu ermöglichen, sich zunächst mit den neuen großen Lasten, die ihnen aufgebürdet worden sind, einzigermaßen abzufinden, damit sie nicht gezwungen werden, das Feld der ausländischen Industrie zu überlassen, die auch nicht in annähernd gleich hohem Maße belastet ist.“

Dann läßt der Bericht indirekt durchblicken, daß zugunsten der von den Unternehmern getroffenen Wohlfahrtsmaßnahmen die sozialpolitischen Leistungen des Reiches eingedämmt werden müßten, denn: „In den gezielten Leistungen können ja noch äußerst umfangreiche freiwillige sozialpolitische Leistungen der Unternehmer hinzu, Aufwendungen für Arbeiterwohlfahrtsmaßnahmen, Gratifikationen und Vergleichen.“

Wenn aber der reaktionäre Standpunkt einer Handelskammer in sozialpolitischer Hinsicht trotz zum Ausdruck gekommen ist, so in der Stellungnahme zum Hausarbeitsgesetz, das den elend-

entlohten Seimarbeitern gefestigt: Schutz bringen sollte. In Deutschland heißt es nämlich:

„Es ist gelungen, wenigstens die Einrichtungen von Lohnämtern zu verhindern und damit den gefährlichsten Schritt zu verhindern, der hätte gemacht werden können. Es ist nur zu wünschen, daß bei der Ausführung des Gesetzes, das erschwerlicherweise den einzelstaatlichen Regierungen und den Verwaltungsbehörden in wichtigen Fragen freie Hand läßt, die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelner Hausindustrien entsprechend berücksichtigt werden.“

Die Handelskammer wünscht also direkt eine Auslegung der minimalen Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes im Sinne der Unternehmer, damit so gut wie gar nichts von dem Benigen, was es bietet, übrig bleibt.

Den Vogel schießt jedoch der Bericht mit der Forderung auf Erdrasslung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ab. Die Handelskammer befreit ihren Wunsch, der sicher vom Zentralverband deutscher Industrieller lebhaft begrüßt werden wird, wie folgt:

„Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß unsere Industrie einen weitergehenden Schutz der Arbeitswilligen sehr begrüßen würde. Es erscheint auch eine bessere Durchführung dieses Schutzes als notwendiges Korrelat der Koalitionsfreiheit, als dringendes Erfordernis zum Schutze der Freiheit der Entscheidung der Arbeiter, denn es wird trotz § 153 der Gewerbeordnung bei Ausständen der Streikenden zumeist ein höchst unerfreulicher Zwang auf die Arbeitswilligen ausgeübt.“

Oesterreich.

Gebrauchsmarkt Wahlzweidler.

Wien, 7. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Bei der Verhandlung der Berichte des Legationsausschusses über einzelne angefochtene Wahlen nannte der Sozialdemokrat Seidl den Justizminister Hochemburger eine Schande des deutschen Volkes und einen Vorkrecher und warf dem Berichterstatter über die Wahl des Abgeordneten Seidl, dem Deutschnationalen Stoepel, Christlichkeit vor. Der Vorsitzende erteilte dem Abg. Seidl unter lebhafter Unruhe einen Ordnungsruf. Im Laufe der Debatte verwies mehrere Sozialdemokraten gegenüber der Praxis des österreichischen Abgeordnetenhauses, wo Wahlproteste rein vom parteipolitischen Standpunkt beurteilt wurden, auf die Praxis des Deutschen Reichstages hin, wo unbekümmert um Parteizugehörigkeit jede Wahl, bei der Wahlmängel vorlägen, als ungültig erklärt wurde (7), weil eben dort die Parteien ihre im Falle der Wahl im Deutschen Reichstage nicht deutsche Nationalbeamten, sondern wirkliche Deutsche wählen. Die Hinweise auf Deutschland riefen jedesmal bei den Deutschnationalen stürmische Gegenrufe hervor. Schließlich wurde die Wahl des Abgeordneten Seidl von der Mehrheit des Hauses für richtig erklärt. Hiermit war diese Angelegenheit erledigt. Gegen den Abg. Seidl und verschiedene andere Abgeordnete wurden Mißbilligungsausschüsse konstituiert. Nächste Sitzung morgen.

England.

Die Auflage gegen Tom Mann.

London, 7. Mai. Die Anklagejury in Manchester beschloß, laut telegraphischer Meldung, das Hauptverfahren gegen den Arbeiterführer Tom Mann wegen Aufreizung der Truppen zur Meuterei zu eröffnen. Tom Mann hatte während des Bergarbeiterstreiks die Soldaten aufgefordert, im Falle eines Aufruhrs oder industrieller Unruhen, dem Kommando, zu schießen, nicht zu gehorchen.

Marokko.

Ein Geheimvertrag über die Abdankung Mulay Hafids.

Paris, 6. Mai. Eine sichtlich offiziöse Mitteilung des „Journal des Débats“ bemerkt: Weder der Ministerpräsident noch der Direktor der politischen Angelegenheiten hatten Kenntnis davon, daß zwischen Mulay Hafid und der französischen Regierung ein regelrechtes Abkommen besteht, durch das Frankreich sich verpflichtet, dem Sultan gegebenenfalls zu gestatten, daß er abdankt und lebt, wo es ihm beliebt. Es handelt sich nicht um einen einfachen Brief des Ministers de Selves, sondern in der Tat um ein Abkommen, dem man sich ohne Wortbruch nicht entziehen kann. Die Regierung ist sich vollständig klar darüber, daß die vom Sultan beabsichtigte Reise nach Rabat sehr bedauerlich ist. Demzufolge hatten der Ministerpräsident und der Kriegsminister Millerand nach Rücksprache mit dem Generalresidenten Rouhan, dem Befehlshaber Regnault und dem General Moirier telegraphisch die Weisung erteilt, alles zu versuchen, um den Sultan von seinem Entschlus abzubringen, jedoch für den wahrscheinlichen Fall, daß ihre Bemühungen vergeblich blieben, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um etwaige unangenehme Zwischenfälle auf der Reise nach Rabat zu verhindern. Im übrigen soll untersucht werden, wie das fragliche Abkommen bisher geheimgehalten werden konnte, und warum in den Unterredungen, welche der Gesandte Regnault und die Abteilungsdirektoren des Ministeriums des Auswärtigen mit Roucaré über die Ausarbeitung des Protektorsvertrages hatten, dieses Abkommen mit keinem Worte erwähnt worden ist.

Entsendung von Verstärkungen.

Paris, 7. Mai. (B. L. Z.) Die Regierung hat beschlossen, drei Bataillone afrikanischer Truppen nach Marokko zu entsenden.

Persien.

Eine Niederlage der Regierungstruppen.

Teheran, 7. Mai. Eine Abteilung des Prinzen Firman Firma, des Gouverneurs von Hamadan, ist in der Nähe von Ahgha-Bolagh von den Aufständischen geschlagen worden und nach Hamadan zurückgekehrt. Die Geschäfte der Abteilung sollen von den Meuterern genommen worden sein.

Mexiko.

Eine Niederlage der Aufständischen.

New York, 7. Mai. Nach einem Telegramm aus Mexiko hat der Oberst Bandostruppen Gonzalez mitgeleitet, seine Truppen hätten am Sonntag bei Cuero Gienegas 800 Aufständische getötet und 1500 andere gefangen. Die Verluste der Bundesstruppen werden nicht angegeben.

Siam.

Verurteilte Verschüßter.

Bangkok, 7. Mai. Das Kriegsgericht hat 91 Personen der Verurteilung gegen das Leben des Königs von Siam schuldig erkannt. Drei Offiziere wurden zum Tode, zwanzig Offiziere zu lebenslänglichen Gefängnis und 68 andere Personen zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der König hat die Todesurteile in allen Fällen in lebenslängliche Gefängnisstrafen und die auf lebenslänglichen Gefängnis lautenden Urteile in zwanzigjährige Gefängnisstrafen umgewandelt.

Gewerkschaftliches.

Karl Legien als Gast der amerikanischen Gewerkschaften.

Zu dem Beginn der Vortragstour, die Karl Legien unter den Auspizien des Amerikanischen Arbeiterbundes durch die Vereinigten Staaten unternimmt, schrieb die „New Yorker Volkszeitung“ unter anderem:

„Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Kiel wird überall von den „Spitzen“ der Verbände feiert und gefeiert werden. Am Mittwoch wurde er von dem Bürgermeister von Boston und dem Gouverneur von Massachusetts bewirtet, heute wird er von Präsident Loft empfangen werden und morgen dürfen die kapitalistischen Werkzeuge des nationalen Repräsentantenhauses wie die des Millionärclubs, auch Bundesbesatzen gehen, ihm ihre Reverenz erweisen, und so fort bis nach Denver, Colorado, wo die Arbeiterbund-Versammlungen aufhören.“

Nun ist es ganz gewiss nicht nach Legiens Geschmack, dem Manne, der die Miliz gegen die freilebenden Lawrence Textilarbeiter sandte, die Hand zu drücken, oder mit dem Vater des Einheitsbrotbäckers freundlich Worte zu tauschen, noch liegt ihm an der Komödie, die die demokratischen und republikanischen Politiker in Washington mit ihm aufzuführen wollen; da er aber unter den Auspizien der A. F. of L. reist, muß er sich eben in die „Methoden“ schicken und — lächeln. Als ihm, kurz nach seiner Ankunft durch Gompers von diesen „Vorstellungen“ Mitteilung gemacht wurde, schnitt er ein ganz verzeufeltes Gesicht, um schließlich gute Miene zum bösen Spiel zu machen.“

Ueber den Eindruck seiner ersten Rede schrieb dieselbe Zeitung, daß die Rede allgemeine Befriedigung in den Parteifreien hervorgerufen habe, denn sie betone „mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die unlösliche Zusammengehörigkeit von gewerkschaftlicher wie politischer Klassenorganisation und -aktion; sie verlangt solidarischen Handel auf internationaler Basis und unterstreicht sehr nachdrücklich den hohen Kulturwert der sozialistischen Bewegung.“

Dann sagt die „Volkszeitung“ weiter: „Gewiss, viele von uns werden einen entschiedeneren Ton, eine radikalere Fassung gewünscht und erwartet haben; aber man wird die Umstände, unter denen diese Legien-Reden gehalten werden, in Betracht ziehen müssen, um ihnen völlig gerecht werden zu können.“

Dem so lange unser deutscher Genosse zu Versammlungen spricht, die unter den Auspizien der American Federation of Labor abgehalten werden, ist er der Repräsentant der gewerkschaftlichen Bewegung, redet er als internationaler Gewerkschaftssekretär, der vor allen anderen die eine Aufgabe zu erfüllen hat, den amerikanischen Unionleuten die Notwendigkeit der internationalen Verbindung klar zu machen. Ihm muß es daher in erster Linie darum zu tun sein, die in hiesigen Unionkreisen bestehenden Vorurteile zu beseitigen und diesen zu zeigen, daß die Internationalität der Gewerkschaftsbewegung nur die konsequente Weiterentwicklung jeder lokalen Zusammenfassung der Arbeiterkräfte ist; wobei er von der sehr richtigen Erkenntnis ausgeht, daß das Verständnis für den einen Schritt nach vorwärts unaufhaltsam alle weiteren Schritte in der gleichen Richtung nach sich ziehen muß.“

Berlin und Umgegend.

Die Kämpfe im Gastwirtsgerwerbe

Beginnen ernstlicheren Charakter anzunehmen. Die Unternehmer dieses Berufs wollen nichts lernen aus den Erfahrungen, die in anderen Berufszweigen gemacht worden sind. Kaum, daß ihre Arbeitsflauen erwacht sind und Forderungen — ganz beschriebene Forderungen stellen, finden sich die sonst feindseligen Brüder (der circa ein Dutzend Unternehmervereinigungen) zusammen, um gegen „Heher“, gegen die „maßlos übertriebenen Ansprüche“ Front zu machen. Wie einige Montagsblätter mitzuteilen mußten, hat sich in Berlin ein Kartell der hier bestehenden Hotellers- und Wirtsbereine gebildet, das vor allem „die immer dringender werdenden Personalangelegenheiten zu regeln“ beabsichtigt.

Die Inhaber der Firma Kempinski, Kommerzienrat Unger u. Co., hatten wohl den ersten Vorstoß gegen den Verband der Gastwirtsgehilfen zu unternehmen. Er ist insoweit gescheitert, als die ausständigen Hilfsarbeiter sich weigerten, gestern den Streik aufzuheben. Der Betrieb, der etwa 180 Hausdiener, Silberputzer usw. beschäftigt, ist durch Arbeitswillige besetzt. Diese erhalten zum Teil mehr, als die Streikenden forderten, ein Beweis, daß die Forderungen durchaus berechtigt waren, und selbst von der Firma als solche anerkannt sind. Die Direktion wollte aber „Heer im Hause“ bleiben.

Nun holt die Firma aber zum zweiten Streich aus. Sie hat in den Betriebsräumen eine Rundgebung an das Kellerpersonal anschlagen lassen, in der dieses aufgefordert wird, entweder zu kündigen oder aus der Organisation auszutreten!

Der Kommerzienrat und Stadtoberordnete Herr Unger gab sich bei früheren Gelegenheiten den Organisationsvertretern gegenüber als ein Unruhmacher modernen Geistes, dem es gleichgültig sei, ob und wo seine Angestellten organisiert sind, wenn sie nur ihre Obliegenheiten gewissenhaft erfüllen. Der Umstand aber, daß es „seine Leute“ wegen konstanten Forderungen zu stellen, die Kellner auf Ablösung der Kost durch Verlohn, die Hausdiener auf Erhöhung ihrer ganz unzulänglichen Löhne, hat ihn in seinem Unternehmerrhythmus verlehrt, daß er nunmehr einen Angriff auf das geschlechtlich gewährleistete Koalitionsrecht seiner Angestellten vorbereitet. Er glaubt, dadurch die Ruhe wiederherzustellen — die Ruhe des Kirchhofs.

Es wird ihm, wie auch den übrigen gastwirtschaftlichen Unternehmern nicht mehr gelingen, die Bewegung der Gehilfen mit Gewalt einzudämmen. Im Gegenteil. Die gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten sind zu selbstbewußtem Tun und Handeln entschlossen und verlangen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Damit werden die Herren Arbeitgeber dieses Gewerbes sich abfinden müssen, wie die anderer Berufszweige das vor ihnen tun mußten. Druck beantragt Gegenruck. Mögen die Herren den Vogen nicht zu straff spannen. Was die „Niederlage“ des Hilfspersonals bei Kempinski anlangt, so wird diese keine dauernde des Verbandes der Gehilfen sein. „Ruhe im Betrieb“ werden die Unternehmer nicht gegen die Organisation, sondern nur im Einverständnis mit ihr, durch Abschluß von Tarifverträgen erhalten.

Der neue Tarifvertrag im Friseurgerwerbe.

Zu den Beschlüssen der Tarifkommission nahm die Versammlung der tarifstreuen Prinzipale, in der auch die Vororte stark vertreten waren, am Montagabend Stellung. An die Berichte von Kellner, Meistervertreter, und Schorn, Gehilfenvertreter, schloß sich eine vierstündige Debatte, die sich besonders mit der im zweiten Teil des Tarifvertrags vorgesehene Bildung einer paritätischen Schiedskommission befaßte, wie auch mit der Frage der Preishaltung. Von allen Seiten wurde lebhaft Klage geführt, daß die organisierte Arbeiterschaft sich viel zu wenig darum kümmere, ob organisierte Gehilfen beschäftigt und die tariflichen Arbeitsbedingungen erfüllt werden oder nicht. Die tarifstreuen Meister würden dadurch gegenüber der Konkurrenz die Innungsmeister in eine fast unhaltbare Position gebracht.

Die um 2 Uhr nachts erfolgte Abstimmung ergab zunächst die Ablehnung der Resolution der Gehilfenversammlung um die Erhöhung des Zuschußlohnes für Sonnabend und Sonntag auf 0,50 Mk. gegen wenige Stimmen, und dann auch die Ablehnung des neuen Tarifvertrags. Auf erneute Vorstellungen der Kommissionsmitglieder unter Hinweis auf die Konsequenzen, die sich aus der Ablehnung ihrer Vorschläge ergeben müßten, wurde in geheimer

Abstimmung mit 85 gegen 60 Stimmen, bei 9 Stimmenthaltungen, die Annahme des neuen Tarifvertrags beschlossen. Die Mehrheit für den Tarif würde bei frühzeitiger Abstimmung größer gewesen sein. Ein Teil der Prinzipale hatte die Versammlung bereits verlassen, um die letzte Jahresgelegenheit nicht zu verpassen.

Der Tarifvertrag wird jetzt bis 15. Mai den einzelnen Prinzipalen zur Unterzeichnung unterbreitet, mit Gültigkeit ab 20. Mai.

Die Bewegung der Herrenmähnschneider.

Die Herrenmähnschneider von Neustolln beschäftigten sich am Montag in einer Versammlung bei Kadegei in der Reuterstraße mit der Frage, ob es möglich ist, die Berliner Tarife auch in diesem Vorort einzuführen. Nach dem, was der Referent Hauptmann sagte und die Diskussion durchaus bekräftigte, sind die Lohnverhältnisse der Mähnschneider in Neustolln so schlecht, daß die Regelung und Aufbesserung dringend notwendig ist. Uebrigens wird die Durchführung der Tarife um so weniger Schwierigkeiten machen, als die Geschäfte dort meist auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind. Wenn in Neustolln seit nunmehr sechs Jahren kein neuer Tarifvertrag durchgeführt wurde, so liegt das daran, daß die Schneider dort sich allzu wenig um ihre Interessen bekümmerten. Nach dem Verlauf der Versammlung am Montag zu urteilen, werden sie sich jetzt jedoch einmal wieder aufraffen, um die Berliner Tarife zur Geltung zu bringen. Es wurden in der Versammlung die Geschäfte festgesetzt, wo die Tarife zunächst eingereicht werden sollen, und wie dann weiter zu verfahren ist, darüber wird noch Beschluß gefaßt werden. Jedenfalls haben die Herrenmähnschneider von Neustolln alle Ursache, mit ganzer Kraft für die Sache einzutreten.

Deutsches Reich.

Erfolg der Holzarbeiter bei der Tarifbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Nach fast sechswöchentlichen ununterbrochenen Verhandlungen mit den Organisationen der Unternehmer ist es den Holzarbeitern schließlich doch gelungen, einen Abbruch zu erreichen, der in jeder Beziehung als ein glänzender Erfolg zu bezeichnen ist.

Schon bei den früheren Tarifkämpfen war es in diesem Bezirk zu harten Zusammenstößen gekommen, weil die maßgebende Unternehmerorganisation, der westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, bei dessen Mitgliedern die meisten Holzarbeiter beschäftigt wurden, eine Vertragspolitik betrieb, die für das Holzgewerbe große Gefahren in sich barg. Es war im Jahre 1908 zwar möglich, den Anschlüssen der Unternehmer auszuweichen, jedoch hatten dafür die Holzarbeiter auch auf jegliche Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse Verzicht leisten müssen. Aber sie hatten zunächst mal freie Hand behalten und mußten das Weitere der Zukunft überlassen. Und noch ehe ein Jahr vergangen war, traten die Unternehmer mit einem neuen Kampfplan hervor, indem sie beschlossen, an jedem Lohnstage eine Lohnreduzierung von 2 Pf. pro Arbeiter und Stunde einzutreten zu lassen und dieses Mandat so lange zu wiederholen, bis die Organisation der Arbeiter sich dazu bequemen würde, den von den Unternehmern vorgelegten Vertrag zu unterschreiben. Mit diesem Plan hatten sie sich aber verhehelt; die Arbeiter nahmen nunmehr, da es ihnen angebracht schien, den Kampf auf, der damit endete, daß die Unternehmer ihren Vertrag den Wünschen der Arbeiter gemäß umgestalten und anstatt der Lohnherabsetzungen ganz gehörige Lohnerhöhungen, sowie Arbeitszeitverkürzung bewilligten.

Als der so gestaltete Vertrag in Wirksamkeit trat, war es bald mit dem Ansehen des Unternehmerverbandes bei den meisten Unternehmern vorbei. Unter allgemeiner Unzufriedenheit setzte sich eine Gegenorganisation durch, die jetzt, als die Verträge zum 15. April von der Arbeiterorganisation gekündigt wurden, in erster Linie bei dem Neubauabschluß berückichtigt sein wollte. Der Rheinisch-Westfälische Tischler-Innungsbund, wie die neue Organisation sich nannte, machte dem Verband recht fähbare Konkurrenz, ohne daß sich dadurch die Arbeitervertreter in ihrer Haltung beirren ließen. Auf der Arbeiterseite standen neben dem Holzarbeiterverband der Christliche und der Christ-Demokratische Holzarbeiterverband.

Bevor die materiellen Fragen erörtert wurden, sollte zunächst das sogenannte Vertragsmuster vereinbart werden. Infolge der ganzen Entwicklung des Tarifvertragswesens im Holzgewerbe und der seit dem letzten Abschluß durchgeführten allgemeinen Verbesserungen forderten nunmehr die Arbeitervertreter auch in vorliegenden Falle eine Reihe von Vertragsbestimmungen, die bisher von den Unternehmern aus prinzipiellen Gründen verworfen worden waren. So gelang es auch diesmal wieder, Anstatt den Arbeitern einige Konzessionen zu machen, traten die Unternehmer selber mit Abänderungsanträgen hervor, die durchweg als bössartige Verschlechterungen bezeichnet werden mußten. Es wurde mit allen Mitteln versucht, den aufgestellten Forderungen Geltung zu verschaffen, wobei natürlich derjenige am glücklichsten war, der die beste Organisation hinter sich hatte. Das Vertragsmuster kam schließlich zustande; aber von den Anträgen der Unternehmer ist auch nicht ein Jota hineingekommen, während die Arbeiter bei ca. 10 Paragraphen ganz bedeutende Verbesserungen durchsetzten.

Bei den hierauf einsetzenden Verhandlungen über Arbeitszeit und Löhne, bei denen örtliche Vertreter mitwirkten, setzten die Unternehmer wiederum den Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung den stärksten Widerstand entgegen. Dagegen sollte in der Lohnfrage ein angemessenes Entgegenkommen gezeigt werden. Die Arbeitervertreter bielten aber unbedingt an der Arbeitszeitverkürzung fest und erst als die Unternehmer sich überzeuget hatten, daß es bei Aufrechterhaltung ihres Standpunktes ohne Kampf nicht abgehen würde, gaben sie nach und gestanden mit geringen Abweichungen die Forderungen der Arbeiter auf ein bis dreistündige Arbeitszeitverkürzung zu. Nachdem das erledigt war, kam es trotz des ursprünglichen Versprechens eines angemessenen Entgegenkommens in der Lohnfrage doch auch hierbei wieder zum bittersten Bruch, da die Unternehmer eine Lohnerhöhung von höchstens 3 bis 4 Pf. pro Stunde für die vierjährige Vertragsdauer als angemessen betrachteten und jede weitere Erhöhung mit allem Nachdruck ablehnten. Der hingeworfene Fehdehandschuh wurde auch von den Gewerkschaften wieder aufgenommen. Aber noch ehe die Verhandlungsführer das Lokal verlassen hatten, änderten die Unternehmer ihren Standpunkt und boten so viel Entgegenkommen, daß eine Einigung ermöglicht wurde.

Im allgemeinen bedeutet der erzielte Abbruch eine wesentliche Verbesserung für die Arbeiter, wie sich aus folgender Tabelle ergibt: Es wurde erreicht:

Ort	Arbeitszeitverkürzung um Std. auf Wochenid.	Lohn-erhöhung	Vertragslohn steigt auf
Ahlen	2	57	8 Pf. 53 Pf.
Bodum	1	58	5 . 63 .
Borbeck	2	54	5 . 60 .
Bottrop	1	56	5 . 59 .
Dortmund	1	53	5 . 63 .
Effen	1	53	5 . 63 .
Gelsenkirchen	2	54	6 . 59 .
Gladbek	2	56	6 . 57 .
Hagen	1	53	5 . 62 .
Hoppe	1	53	5 . 62 .
Lamborn	3	56	8 . 57 .
Lahnthale	3	57	5 . 56 .
Lindencheid	2	57	5 . 68 .
Pfingstortmund	2	57	5 . 58 .
Reide	—	59	6 . 46 .
Recklinghausen	2	54	6 . 50 .
Wanne	3-4	56	5 . 58 .

Der Streik der holländischen Arbeiter in Tüft ist, nachdem der Magistrat eine Verhandlung mit den freilebenden Gas- und Wasserwerkarbeitern abgelehnt hat, auch auf die anderen Betriebe ausgedehnt worden. Zurzeit streiken 140 Arbeiter. In den nächsten Tagen kommen noch 20 Mann hinzu. Alle Bemühungen der Ver-

waltung, Arbeitswillige zu erhalten sind bisher ohne Resultat geblieben. Würde nicht die Feuerwehrt Streikarbeit verrichten, damit wäre die Stadt schon längst ohne Wasser und Licht gewesen. Doch die Unzufriedenheit unter den Feuerwehrlenten wegen Verächtung der Streikarbeit nimmt immer mehr zu. Die bürgerliche Presse tilgts freit auf die Streikenden und die Streikleitung Gift und Galle. In letzter Zeit ist der Schwund in die Welt gesetzt worden, die Forderungen der Arbeiter seien schon bewilligt. Als die Streikleitung der Sache auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß der Magistrat bis vor einem halben Jahre eingereichten Forderungen der Arbeiter hatte drucken lassen und den einzelnen Verwaltungen zugestellt, damit sie sich hierüber äußern sollten. Das hat nun die bürgerliche Presse gehört und dann die Nachricht verbreitet, daß die Forderungen schon bewilligt seien. Es wird gebeten, nach wie vor jeden Zug von Handwerkern und Arbeitern nach den städtischen Betrieben Tüftis streng fernzuhalten.

Der Schuhmacherstreik in Barmen ist nach vierwöchigem Ausstande mit vollem Erfolge beendet worden. 45 Meister hatten die Bedingungen der Organisation bereits unterschrieben. Die Innung machte noch den letzten Versuch, ihre Leute, die bereits bewilligt hatten, zur Zurückziehung ihrer Unterschrift zu bewegen; dies gelang jedoch nur in zwei Fällen. Es wurde darauf mit der Innung ein dreijähriger Tarifvertrag, laufend bis zum 1. März, abgeschlossen. Die Bedingungen der Organisation über die Löhne und Arbeitszeit sind in dem Vertrage fast reiflos anerkannt. Bei den Innungsmeistern wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Nichtinnungsmeister müssen erst einzeln den Vertrag unterschreiben haben.

Ausland.

Friedensschluß im Schneidergewerbe Schwedens.

Die Aussperrung, die die schwedischen Schneidermeister veranstalteten und die in einer Stadt am 4. März ihren Anfang nahm, dann auf eine immer größere Zahl von Orten ausgedehnt wurde, bis sie vom 22. April ab sich auf das ganze Land erstrecken sollte, hat in dieser Form nicht lange gedauert. Der Arbeitgeberverband mußte bald einsehen, daß seine Macht nicht ausreichte, um einen solchen Kampf mit Erfolg zu führen. Nachdem die Arbeitgeber zuerst alle Einigungsversuche des Schlichtungsbeamten abgelehnt hatten, fanden sie sich am letzten Sonntag zu Verhandlungen bereit, und nun sind auch für alle Orte, wo Forderungen gestellt waren, neue Tarifverträge zustande gekommen. Die Aussperrung ist aufgehoben und der Erfolg ist der, daß Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Proz. durchgeführt wurden. Der schwedische Schneiderverband ist als Sieger aus diesem Kampfe hervorgegangen.

Aus der Frauenbewegung.

Gemeinschaftliche Wohnungen.

Der Zwang des Erwerbslebens der Frau hat zu verschiedenen Versuchen geführt, ihr die Last der häuslichen Arbeit abzunehmen. Zunächst bildet die Vereinigung von Erwerbserwerb und häuslicher Wirtschaft ein Hemmnis für die bessere Vertung der Frauenarbeit. Die Entlastung der berufstätigen Frau von dem Zwange der hauswirtschaftlichen Tätigkeit, die ihre Arbeitszeit in ganz unerhörter Weise verlängert, ist eine unumgängliche Forderung zur Hebung des Arbeiterinnenstandes. Die bisherigen Versuche waren aber zu sehr für rein bürgerliche Verhältnisse zugeschnitten. Die Miete einer Wohnung im Einfamilienhaus ist viel zu teuer; die Errichtung besonderer Häuser für diese Zwecke bietet ein viel zu großes Risiko. Dennoch wird die Arbeiterschaft auch für diese Frage Lösungen finden, wenn sie im Interesse des Vorkampfes liegen. Therese Schlessinger hat gelegentlich einer Quabesprechung in der „Neuen Zeit“ ebenfalls die Notwendigkeit dieser Forderung betont. Jetzt wird in einem Kuffag der „Hamburger Nachrichten“ über die „Wohnungsnot der erwerbenden Frau“ von Anna Werten auf eine Lösung hingewiesen, die nicht nur für alleinstehende Frauen, sondern auch für ganze Familien in Betracht kommen könnte. Sie berichtet: „Diese Wünsche (nach passenden Wohnungen) nur ins Reale umzusetzen, hat sich in Berlin die „Vereinigung für Frauenwohnungen“ zum Ziel gesetzt. Es ist ihr u. a. gelungen, eine Anzahl Frauenwohnungsvereinigungen zu gründen und weiter hat sie es erreicht, daß sich verschiedene Hausbesitzer bereit erklärt haben, ganze Etagen zimmerweise nur an Frauen zu vermieten. Die Mieterinnen haben dabei die Wahl zwischen einer gemeinsamen Küche und einem Zimmer mit Kochgefaß. Auch weist die Geschäftsstelle der Vereinigung Frauen unentgeltlich leere und möblierte Zimmer nach. Es könnten sich überhaupt viel mehr Frauen zu gemeinschaftlichem Wohnen zusammenschließen. In Hamburg pflegen die meisten Bewohner der kleinen Zweizimmerwohnungen die Küche auch als Wohnraum zu benutzen. Wenn also vier Frauen sich eine solche Wohnung mieten, wohnen sie auf jeden Fall billiger, als wenn sie irgend ein einzelnes Zimmer mieten. So oder so: man muß sich überall vertrogen. Wo man die Selbsthilfe unterstützen kann, tut man den Beteiligten mehr Gutes, als es durch die umfassendste Wohltätigkeit geschehen kann.“

Auch sonst gebietet das moderne Gemeinschaftsleben eine gegenseitige Anpassung an Sonderwünsche. Sie wird um so leichter fallen, je mehr die Arbeiter durch ihren gemeinsamen Kampf, die einigende Organisation und die Einheit der Welt- und Lebensanschauung einander näher treten. Schließlich erzwingt die Not auch das scheinbar Unmögliche.

Die Zahl der weiblichen Schulärzte hat sich im letzten Jahre wiederum vermehrt. Schulärztinnen wurden in München und Nürnberg, weibliche Schulärzte in Kolmar und Höchst ange stellt. An verschiedenen städtischen Schulabteilungen sind außerdem weibliche Zahnärzte als Assistentinnen tätig. (Siehe auch 2. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Kämpfe mit bulgarischen Banden.

Saloniki, 7. Mai. (B. Z. B.) In der Gegend von Ohrida fand ein Kampf mit einer bulgarischen Bande statt, wobei zwei Bulgaren und ein Gendarm getötet und zwei Gendarmen verwundet wurden. Die Bulgaren hatten Handbomben bei sich. In der Nähe der Grenze bei Palanka fand gleichfalls ein Kampf mit einer starken Bulgarenbande statt, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. — In der Ortschaft Sapabia wurden bei einer Hausdurchsuchung bei Bulgaren fünf Bomben und mehrere Manliergewehre gefunden. Die Kriegsgerichte in Jschip und Köprülü sind aufgelöst worden.

Raubmordversuch.

Karthaus (Westpreußen), 7. Mai. (B. Z. B.) Ein Raubmordversuch wurde am Sonntagmorgen auf der Chaussee von Pusdrowo nach Sullenfahin verübt. Auf die Besther Pelz und Grünwald aus Kembofshewo, die auf dem Heimwege das Dorf Tschlin verlassen hatten, wurden aus dem Hinterhalt plötzlich mehrere Schüsse abgegeben. Pelz erhielt eine, Grünwald zwei Kugeln in den Kopf. Pelz kam nach einiger Zeit wieder zur Besinnung und konnte sich nach Hause begeben. Grünwald blieb bewußtlos liegen und wurde später aufgefunden. Beide wurden schwer verletzt in das Laurenburger Krankenhaus eingeliefert. Der Täter nahm die Geldbörsen mit und entkam. Er ist noch nicht ermittelt.

Ein Dampfer in ein Eisfeld geraten.

Halliz, 7. Mai. (B. Z.) Der Dampfer „Altonia“ ist in ein Eisfeld geraten und hat die Schraube verloren. Die Passagiere sind mit den Rettungsbooten an Land gesetzt worden.

Reichstag.

55. Sitzung. Dienstag, den 7. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Ein Regierungskommissar. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Haushaltsrechnung für die Schutzgebiete für das Jahr 1909.

Abg. Koste (Soz.):

Die Vorlegung der Rechnungen erfolgt immer noch zu spät. Zu bemängeln ist auch die erhebliche Ueberschreitung des Ansatzes für Reisekosten, ebenso die wesentliche Ueberschreitung des Etatspostens für Pensionen. Zur näheren Prüfung beantrage ich die Verweisung der Rechnung an die Rechnungsprüfungskommission.

Abg. Erzberger (Z.) betont im Gegensatz zum Vorredner, daß die Kolonialverwaltung Anerkennung verdient für die frühzeitige Vorlegung der Rechnung. Einzelheiten müssen freilich näher geprüft werden.

Die Rechnung geht an die Rechnungsprüfungskommission.

Es folgt die Beratung über den Bericht der Geschäftsordnungscommission über die

Mindeststärke der Fraktionen.

Die Kommission will als Fraktion nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Stimmmitgliedern und Hospitanten) gelten lassen.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.) beantragt mit Unterstützung der Rechten, hinter „Hospitanten“ noch einzufügen „Jugenzahlte“.

Abg. Rumm (Wirtsch. Bz.) beantragt folgenden Zusatz zum Kommissionsantrag: Für die Vertretung in den Kommissionen gilt jede Gruppe von mindestens 15 Mitgliedern als Fraktion, wenn sie sich zwecks gemeinsamer, einheitlicher Vertretung in den Kommissionen vereinigt.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen unter Streichung des Wortes „nur“ im Kommissionsbeschlusse diesem hinzuzufügen: Als Fraktion gilt ferner eine Mitgliedervereinigung, deren Partei bei der letzten allgemeinen Wahl mindestens 15 mal so viel gültige Stimmen erhalten hat wie der 397. Teil aller bei der Wahl abgegebenen gültigen Stimmen beträgt.

Berichterstatter Abg. Gröber (Z.) gibt einen ausführlichen Bericht über die Praxis des Reichstages in dieser Frage seit seinem Bestehen und betont, daß der Beschluß der Kommission an Stelle der bisherigen wandelbaren Praxis einen festen Grundsatze stellen sollte.

Inzwischen ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag der Reichspartei eingegangen; die namentliche Abstimmung soll morgen erfolgen.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.): Unser Antrag ist von Mitgliedern verschiedener Parteien unterzeichnet, was schon beweist, daß es sich nicht um eine Angelegenheit der Reichspartei allein handelt. (Sehr richtig! bei der Reichspartei.) Heute sind 47 Mitglieder des Hauses, die auf dem Wirtschaftsprogramm der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen stehen, von jeder Einwirkung auf die Kommissionsverhandlungen ausgeschlossen. Alle Kompromißkandidaten sind so von der Hauptarbeit des Reichstages, die heute in den Kommissionen liegt, ausgeschlossen. (Hört! hört!) Die Zugählung zu einer Gruppe setzt ja auch immer eine gewisse gemeinsame Grundlage in den wirtschaftlichen und politischen Anschauungen voraus. Wenn die Volkspartei wieder wie früher in drei Gruppen auseinanderfallen sollte, so könnte es leicht kommen, daß keine dieser Gruppen 15 Mitglieder hat. Also die Sache ist von dauernder Bedeutung. Es ist sehr bedauerlich, daß kein schriftlicher Bericht der Kommission vorliegt. Nach dem gewis sehr ausführlichen Bericht des Abg. Gröber, der ja wohl der Vater dieser ganzen Aktion ist, konnte sich der Reichstag ein eigenes Urteil nicht bilden. (Sehr richtig! rechts.) Er hat nicht angeführt, daß seit 1898 kein Fall vorgekommen ist, wo der Seniorenkongress die Zugählung nicht zugelassen hat. (Hört! hört! rechts.) Nur in ganz wenigen

Fällen ist anders entschieden worden, daher gilt hier der Satz: Die Ausnahme bestätigt die Regel. Die Zulassung zum Seniorenkongress könnte ja anders geregelt werden, als die Zulassung zu den Kommissionen. Aber ich will doch daran erinnern, daß die Reformpartei und die Süddeutsche Volkspartei mit sieben und sechs Mitgliedern jahrelang in dem Seniorenkongress mitgewirkt haben, ohne daß sich Ungünstigkeiten ergeben haben. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus haben die sechs Sozialdemokraten sowohl im Seniorenkongress wie in den Ausschüssen mitgewirkt, und zwar unter Zustimmung der Freunde des Herrn Gröber. Um so erstaunlicher ist die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage hier im Reichstage. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Der sozialdemokratische Antrag ist ganz unpraktisch, denn die Anzahl der abgegebenen Stimmen kann gar kein Maßstab für die Stärke der Parteien sein, stimmen ja doch viele sozialdemokratisch, die mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun haben. Ich bitte also um Annahme unseres Antrages.

Eingegangen ist inzwischen ein Antrag von Kormann (L.), im Falle der Ablehnung des Antrages Camp die Sache an die Geschäftsordnungscommission zurückzuerweisen und einstweilen die Mitglieder und Hospitanten einer Partei als Fraktion anzuerkennen, wenn sie mit den Jugenzahlten die Zahl 15 erreichen.

Abg. Haase (Soz.):

Daß die Sozialdemokratie in der Kommission für das Sozialistengesetz nach der Anregung des Seniorenkongresses vertreten sein sollte, erklärt sich aus den besonderen Umständen, daß es sich um ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie handelte. Aber gerade die Freunde des Herrn v. Camp haben damals die Anregung des Seniorenkongresses mißachtet und der Sozialdemokratie keinen Sitz in dieser Kommission zugestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Herrn v. Camp versichern, daß wir, falls ein Ausnahmegesetz gegen die Reichspartei vorgeschlagen würde, nicht nur dagegen stimmen, sondern auch dafür sorgen würden, daß die Reichspartei in der Kommission ausgiebig vertreten wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier handelt es sich heute nur um die der Geschäftsordnungscommission vorgelegte Frage, was als Fraktion anzusehen ist, und wenn man dem Sprachgebrauch und den Begriffen nicht Gewalt antun will, so muß man zugeben, daß Personen ohne gemeinsame politische oder wirtschaftliche Anschauung, keine Fraktion bilden können. Die Anträge von Camp und Rumm, welche verlangen, daß eine Fraktion auch aus Mitgliedern bestehen kann, die gar keine politischen und wirtschaftlichen Verührungspunkte haben, sind daher ein Kontrast. Die Frage wie die Minoritäten bei der Bildung der Kommissionen berücksichtigt werden sollen, wird die Geschäftsordnungscommission noch zu erledigen haben und dann erst ist die gegebene Zeit und der Ort, alle vorgebrachten Argumente zu prüfen. Wenn abertragende Persönlichkeiten, welche glauben, daß sie infolge ihrer Eigenart so sehr über die anderen hinausragen, daß sie sich keiner Gemeinschaft anschließen können, eine Berücksichtigung in den Kommissionen verlangen, so ist ein solcher Anspruch unbegründet.

Der Antrag v. Kormann auf Zurückverweisung der Angelegenheit in die Geschäftsordnungscommission ist deswegen bedeutungslos, weil die Kommission sich ja ohnehin, wenn sie an den betreffenden Punkt kommt, mit der Vertretung der Minoritäten in den Kommissionen befassen muß, und es wäre falsch, einen Teil der Angelegenheit hinweg zu regeln, lediglich aus Rücksicht auf die Reichspartei. Eine solche Ausnahmebestimmung können wir in keinem Falle billigen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretsch (L.): Die Reichspartei legt auf die Bezeichnung als Partei Wert nicht des Namens wegen, sondern der Rechte wegen, vor allem wegen der Teilnahme an den Arbeiten der Kommissionen. Nur wegen der unnatürlichen Wahlverhältnisse ist die Reichspartei in so geringer Stärke hier wiederbegeehrt, und das kann bei der Unnatürlichkeit der Wahlverhältnisse jeder Partei passieren. Deshalb sollte jede Fraktion an das Sprichwort denken: „Was du nicht willst, das dir geschieht, das tu auch keinem andern nicht.“ Wollen Sie dem Antrage der Reichspartei nicht zustimmen, so bitte ich, unseren Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission anzunehmen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pole): Wir halten es für ein Gebot der Billigkeit, die Schwachen zu schützen. Daher stimmen wir für den Antrag der Reichspartei.

Abg. Dr. Krenndt (Rp.): Die Frage der Beteiligung am Seniorenkongress und der Vertretung in Kommissionen muß auseinandergehalten werden. Einen Anspruch auf Zulassung zum Seniorenkongress erheben wir nicht. Bisher allerdings hat der Seniorenkongress alle kleinen Gruppen, wie die Freisinnige Vereinigung usw., zugezogen, und das ist auch richtig im Interesse der glatten Abwicklung der Geschäfte des Reichstages. Was die Zulassung zu den Kommissionen anlangt, so betone ich nochmals, daß der Reichstag seit zwanzig Jahren so verfahren ist, wie unser Antrag es vorschlägt. Das ganze Haus hat auch ein Interesse daran, daß die Zusammenlegung der Kommissionen genau der Zusammenlegung des Hauses entspricht, sonst werden die Kommissionsbeschlüsse im Plenum immer umgeworfen werden. Der jetzige Zustand bedeutet eine Entrechtung einer erheblichen Zahl von Mitgliedern des Reichstages. (Sehr richtig! rechts.) Vermittelt habe ich, daß der Abg. Haase den Antrag Albrecht beantwortet hat. Als ich den Antrag las, mußte ich denken, was hätte Singer dazu gesagt? Auch Veitel sehe ich nicht auf seinem Plage. Beide sind stets für das Recht der Minorität eingetreten (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Als Ihre Freunde dagegen waren!) Was die Reichspartei früher für eine Stellung eingenommen hat, ist für die jetzige ganz veränderte Situation gleichgültig. (Wahl! links.) Der Antrag Albrecht ist eine Verletzung des Prinzips der Gleichheit aller Abgeordneten, seine Durchführung ist ganz unmöglich. Ich berufe mich demgegenüber auf die Ausführungen des Abg. Hirsch im Abgeordnetenhaus am 2. März d. J.: „Wir haben Sitz und Stimme in einer Anzahl von Kommissionen, sind entsprechend unserer Stärke berücksichtigt und ich kann nur sagen, daß diese Verteilung durchaus gerecht ist. Wenn wir aber in Zukunft nicht mehr in den Kommissionen sitzen dürfen, was wird die Folge sein? Wir werden gezwungen sein, all das, was wir in den Kommissionen nicht vorbringen können, im Plenum vorzubringen.“ Darin hat Herr Hirsch recht, die Verhandlungen würden verlängert. Weiter sagte der Abg. Hirsch: „Man könnte sagen, im Reichstag sei es auch so, dort hat der Seniorenkongress beschlossen, daß die Reichspartei nicht mehr als Fraktion gelten solle. Gewiß, das ist beschlossen, meine Freunde haben, soweit ich unterrichtet bin, sich diesem Beschlusse widersetzt, weil wir eine kleine Partei, und sei es welche Partei auch immer, nicht mundtot machen wollen.“ (Hört! hört! rechts.) Zum Schluß sagte Herr Hirsch: „Sehr gefährlich ist es, wenn das Parlament die Geschäftsordnung, die zum Schutze der Minderheit da ist, mißbraucht, um die Minderheit zu knebeln.“ (Hört! hört! rechts.) Diesen Worten schließe ich mich an. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Rp.): So minoritätsbegeistert habe ich noch nie ein Mitglied der Reichspartei reden hören. (Sehr wahr! links.) Es ist nicht richtig, daß die Praxis seit 20 Jahren dieselbe gewesen ist. Und ganz abgesehen davon hat der neu gewählte Reichstag das Recht, sich eine neue Geschäftsordnung zu geben.

Abg. Dr. Spahn (Z.) spricht für den Kommissionsbeschlusse; er bedeutet nur, daß an dem Seniorenkongress eine Gruppe erst teilnehmen darf, wenn sie 15 Mitglieder umfaßt. Die Zusammenlegung der Ausschüsse wird von der Geschäftsordnungscommission erst noch geregelt werden.

Abg. Dr. Will (Lp., Z.) unterstützt den Antrag Camp. Sollte man im elsass-lothringischen Parlament so verfahren, wie hier von der Kommission vorgeschlagen wird, so würden die Liberalen dort keine Vertretung im Seniorenkongress haben. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Rumm (Wirtsch. Bz.) beantwortet seinen Antrag.

Abg. Dr. Jung (natl.): In der Geschäftsordnung ist die Frage nicht gelöst; deshalb muß der Reichstag einen Grundsatze zu ihrer Regelung aufstellen. Einen solchen Grundsatze schlägt uns die Kommission vor, und wir können ihn akzeptieren. Wer nach außen die Verantwortung für die Zugehörigkeit einer Partei ablehnt, kann ihr auch nicht „zugezählt“ werden.

Abg. Haase (Soz.):

Herr Krenndt bemihte in meinen Ausführungen eine Begrün-

Der Anflug der Zensur.

zum Verbot von Rosenows Drama.

Genosse Max Volensky-Alberth, der in Frankfurt a. M. die imposante und eindrucksvolle Aufführung von Rosenows hinterlassenen Drama „Die im Schatten leben“ geleitet hat, schreibt uns zu der jüngsten Kulturzeit der Jagowiter:

Unsere bürgerlichen Gegner können sich gar nicht genug tun in Wortwäulen, daß wir außerstande seien, die kulturellen Leistungen der Bourgeoisie darzustellen anerkennen. Daß die Bourgeoisie selbst aber und besonders ein Teil der bürgerlichen Presse ganz unfähig ist, den Leistungen der proletarischen Klasse auf künstlerischem Gebiete gerecht zu werden, das haben sie wieder einmal in den Besprechungen von Emil Rosenows Drama „Die im Schatten leben“ klar erwiesen. Die gleichen Leute, die ohne sonderliche Gemütsbewegung alle paar Wochen morgens beim Kaffee von entsetzlichen Menschenopfern lesen, die kapitalistische Prostitution im Bergbau fordert, enträsten sich jetzt mit der Jämperlichkeit alter Konten darüber, daß ein Dichter kommt und an einem aus wahrhaftigstem Leben herausgegriffenen Beispiel zeigt, wie eine solche Greuelkatastrophe verheerend in das Schicksal einer Familie eingreifen vermag.

In geradezu empörender Art ist ein anonymes Verichterstatte der „Westfälischen Zeitung“ über das Werk hergefallen. Er schildert Rosenows Arbeit als ein Tendenzwerk der schlechtesten Sorte und denunziert es in schamloser Weise der Zensurbehörde. Und das in einem volksparteilichen Blatte, das sonst gegen die Zensur anzukämpfen vorgibt. Es ist, will man das ungreifliche Verbot der Behörde überhaupt verstehen, nur denkbar, daß sich der Berliner Zensur durch derartige schiefen und absolut unsubstantiierte Urteile der bürgerlichen Presse hat beeinflussen lassen.

Dem Vorgehen des Berliner Zensurs möchte ich das selbste Frankfurter Kollegen entgegenhalten, der zu mir persönlich in einem telephonischen Gespräch äußerte, er habe das Werk mit großem Interesse gelesen, sei dadurch zum Nachdenken veranlaßt und habe keinerlei Tendenz darin gefunden. Er hat denn auch kein einziges Wort gestrichen. Mit vollem Recht. Denn es findet sich in Rosenows Drama kein aufreizendes Wort, nirgends drängt sich die Weltanschauung des Dichters hervor, er hat aus künstlerischen Gründen darauf verzichtet, — wozu doch der Anlaß nahe gelegen hätte, — irgend einen sozialistisch gekennnten Vergarbeiter auftreten zu lassen. Die gewerkschaftliche oder politische Organisation, die Kämpfe der Arbeiterklasse werden nicht mit einem einzigen Wort gestreift. Ob jettzher kann man das Leben der Vergarbeiterklasse nicht mehr schildern als Rosenow es getan. Doch, er, der naturalistische Schule treu, ihre Lebenslage nicht idealistisch verklärt hat, daß er die Dinge schildert, wie sie sind, das war kein künstlerisches Recht. Wenn dabei auf die Wohlthaten der Unternehmerrunde kein allzu gutes Licht fällt, so gibt doch der Dichter gerade hier nur die Wirklichkeit wieder. Sollte er sie fälschen, um den Reichen und Mächtigen des Zensurs zu entgehen? Er zeichnet in den Gestalten seiner Dichtung Starke und Schwächlinge, Arbeiter und Unternehmer, religiöse und religiös indifferente Naturen. Aber er verteilt Licht und Schatten durchaus gerecht. Seine Proletarier sind keineswegs Engel, er schildert sie in all ihrer Bedingtheit, mit all ihren Schwächen. Mit welcher Liebe ist die alte Mutter Bildel gezeichnet, die ihren Trost allein im Kinderlauben findet.

Gerade die Objektivität Rosenows ist von Leuten anerkannt worden, die unserer Partei durchaus fern stehen. Der bürgerliche Herausgeber der Dramen Rosenows, Dr. Christian Goehde, hebt in seinem Vorwort einmal über das andere hervor, wie hoch Rosenow als Dichter über den Parteien stehe, wie es geradezu erstaunlich sei, in welchem Grade er sich von jeder Tendenz freigehalten habe. Und der Referent der „Frankfurter Ztg.“ schreibt: „Das Stück ist unzweifelhaft das, was man heute ein gutes Volkstück nennt: es schildert mit kräftigen Pinselstrichen die Schicksale einer Bergmannsfamilie, die in engen und drückenden, aber immer noch erträglichen Verhältnissen lebt. Das wird ohne die sonst in solchen Stücken beliebte Mährlichkeit und eigentlich auch ohne übertriebene, jedenfalls ohne persönlich gerichtete politische Parteinarbeit erzählt. Nicht Menschen werden angeklagt, sondern Zustände. Hell und dunkel werden richtig verteilt; die Zeichnung nach dem Leben überzeugt.“ Und selbst der Verichterstatte der „Mheinisch-Westf. Ztg.“ — schäme dich, alte Woffel! — ist gerecht genug, von der Hauptzign des Werkes zu sagen: „Am Ende hat die alte Mutter allein über ihrer Bibel. Es ist der einzig erhebende Moment des Dramas und zugleich eine künstlerische Kritik der geschilderten Zustände in schöner Schlichtheit, ohne aufdringliche Tendenz: wie die Lisa aufrecht fortstreckt, ganz ins Ungeheure hinaus.“

So erscheint es als völlig undenkbar, daß die Polizeibehörde mit ihrem Verbot durchdringen könnte. Nie ist ein Werk ungerechter vom Arm der Zensur ereilt worden als Rosenows Drama. Hier handelt es sich um ein Schilane schlimmster Art, mit der man die oben erwähnte freie Volkshöhne treffen will. Mit geringerer Unrecht könnte man wirklich „Die Weber“, „Vor Sonnenaufgang“, „Friedensfest“, ja den „Fuhrmann Henkel“ verbieten. Wäre Rosenows Drama banaler, als es leider ist, ein Höhngeächter würde die neueste Leistung der Berliner Zensurbehörde empfangen.

Die polemischen Geleiste des Genossen Wehring wachsen sich nachgerade zu einer allgemeinen Landplage aus. Genosse Wehring spielt jetzt in der „Frankf. Volkstimme“ die letzte lässliche Rolle, die er als ertappter und überführter Angreifer noch zu spielen hatte: er mimt die verfolgte Unschuld. In dieser Pose ihn zu unterbrechen, hätten wir nicht die geringste Lust, wenn er als Requisite seiner Ingegnierung nicht einige neue Antworten aufstiehe.

Das Rämmlein, das kein Wasserlein trübte, behauptet natürlich, unsere nosgedrungenen Abwehr — wer hätte wohl auch noch Lust, mit dem Genossen Wehring ohne ernste Ursache sich in etwas einzulassen — sei ein gegen seine Tätigkeit als Feuilleton-Redakteur der „Neuen Zeit“ gerichteter Artikel gewesen. Die Woffen, die wir dieser Tätigkeit widmeten, sollten ihm nur zu Gemüte führen, wie wenig Anlaß der Redakteur dieses Feuilletons in der „Neuen Zeit“ hätte, sich auf hohe Röh der kritischen Verbormundung zu legen. Die Abwehr aber galt einem ebenso unfairen wie unwahren Angriff besagten Feuilleton-Redakteurs gegen uns und vor allem unseren Mitarbeiter Sperber.

Folgt die zweite Unwahrheit. Genosse Wehring hat den Mut, öffentlich zu behaupten, das Feuilleton des „Vorwärts“ wäre ihm zur Verichtigung tatsächlicher Irrtümer verschlossen worden. Tatsache ist, daß eine Einwendung des Genossen Wehring mit dem Bemerkten zurückgegeben wurde, er möchte eine bestimmte Stelle abändern, weil wir zu einem Bruch des Redaktionsgeheimnisses die Hand nicht bieten könnten. Das hat Genossen Wehring nicht bestritt, dafür hat

er sich aber beschwerdeführend an die Preßkommission gewendet. Das allergeringste parteigenössliche Anstandsgefühl hätte nun verlangt, daß Genosse Wehring deren Entscheidung abgewartet hätte. Aber Genosse Wehring konnte freilich die Verstopfung seiner polemischen Natur so lange nicht aushalten.

Die Absuhr, die Genosse Sperber dem Genossen Wehring durch den Nachweis seiner freien Erfindung („was den Massen nicht gefiele, hätte keinen ästhetischen Wert“) bereitet, hat gefessen und bleibt sitzen. Die Auserede, er habe den Inhalt von Sperbers Ansichten in einen Satz zusammengefaßt, der wörtlich so natürlich nicht darin stehen könnte, konnte Genosse Wehring nur einem Lektetweise bieten, der von dieser ganzen Sache nichts weiß.

Sehet noch einmal das Lamm in seiner holden Unschuldsschöne! Ach, niemand klaischt dem „Gelden“ Weisfall in dieser Rolle. Doch wartet nur, er hat noch etwas, um seinen Abgang zu verbessern: er denunziert.

Darüber sprechen wir uns vor einem anderen Forum, Genosse Wehring!

Humor und Satire.

Meines Gespräch mit unerwartetem Ausgang.

Der Herrgott sah auf Wolkentischen und sah sich seine Erde an. Was braust heraus? — Sieh da, das ist'n Wolkentahn!

Ein Offizier grüßt freundlich lächelnd: „Festatten! Schwaben Nr. 41“ (und die Propeller surren lächelnd) — „Wir sind nu hier!“

„Was sagen Sie zu unserm Siege? Wir brachen spielend den Rekord. Wozu? — Wir brauchen das zum Kriege?“ — „Zum Kriege? — Zum Word!“

„Erlauben Sie, Sie sind zu schwächlich...“ „Und wer gab Euch das viele Geld?“ „Das Volk! das Volk war es hauptsächlich vom Rhein zum Welt!“

„Das Volk? — Habt ihr so krumme Raden? Ist denn bei euch das Volk so bumm?“ „Hier lachte Gott aus vollen Waden. Man kippete um.“

Rurt.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater (Neue freie Volkshöhne) wird am Freitag „Der Raub der Sabinerinnen“ aufgeführt.

— Ein Theater in Subhastation. Das Wiener Strauß-Theater, dessen Troupe eben im Berliner Leising-Theater gastiert, soll auf Antrag der Gläubiger öffentlich feilgeboten werden.

— Gegen den Typhus. Professor Reichnikoff vom Pasteur-Institut berichtete an die Pariser Akademie der Wissenschaften über eine Methode zur Bekämpfung des Unterleibstypus. Danach werden abgeschwächte Krankheitserreger dem Kranken eingeblasen und es bilden sich dann in ihm selbst die Schutzstoffe, die die Typhusbazillen zum Absterben bringen.

... dung unseres Antrages. Ich habe geglaubt, dieser Antrag spräche für sich selbst. Wenn er an Preußen denkt, wird er auch sofort sehen, aus welchen Gründen der Antrag gestellt ist. Wenn eine Wahl dazu führt, daß eine Partei trotz aller Stimmenzahl nur eine kleine Vertreterzahl hat, so ist es in der Tat eine Verletzung des Gleichberechtigungsprinzips,

für das ja plötzlich Herr Arendt schwärmt, wenn die Vertretung dieser Wengen von Wählern nicht die Rechte einer Fraktion hat. Wir haben stets durch die Tat bewiesen, daß uns der Schutz der Minoritäten erst am Herzen liegt; wir haben die Vertreter kleiner Gruppen und auch einzelne stets reden lassen, so viel sie wollten, und Herr Arendt hat die Wahrheit geradezu in ihr Gegenteil verkehrt, wenn er sagt, wir wollten jemand mundtot machen. Sie sprechen so viel von Gleichberechtigung, aber die Herren rechts wollen ja gar keine Gleichberechtigung. Ist es denn eine Gleichberechtigung, wenn ein einzelner, der sich von allen anderen absondert, das selbe Recht zum Reden beansprucht, wie hundert, die in einer Fraktion zusammengeschlossen sind? Sie wollen alle Vorteile einer Fraktion genießen, aber nicht die Nachteile auf sich nehmen, die die Mitglieder einer großen Gemeinschaft auf sich nehmen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn von einer großen Fraktion von 110 oder 90 Mitgliedern zu einer Frage ein Vertreter spricht, so müssen sich die 109 oder 89 anderen Beschränkung auferlegen. Sie dagegen wollen solche Beschränkung nicht üben, sondern Sie wollen den Grundfay proklamieren, daß auch eine Gruppe von drei Mitgliedern das selbe Recht hat, wie die großen Fraktionen. (Zuruf rechts: Abgeordnetenhaus!)

Im Abgeordnetenhaus handelt es sich bei meinen Freunden um eine Gruppe, die die

größte Zahl von Wählern

hinter sich hat. Obwohl das Wahlrecht ein Klassenwahlrecht und ein indirektes ist, durch das die Meinung der Wähler auf das schlimmste gefälscht wird (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), haben wir dort die Vertretung, und es wäre ganz unerhört, wenn diese Gruppe dort mundtot gemacht würde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber wie behandeln Sie meine Freunde dort im Abgeordnetenhaus? Niemals ist von uns hier auch nur der Versuch gemacht, Sie ähnlich zu behandeln.

Uebrigens verschieben Sie ja die ganze Frage. Herr Spahn hat schon in Unterstützung meiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß es sich heute nicht darum handelt und handeln kann, wie die Kommissionen zu besetzen sind. Bei der Regelung dieser Frage können Sie sicher sein, daß meine Parteifreunde entschieden dafür eintreten werden, daß die einzelnen Gruppen nicht zu kurz kommen. Heute ist nur zu entscheiden, was ist als Fraktion anzusehen, wenn man den Begriff klar umgrenzt, und da kann man nicht die Personen hinzuzählen, welche selbst erklären, wir bilden mit den anderen keine gemeinschaftliche Einheit. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Arendt sagt, die Minoritäten werden hier mundtot gemacht, so sollte er doch daran denken, daß dies Geschäft von der Sozialdemokratie nie betrieben worden ist, sondern von seinen Parteifreunden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff war es, der bei den Sozialdemokraten sogar die ganze Geschäftsordnung auf den Kopf stellte, lediglich um die Vertreter der großen Masse der Bevölkerung, gegen welche der Raubzug sich richtete, mundtot zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.): Eine Zurückverweisung an die Kommission hat keinen Zweck. Es ist heute nichts vorgebracht, was nicht schon die Kommission beschäftigt hätte. Herr Dr. Arendt hat ja ausdrücklich gesagt, er lege nicht entscheidendes Gewicht auf die Verteilung kleiner Gruppen am Seniorenlontent. Danach könnte der Antrag der Kommission sogar einstimmig angenommen werden, denn nur um diese Frage handelt es sich heute. Herr Dr. Arendt hat dem gegenüber verweise ich auf das, was ein Mitglied der Reichspartei am 17. September 1909 im „Zog“ geschrieben hat. Da heißt es: „Die Zahl der Parteien im Reichstag ist übermäßig groß. (Hört! hört! links.) Nun ist es von Interesse, die Stellung der großen Parteien kennen zu lernen; was aber nachher die kleinen Gruppen zu sagen haben, ist kaum von Bedeutung. (Hört! hört! und Heiterkeit links.) ... Ist hier eine Abhilfe möglich? Der Reichstag wählt seine Kommissionen nach der Stärke der Parteien. Vielleicht könnte entsprechend auch die Rednerliste verteilt werden. Die kleinen Gruppen müßten sich dann zusammenfassen. Bei bestimmten Punkten könnte man vielleicht einen Redner der Rechten, einen Redner der Linken, einen Redner des Zentrums und einen für alle übrigen Parteien sprechen lassen.“ Das hat Herr Dr. Arendt selbst geschrieben. (Große Heiterkeit links. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Blamage!)

Abg. Schulz (Sp.): Es handelt sich hier um die Kommissionsbesetzung, nicht um die Rednerliste. Nicht richtig ist, daß es sich heute nur darum dreht, ob wir Fraktion heißen sollen oder nicht. Darauf legen wir keinen Wert. Aber es kommt darauf an, was aus dem Fraktionsbegriff praktisch gefolgert wird. Wenn es nur so gemeint ist, wie Sie es jetzt hinstellen, so schlage ich vor, den zweiten Teil des Antrags v. Normann in folgender Fassung anzunehmen: „einstweilen die Vereinigung der Mitglieder und Hospitanten einer Partei als zur Teilnahme an Kommissionen und am Seniorenlontent ausreichend anzuerkennen, wenn sie mit den Zugewählten 15 Mitglieder erreicht.“

Damit schließt die Debatte.

Abg. Dr. Arendt (persönlich): Ueber die Redeordnung im Reichstag habe ich nicht gesprochen. Was ich darüber geschrieben habe, halte ich aufrecht.

Abg. Graf Westarp (L) will den vom Abg. Schulz erwähnten Antrag schriftlich einbringen.

Abg. Gröber (Z.): Das ist nach dem Schluß der Debatte unzulässig.

Abg. Ledebour (Soz.): Der Antrag könnte jetzt nur noch vom Abg. Schulz selbst eingebracht werden.

Abg. Schulz (Sp.) bringt nunmehr den Antrag selbst ein.

Die Abstimmung über alle Anträge wird auf Mittwoch vertagt.

Hierauf wird die Debatte über die Resolution der Budgetkommission fortgesetzt, welche die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfs ersucht, welcher die

Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen

in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet. Die Abg. Dr. Brabant (Sp.), Frhr. v. Richthofen (nail.) und Genossen beantragen die Resolution zu fassen: „Die Regierung zu ersuchen, nach Anhörung der Selbstverwaltungsborgane der deutschen Schutzgebiete einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für die einzelnen deutschen Schutzgebiete die aus dem Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen sich ergebenden Rechtsverhältnisse geregelt werden.“ (Staatssekretär Dr. Solf betritt den Saal.)

Abg. Gröber (Z.): Wir betrachten die Mischehen nicht als erzwungen, aber auf dem vollen Standpunkt, die Schwarzen nicht als Menschen, sondern als Arbeitstiere anzusehen, können wir uns nicht stellen. Wir müssen anerkennen, daß die Rasse-Mischehen ganz unvermeidlich sind, sie lassen sich durch keinen Erlaß eines Gouverneurs und kein Gesetz beseitigen. Keiner der Verhältnisse haben anerkannt, daß solche Mischehen fast immer glücklich sind. Ein Hauptmann, der lange in Südwestafrika gewesen ist, gibt eine geradezu begeisterte Schilderung von der Schönheit der Regier, ihren blendend weißen Zähnen, dem Leuchten der Augen. (Heiterkeit.)

Wenn man die Ehe verbietet, treibt man die Leute zum Konkubinat. Damit greift der Staat auch in das Privatleben in einer Weise ein, zu der er kein Recht hat. Andere kolonisierende Völker lassen die Mestizagen zu. Ein Deutscher, der eine farbige im englischen Gebiet heiratet, hat eine rechtmäßige Ehe ge-

schlossen. Der Reiche kann sich eine Frau aus Europa kommen lassen oder in Südwestafrika, das ja hauptsächlich in Betracht kommt, aber die Grenze gehen und dort trauen lassen und einige Wochen dort aufhalten, dann wird seine Frau eine Deutsche und seine Kinder werden deutsche Staatsbürger. Um so weniger können wir den Armen das Recht der Eheschließung verweigern. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Staatssekretär hat auch auf Amerika hingewiesen. Dort haben die Regier ja durch den Bürgerkrieg die Staatsbürgerrechte erhalten, und wenn man sich in einzelnen Staaten durch juristische Kniffeleien darum herumdrückt, so ist das ein Rechtsbruch, den wir doch wohl nicht als Beispiel für Deutschland hinstellen wollen. — Auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts kann man die Eingeborenen, so lange sie kulturell noch nicht weiter gebildet sind, benachteiligen, da kann man ihnen das Wahlrecht vorenthalten. Aber in der privatrechtlichen Seite und in der Frage der Rechtsgültigkeit der Ehen darf ein solcher Unterschied zwischen Eingeborenen und Weißen nicht gemacht werden. Ich bitte daher, die Resolution der Kommission anzunehmen; ich appelliere dabei nicht, wie der Staatssekretär, an den Instinkt, sondern an die Vernunft der Abgeordneten. (Lebhafte Bravo! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bahlendorff-Rüpin (L.): Selbstverständlich erkennen wir den hohen sittlichen Wert der Eheschließung an. Die Selbst-erziehung der Männer, die wir in den Kolonien hinausschicken, muß dahin führen, daß Mischehen überhaupt nicht geschlossen werden. Wie die Rechtsverhältnisse, die sich aus dem Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen ergeben, zu regeln sind, können wir hier nicht vom grünen Tisch aus entscheiden. Deshalb sollten wir die Selbstverwaltungsborgane der Kolonien zu Rate ziehen, wie es die Resolution v. Brabant will. (Weisfall rechts.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (nail.): Die Mischehen sind keine erfreuliche Erscheinung. Lassen wir sie zu, so erhalten wir uns den Weißen nicht als Kulturträger. Der Eingeborene, der von dem Weißen lernen soll, muß ihn also weit über sich stehend ansehen. In den englischen Kolonien braucht man ein Eheverbot zwischen Weißen und Eingeborenen nicht, weil sie nicht vorkommt, auch das Konkubinat kommt nicht vor, weil der Weiße, der sich mit einer Eingeborenen einläßt, der gesellschaftlichen Achtung verfallt. Auch in unseren Kolonien macht sich eine solche Entwicklung geltend, und diese Entwicklung würde unterbunden werden, wenn wir die Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen gestatten. Es würde dann auch die Ehe zwischen einem Regier und einer weißen Frau gestattet sein, und käme diese vor, so würde die Stellung der weißen Frauen in den Kolonien schwer erschüttert werden, und dann würde es noch schwerer werden, weiße Frauen zum Hinübergehen zu bewegen, als es jetzt schon der Fall ist. Auf keinen Fall darf eine solche Frage geregelt werden, ohne daß man die Weißen in den Kolonien selbst hört. Deshalb empfehle ich die Resolution v. Brabant. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Brabant (Sp.): Eine Ehe ist nicht bloß eine lebenslängliche Geschlechtsgemeinschaft, sondern soll eine vollkommene Lebensgemeinschaft sein, und eine solche ist zwischen Menschen so verschiedener Kulturfluren wie Weiße und Regier nicht möglich. Schon aus diesem Grunde sollten wir nicht der Resolution der Kommission, sondern der von meinen Freunden und den Nationalliberalen eingebrachten zustimmen. (Lebhafte Weisfall bei der Volkspartei.)

Abg. Rarn (Sp.) befürwortet ebenfalls diese Resolution und hofft, die Missionen würden die Weißen mehr zur Selbstgult erziehen.

Abg. Rumm (Wirtsch. Bg.): Die Sitte muß dahin wirken, daß Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen so selten werden, daß ein besonderes Verbot nicht nötig ist. (Weisfall rechts.)

Es läuft ein Antrag Gröber (Z) auf namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag ein, sowie ein Antrag v. Liebert (Rp.), in dem Antrag Dr. Brabant am Schluß hinter „Rechtsverhältnisse“ einzufügen: „unter Wahrung der kirchlichen Interessen.“

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir lehnen alle Anträge ab und stimmen für den Kommissionsbeschlus. Auch der Antrag v. Brabant gibt keinen Weg an, wie denn die Frage eigentlich geregelt werden soll. Der Antrag beweist nur, daß die Herren Liberalen der Forderung widerprechen, daß die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Schwarzen gesichert wird. Sie haben nur in einem

bedauerlichen Mangel an Bekennniswidrigkeit

zu ihren Ansichten sich verhalten, das ausdrücklich auszusprechen. Wir halten im Interesse des Ansehens Deutschlands die Annahme der Resolution der Budgetkommission für notwendig. Dr. Brabant meinte, wenn wir den Schwarzen volle Ehesfreiheit mit den Weißen geben, geben wir ihnen eigentlich ein Verbot, weil sie gar nicht in der Lage sind, die volle Tragweite dieses Schrittes zu übersehen. Das ist eine wahrhaft talmudistische Beweisführung. (Heiterkeit.) Nach dieser Argumentation müßte man auch in Europa allen denen die Eheschließung verbieten, bei denen, obwohl sie erwachsen sind, eine juristische Kommission das Urteil abgibt, sie übersehen die Tragweite des Schrittes nicht genügend. (Heiterkeit.)

Der Staatssekretär hat sich nach seiner ersten verunglückten Rede in den Mantel des Schweigens gehüllt.

In dem Erlaß des Herrn Dr. Solf als Gouverneur von Samoa heißt es, daß es für Samoa höchste Zeit sei, gegen die „Verbreitung“ der Mischlinge mit durchgreifenden Mitteln vorzugehen. Der Staatssekretär meint jedenfalls: gegen die Vermehrung der Mischlinge. „Verbreitung“ könnte in diesem Fall höchstens ein minderzivilisierter Mischlingssamoaner sagen, der die deutsche Sprache radebrecht. (Heiterkeit.) Im übrigen wird man gegen die Vermehrung der Mischlinge durch solche Erlasse gar nichts ausrichten, denn das Verbot der Ehe hindert nicht, daß Mischlinge erzeugt werden. Weiter heißt es in dem Erlaß, es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Mischlingen, die vor dem Ulla geboren wurden und den nachher Geborenen, und der Staatssekretär sagt: „Die Nachkommen aus den bisher als legitim angesehenen Mischehen sind Weiße.“ So weit gebe ich selbst nicht einmal, daß ich sage, sie sind Weiße. (Heiterkeit.) Es ist das wieder eine Probe der

Mischlingsfrage des Staatssekretärs

(Heiterkeit); er will damit jedenfalls sagen, sie werden die Rechte der Weißen genießen. Der Staatssekretär fährt fort, die nach dem Ulla geborenen Mischlinge sind Eingeborene. Auch hier meint er, sie sollen in bezug auf ihre Rechte als Eingeborene angesehen werden. Wir werden dann also in den jetzt bestehenden Ehen in Samoa den Zustand haben, daß die Kinder, die bis zum 17. Januar 1912 geboren sind, die Rechte von Europäern haben, ihre nach diesem Termin geborenen Geschwister dagegen nicht. (Widerpruch rechts und des Staatssekretärs.) Daß der Staatssekretär das nicht sagen wollte, glaube ich gern; aber der Wortlaut des Erlasses besagt es klar, es steht genau so darin, wie die anderen Versuche gegen die deutsche Sprache. Der Erlaß ist das Ungeheuerliche, was ich jemals an Produkten europäischer Staatsweisheit gedruckt gesehen habe. Das Ungeheuerliche ist, daß auch die Vertreter der liberalen Parteien sich zu diesen Grundfayen bekennen haben. Wir sind ja viele Inkongruenzen bei den Liberalen gewohnt; aber daß sie selbst in dieser Frage nicht Stills halten würden, hätte ich nicht erwartet. Im Jahre 1902 äußerte sich hier der jüngst verstorbene Rudolf v. Bennigsen, damals Gouverneur der Karolinen über die Polynesier, zu denen die Samoaner ebenso gehören wie die Karoliner. Die Tendenz seiner Ausführungen ging dahin, daß die Erwerbung der Karolinen wirtschaftlich betrachtet kein Geschäft sei, aber das Deutsche Reich habe die Aufgabe, die Polynesier kulturell zu heben. Rudolf v. Bennigsen sagte von dem Polynesier: Er ist ein stolzer aber noch friedliebender Mensch, aber zugleich ein schöner Mensch, und Deutschland sollte sich eine Ehre daraus

machen, die Polynesier zu erheben und allmählich zur Kultur zu erziehen.“

Diesem Zweck wird aber durch solche Bestimmungen, wie die in dem Erlaß von Dr. Solf, direkt entgegengehandelt. Denn die Durchführung dieser Bestimmungen muß den Samoaner herunterdrücken, und jede solche Untwürdigmachung eines Volkes erschwert natürlich seine kulturelle Hebung. Die Tendenz des Staatssekretärs geht darauf hin, den unregelmäßigen Geschlechtsverkehr künstlich zu fördern. Der Ulla wird also zur

Degradierung der Eingeborenen,

nicht zu ihrer Kultivierung führen. Dies Bedürfnis, die Weißen als Herrenvolk zu erhalten und über die Schwarzen dominieren zu lassen, ist im Grunde zurückzuführen auf das Ausbeutungs- und Unterdrückungsbedürfnis des Kapitalismus. Wir haben also in diesem Erlaß eine konsequente Ausgeburt der schändlichen Mißwirtschaft in den Kolonien.

Man hat an den Instinkt der Weißen appelliert. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß auch ich es nicht für einen wünschenswerten Zustand halte, wenn eine Vermischung von Weißen und Schwarzen stattfindet, aber das ist eben die notwendige Konsequenz unserer Kolonialpolitik. Die Entartung über die Rändeleien zwischen weißen Mädchen und Schwarzen, die vorübergehend nach Deutschland kommen, teile ich durchaus. Daran sind in der Hauptsache Mädchen aus wohlhabenden Kreisen beteiligt. Das sind Entartungserscheinungen, wie sie sich auch sonst auf ferne Gebiete zeigen. Derartige Erlasse werden daran nichts ändern. Wenn der Staatssekretär das nicht weiß, geht daraus nur hervor, daß er noch dringend der Aufklärung bedarf (Heiterkeit.) Unsere Aufgabe ist es lediglich, dafür zu sorgen, daß dieser unermessliche Massenmischungsprozeß nicht kulturschädigend auf Eingeborene und Weiße einwirkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Mittwoch 1 Uhr. (Auserdem namentliche Abstimmungen über die Anträge der Geschäftsordnungskommission. Etat des Reichsschatzamt und kleinere Etats.) Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wehrvorlagen in der Kommission.

Die Budgetkommission bewilligte in ihrer Sitzung am Dienstag 80 neue Batterien Feldartillerie, Verstärkung von mehr als 100 Batterien an Mannschaften und Pferden, sowie einige kleinere, damit zusammenhängende Forderungen. Die Verlehrsstruppen erfahren eine Verstärkung durch Errichtung von Funker-Kompagnien, Verstärkung der Flieger-Abteilungen und Umwandlung der Aufschießer- und Kraftfahrabteilungen in ein Bataillon. Auch die Telegraphentruppen werden weiter vermehrt. Bei den Pionieren werden 21 Scheinwerferzüge aufgestellt.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich darüber, ob die jetzt vorhandenen Batterien zu 6 Geschützen, nach französischem Muster in solche zu 4 Geschützen umgewandelt werden können. Die Militärverwaltung trat dem entschieden entgegen und wies besonders darauf hin, daß eine solche Umwandlung an einmaligen Ausgaben 200 Millionen Mark, an fortlaufenden Ausgaben 85 Millionen Mark jährlich erforderlich machen würde. Der Leiter des Militärflugwesens machte dann interessante Ausführungen über die Entwicklung des militärischen Flugbetriebes, die sich jedoch als vertraulich, der Veröffentlichung entziehen. Nachträglich wurde sodann für Sachsen die am Freitag abgeleitete Landwehr-Inspektion bewilligt, dagegen wurde der erneute Antrag W. R. Artermbergs, auch dort eine solche Inspektion zu errichten, abgelehnt. Zu einer längeren Diskussion führte die Forderung der Heeresverwaltung, eine große Anzahl neuer Offiziersstellen zu schaffen. Der Antrag ging dahin: Zuteilung je eines Oberleutnants auch zu den Stäben der Regimenter mit 2 Bataillonen; Zuteilung eines weiteren Stabsoffiziers zu sämtlichen Regimentern mit 8 Bataillonen; Zuteilung je eines weiteren Hauptmanns zu allen Regimentern. In der Kommission gelangte die Meinung zum Ausdruck, daß man hier in erster Linie eine Verbesserung des Avancements im Auge habe. Dem wurde von der Heeresverwaltung mit dem Argument entgegengetreten, daß die neu-geforderten Offiziersstellen für den Fall der Mobilmachung unerlässlich notwendig seien. Bei der Abstimmung wurden die Oberleutnants gestrichen, dagegen die Majore für alle Regimenter bewilligt, ebenso die geforderten Hauptleute, deren nun jedes Regiment 14 aufzuweisen hat. Dem Kriegsministerium wurde die Ermächtigung erteilt, die erforderlichen Mittel für die Beschaffung der neubewilligten Pferde schon jetzt auszugeben.

Aus den Kommissionen des Dreiklassenhauses.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich zunächst mit dem konserverativen Antrag auf Beschränkung der Redefreiheit. Danach soll die Redezeit eine Stunde betragen, und nur mit Zustimmung des Hauses, das nach jeder weiteren halben Stunde zu befragen ist, überdritten werden dürfen. Eine Beschlußfassung über diesen Antrag wurde ausgesetzt. Ebenso wurde eine Beschlußfassung über den dann folgenden § 37 der Geschäftsordnung nicht vorgenommen, zu welchem von konserverativer Seite Abänderungsvorschläge vorlagen. Nach diesen Anträgen soll die Direktive des Präsidenten erweitert werden.

In der Interimskommission des Dreiklassenhauses wurde ein nationalliberaler Antrag einstimmig angenommen, der die Regierung ersucht, die auf Hebung der körperlichen Eignung ausgehenden Bestrebungen der Jugendpflege auch auf die akademischen Kreise auszudehnen. Ferner wurde ein Antrag des konserverativen v. Gopler angenommen, der von der Regierung verlangt, daß sie in den nächstjährigen Etat auch Mittel zur Pflege der schulentlassenen weiblichen Jugend einstellt.

Der Reichsverband als Kläger.

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I fand gestern eine Verhandlung gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Richard Barth, statt. Er war wegen Verleumdung der Vorstandmitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angeklagt und wie unsere Leser sich entsinnen, am 29. Februar vom Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden.

Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Als Privatkläger traten auf: Legationsrat a. D. Graf von Arnim-Rastow, Haupttraktationsdirektor und Kammerherr von Arnim-Rastow, Landrat a. D. Burggraf zu Dohna-Rönigsberg, Wirkl. Geh. Rat von Dirksen, Handelskammerpräsident Ströhm, Essen a. Ruhr, Dr. Friedrich Lange-Groß-Bichterfeld, Generalleutnant a. D. v. Liebert, Landrat a. D. Köstler, Geh. Kommerzienrat Julius Borster-Röhl, Landgerichtsrat Wagner-Dresden und Geh. Baurat Wandel-Altenburg.

Den Anlaß zur Klage bot ein am 9. November d. J. veröffentlichter kurzer Artikel über den Baschkamp in Lübeck. Der Reichsverband, dem kein Mittel zu schlecht ist, wenn es im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Verwendung finden kann und dem es auf eine Handvoll Unwahrheiten gar nicht ankommt, wenn sie nur eine Wirkung gegen die Sozialdemokratie versprechen, ist bekanntlich sehr empfindlich, wenn die von ihm Verunglimpften sich mit scharfen Worten wehren. In diesem Falle haben es dem klagen-

Vorkande zwei Sätze unseres Artikels an. In dem einen Satz heißt es, der berühmte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie habe schon im Wahlkampf 1907 auch in Lübeck den Gipfel der Niedertracht zu erreichen versucht. Der andere Satz lautet: „Im Fürstentum Lübeck hoffen die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf ebenfalls durch die Mitwirkung des Reichsverbandes vergiften zu können.“

Das Schöffengericht hatte den Schutz des § 193 St.-G.-B. zugewilligt, aber den Ausdruck „Gipfel der Niedertrachtigkeit“ als beschuldigende Beleidigung erachtet. — Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld machte geltend, daß der Angeklagte mit diesem ihm aus Lübeck zugesandten Artikel nur einen Akt der Abwehr gegen die fortgesetzt erfolgenden Angriffe des Reichsverbandes vorgenommen habe. Er verwies darauf, daß ein Flugblatt des Reichsverbandes in Lübeck 1907 die schon wer weiß wie oft widerlegte Lüge verbreitete, der alte Lieblincht habe im „Volkstaat“ die Soldaten, welche aus dem Kriege von 1870/71 heimkehrten, als zweibeinige Tiere in Uniform bezeichnet. Nachdem diese Behauptung durch ein sozialdemokratisches Flugblatt als Lüge nachgewiesen war, hat sie der Reichsverband aufs neue verbreitet, in etwas abgeschwächter Form zwar, aber doch so, daß die Leser annehmen müßten, der alte Lieblincht habe die Soldaten schlichtweg als zweibeinige Tiere in Uniform beschimpft. Da dem Verfasser dieses Flugblattes der authentische Wortlaut jener ganz anders lautenden Äußerung Lieblinchts bekannt war, so habe er also wider besseres Wissen die Unwahrheit verbreitet. Die Bezeichnung, die der „Vorwärts“ für diese Kampfesweise wählte, sei demnach durchaus berechtigt. Im übrigen sei klar, daß in dem inkriminierten Artikel nur der Vorstand der Lübecker Gruppe des Reichsverbandes getroffen werden sollte und daß dem Angeklagten Widerlegungsgründe zur Seite stehen, da der Artikel in der Hitze des Wahlkampfes geschrieben sei. — Rechtsanwalt Hiesig beantragte die Verwerfung der Verurteilung. Der Reichsverband habe in gutem Glauben gehandelt.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Privatkläger beleidigt seien, daß aber der Reichsverband den verstorbenen Abgeordneten Lieblincht nicht richtig zitiert und damit dem Angeklagten das Recht gegeben habe, die offenbar unwahre Darstellung des Sachverhalts durch den Reichsverband scharf zurückzuweisen. Bei dieser Sachlage erschien dem Gericht eine Freiheitsstrafe nicht am Platze zu sein. Es hob das erste Urteil auf und erkannte auf 70 M. Geldstrafe.

Den Klägern ist damit attestiert, daß sie offensibare Unwahrheiten verbreitet haben. Dafür, daß die Kläger so fahrlässig vorgehen, daß ihnen die Wahrheit verborgen blieb und sie eine freche Lüge als Wahrheit erachteten, den Beklagten zu bestrafen, mag formales Recht sein; moralisch sind die Kläger verurteilt.

Aus der Partei.

Zur Nichtigstellung

geht uns vom Genossen Kautsky folgende Notiz zu:

Es war nicht meine Absicht, in die Diskussion zwischen Bebel und Mehring einzugreifen. Dieser veröffentlicht jedoch in der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Bremer Bürgerzeitung“ vom 2. Mai eine „Abwehr“, die sich als heftiger Angriff gegen mich entpuppt. Ich hätte „Verwunderung angedreht“, hinter Mehrings Rücken ebenso ehrenrührige wie unrichtige Angriffe veröffentlicht, dabei sei dem „angegriffenen“ Mehring die „Verteidigung“ erschwert worden und die Erklärung für mein Verfahren in dieser „saurigen Affäre“ sei „noch viel trauriger“.

Da muß ich die Redaktion um so viel Raum bitten, als erforderlich ist, den wirklichen Vorgang ins rechte Licht zu setzen. Schon am 21. November 1910 schrieb mir Mehring einen Brief, in dem er mir anzeigte, daß er an den Redaktionskonferenzen nicht mehr teilnehmen werde und bitte, seine Spaltenartikel, die er jedesmal bis Sonnabendmittag einsenden werde, als „Beiträge eines einfachen Mitarbeiters“ zu behandeln.

Damit hatte er in aller Form seine Beteiligung an der Redaktion des Hauptblattes aufgegeben, die schon bis dahin nur in der Teilnahme an den Redaktionskonferenzen bestanden hatte. Ich betrachtete die Erklärung als Ausfluß einer jener vorübergehenden Verdrüßungen, wie sie bei Mehring nicht selten sind. Aber er hat Ernst gemacht und ist seitdem nie wieder zu einer redaktionellen Konferenz erschienen.

Ich hätte ein Recht gehabt, darüber verstimmt zu sein. Trotzdem suchte ich die freundschaftliche Kollegialität mit Mehring aufrecht zu erhalten. Als wir im August vorigen Jahres einen Artikel von Heinrich Schulz über das humanistische Gymnasium brachten, der sich gegen Mehring richtete, und infolge eines Mißverständnisses ihm nicht davon vorher Mitteilung machten, beschwerte er sich, und ich war entgegenkommend genug, ihm zu versprechen, wir würden ihm künftig stets Mitteilung davon machen, wenn etwas gegen ihn erschienen, obgleich seine eigene Erklärung, seine Beiträge seien als die eines einfachen Mitarbeiters zu behandeln, ihm jeden Anspruch auf diese Rücksichtnahme genommen hatte.

Mehring lobte dieses Entgegenkommen damit, daß er die Ignorierung der Redaktion immer weiter trieb und schließlich in den letzten Monaten die Spaltenartikel regelmäßig direkt nach Stuttgart in die Druckerei expedierte, anstatt sie nach der Redaktion zu senden, wie er versprochen. Er tat das auch dann, wenn seine Artikel Polemiken gegen Parteigenossen enthielten. Es wäre einfach eine Pflichtvergeßlichkeit gewesen, wenn die Redaktion das dauernd hingehen ließ. Aber wir trieben die Rücksicht gegen Mehring so weit, daß wir wegen seiner Kränklichkeit mit unseren Forderungen warten wollten, bis er aus seinem Erholungsurlaub zurück war, den er plante.

Die Sache kam vorher zum Klappen durch die Entgegnung, die Bebel gegen Mehring am 11. April einbandte. Er bat, sie noch im laufenden Heft zu bringen, wenn wir sie akzeptierten. Wir sicherten ihm reichliche Veröffentlichung zu, erwiderten ihn aber, bei der Korrektur einige Änderungen vorzunehmen, da das Manuskript einige Stellen enthielt, von denen der Mehrings bekannter Empfindlichkeit zu befürchten war, sie würden ihn verletzen. Diese Empfindlichkeit zu schonen, ist, solange ich mit ihm arbeite, stets meine Hauptaufgabe gewesen, was mir natürlich nicht immer leicht wurde.

Die Absicht, den sachlichen Streit nicht durch persönliche Mißverständnisse verschärfen zu lassen, mußte natürlich vereitelt werden, wenn Mehring Bebel's Artikel in der ursprünglichen Fassung zu lesen bekam. Es hatte geheihen, gerade jene Stellen für Mehring unterstreichen, wenn man sie ihm privatim mitteilte und vor der Öffentlichkeit wegließ. Ihm die definitive Fassung vor der Drucklegung zu senden, war aber unmöglich. Am 13. April wünschte Bebel die Korrektur in Frankfurt zu lesen, wo er sich auf der Durchreise an diesem Tage aufhielt. Bei dieser Gelegenheit konnte er die gewünschten Änderungen vornehmen. Der 14. war ein Sonntag, am 15. wurde gedruckt.

Wir begnügten uns also damit, Mehring mitzuteilen, daß eine Entgegnung Bebel's gegen ihn eingelaufen sei, daß wir sie ihm aber wegen Mangel an Zeit nicht zur vorherigen Einsicht senden konnten. Zu mehr als dieser Mitteilung waren wir in keiner Weise verpflichtet. Für Mehring blieb Zeit genug, wenn er die von Bebel korrigierte Fassung erhielt, in der nächsten Nummer zu erwidern, wie es bei uns für Polemiken dieser Art üblich ist.

Jeder andere hätte sich bei dieser Mitteilung beruhigt und den Artikel Bebel's abgemerkt. Anders Mehring. Die geringfügige Angelegenheit genügte, ihn maßlos zu erregen. Er schrieb uns, daß er sich unser Vorgehen nicht gefallen lasse und nahm sich heraus, unter Uebergehung der Redaktion nach Stuttgart an die Druckerei zu telegraphieren, sie solle ihm den Artikel Bebel's zuschicken — ein Uebergriff, zu dem selbst der Schein eines Rechtes fehlte. Die Druckerei sandte ihm einen Abzug des Bebel'schen, damals noch

nicht korrigierten Artikels — und Mehring fügte nun zu dem ersten Uebergriff den zweiten hinzu: über den Kopf der Redaktion hinweg und ohne uns zu verständigen, sandte er eine Antwort gegen Bebel direkt an die Druckerei und verlangte, sie solle gleichzeitig mit Bebel's Artikel, ohne daß die Redaktion von ihr wußte, abgedruckt werden.

Ich bekam davon erst Kenntnis am 15. vormittags durch ein Telegramm aus Stuttgart! Noch am 17. April sandte mir Mehring einen Brief, in dem er die Forderung aufstellte, daß ihm fortan von Polemiken, die sich gegen ihn richteten, stets die Manuskripte vorgelegt werden müßten. Er erklärte dabei ausdrücklich, er beanspruche nicht das Recht, in derselben Nummer zu antworten, erwähnte aber in dem ganzen Briefe mit keiner Silbe die Tatsache, daß er am 14. eine Erwiderung nach Stuttgart geschickt mit der Forderung, sie solle sofort gedruckt werden!

Und jetzt bringt es derselbe Mehring fertig, uns vorzuwerfen, wir hätten hinter seinem Rücken einen Artikel veröffentlicht. Und er nennt diese Kette seiner rücksichtslosen Eigenmächtigkeiten Bezeichnung „einer Nachgiebigkeit, die nach Ansicht erfahrener (wovon erfahren? im Verheeren?) Parteifreunde wichtiger Interessen (welche?) verleiht“.

Ich telegraphierte natürlich noch am 15. nach Stuttgart, man solle mir das Manuskript Mehring's schicken. Ich mußte es doch gelesen haben, ehe es in der „Neuen Zeit“ erschien. Ich erhielt den Artikel am 16. und schrieb sofort an Mehring. Niemand hätte es mir verübeln dürfen, wenn ich mir jetzt sein selbsterhellendes Eingreifen in die redaktionellen Anordnungen aufs energischste verbat. Aber nochmals, wie schon so oft, überzog die Rücksicht auf die besondere Reizbarkeit des Mannes — und ich schrieb ihm ruhig und höflich, seine Erwiderung werde im nächsten Heft der „Neuen Zeit“ unverändert erscheinen, nur biete ich ihm, zu berücksichtigen, daß er nicht die wirklich veröffentlichte Fassung des Bebel'schen Artikels, sondern die unkorrigierte benutzte habe, was vielleicht einige Änderungen des Wortlauts erheischen würde.

Ich nahm an, damit das äußerste Maß von Entgegenkommen bewiesen und alles getan zu haben, was ich ohne Einbuße an Selbstachtung tun konnte, um eine friedliche Lösung des Konflikts zu ermöglichen. Mehring erschien dieser Brief als die äußerste Mißhandlung, die ich ihm zuteil werden ließ. Am gleichen Tage noch zog er seine Entgegnung zurück, um sie in der „Bremer Bürgerzeitung“ zu veröffentlichen und teilte der Redaktion mit, weitere Schritte würden bei den „zuständigen Instanzen“ erfolgen.

Hinterdrein scheint er doch zu fühlen, daß die „Krise in der Neuen Zeit“, die er damit eröffnete, in den bisher berichteten Vorgängen eine zu dürftige Motivierung fände, und so beruht er sich nun auf mein Telegramm an Dich, in dem ich den Vorschlag ablehnte, Bebel's Artikel um acht Tage zu verschieben.

Aber von diesem Telegramm erfuhr Mehring erst am 16. April, die Zurückziehung seiner Entgegnung unter Hinweis auf die Instanzen wurde mir schon am 17. mitgeteilt, also auf keinen Fall durch dieses Telegramm veranlaßt.

Indes bedeutet der Hinweis auf das Telegramm auch keine bessere Rechtfertigung der „Krise“. Wir hatten uns Bebel gegenüber verpflichtet, seinen Artikel in der laufenden Nummer zu bringen und durften ohne Bebel's Zustimmung davon nicht abgehen, wenn wir nicht einen triftigen Grund dafür angeben wollten. Ein solcher lag meines Erachtens nicht vor. Eine Verschiebung des Bebel'schen Artikels hätte nur dann einen Zweck gehabt, wenn zu erwarten war, Bebel lasse sich bewegen, auf seinen Artikel überhaupt zu verzichten. Nicht das mindeste berechtigte mich zu dieser Annahme. Versätschte Bebel nicht, dann wurde durch die Verschiebung der alte Konfliktstoff nicht beseitigt, wohl aber neuer dazu geschaffen. Ich will nur darauf hinweisen, daß ich wußte, Bebel betrachte es als eine arge Unfreundlichkeit, wenn bei einer Polemik dem einen Teil gestattet wird, dem anderen Teil im unmittelbaren Anschluß zu antworten. Ich glaube, keine Redaktion hat das Recht, es zu mißachten, wenn einer ihrer Mitarbeiter diesen Anspruch erhebt. Welche Fälle von Konflikten hätte sich aber erst ergeben, wenn wir von Mehring verlangt hätten, jenseits auch seine Antwort um weitere acht Tage hinauszuschieben! Die einfachste und klarste Situation und das Minimum an Konfliktstoff war gegeben, wenn wir nicht warteten, sondern Bebel's Antwort sofort brachten.

Die „Krise“ selbst ließ sich nicht mehr aufhalten, sie war unvermeidlich geworden, sie entsprang aus der Ausnahmestellung, die Mehring bei seinen Polemiken in der „Neuen Zeit“ beanspruchte. Ohne irgendeine der redaktionellen Funktionen und Pflichten zu erfüllen, forderte er für Parteipolemiken das unbeschränkte Verfügungsrecht über die „Neue Zeit“ unter völliger Uebergehung der Redaktion, und eine bevorzugte Ausnahmestellung gegenüber den Parteigenossen, mit denen er polemisierte. Die Erfüllung dieser Forderungen würde jede geordnete Redaktionsführung unmöglich machen. Ihre Zurückweisung war meine Pflicht. Von diesem Standpunkt lasse ich mich durch keinen Terrorismus abbringen, auch nicht durch jenen besonders gefährlichen, der sich in eine Klage über Einschränkung der Meinungsfreiheit und in überschwängliches Selbstlob der eigenen Nachgiebigkeit verummumt.

A. Kautsky.

Parteiliteratur.

Wilhelm Hausenstein: Die großen Utopisten. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Berlin 1912. Preis 1 M., Vereinsausgabe 40 Pf. — Diese Studie geht auf eine Reihe von Aufsätzen zurück, die der Verfasser 1909—1910 in der Jugendbeilage der „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlicht hat. Für die Publikation in Broschürenform ist die Studie an einigen Stellen überarbeitet, doch ist im ganzen die ursprüngliche Gestalt gewahrt. Die Aufsätze bleiben daher, was sie ursprünglich gewesen sind: ein einfaches Vehement für Arbeiter und zwar insbesondere für jugendliche Arbeiter. Der Verfasser betont im Vorwort, daß er nicht die Absicht hatte, über die großen Utopisten eine Arbeit von originalem wissenschaftlichen Forschungswert zu schreiben. Das Wünschlein gibt sich als anspruchsloses Hilfsmittel für Leier, die sich in die Geschichte des älteren vormärkischen Sozialismus einführen lassen wollen und sieht seinen Zweck in einer pädagogisch-didaktischen Behandlung eines Stoffes, der sonst nur in umfangreicheren und schwierigeren Werken bearbeitet ist. Der Verfasser behandelt Fourier, Saint-Simon und Owen nach Leben, Lehre und sozialer Praxis. Wenn auch die geistige Hinterlassenschaft der großen Utopisten, die man als Klassiker des vormärkischen Sozialismus bezeichnen kann, heute im großen ganzen seinen unmittelbaren praktischen und theoretischen Wert mehr verliert, so ist damit doch nicht gesagt, daß diese drei Männer für den Sozialdemokraten von heute belanglos seien: denn gerade aus der Erkenntnis der Irrtümer der Utopisten gewinnt der moderne sozialdemokratische Arbeiter eine größere Sicherheit des eigenen Standpunktes. So zeigt beispielsweise gerade der Vankerot, den die Utopisten mit der Idee der „friedlichen Demokratie“ gemacht haben, die Notwendigkeit des Klassenkampfes als die Grundlage der proletarischen Freiheitsbewegung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Gerichts-Zeitung.

Seitungsanfragen durch einen Gewerkschaftler eine öffentlich bemerkbare Arbeit?

Im ganzen preussischen Staats sind für die Sonn- und Feiertage durch Oberpräsidial-Bescheidverordnungen öffentliche bemerkbare Arbeiten verboten. Sogar dieses Verbot sollte sich Horn aus Tilsendorff bei Wunzlau dadurch vergangen haben, daß er als Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes an dessen Mitglieder in Tilsendorf Sonntagvormittags das Verbandsorgan, den „Proletarier“, ausstrug. Er trug die Zeitungen in einer Wappe, die mit einem Uebergriff versehen war. Seine Tätigkeit nahm einige Stunden in Anspruch. Er zog auch für den Verband die Beiträge ein. Pro 1 M. erhielt er 5 Pf. Entschädigung.

Die Strafkammer in Liegnitz verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus, daß es zweifellos eine öffentlich bemerkbare Arbeit sei, wenn jemand einige Stunden lang mit den

Zeitungen in der Wappe von Haus zu Haus geht. Da es Angeklagter auch außerhalb der Zeit getan habe, wo ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen das Tragen von Briefen und Zeitungen zugelassen sei, so müsse er auf Grund der dem Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage gewidmeten Verordnung des Oberpräsidenten verurteilt werden.

Das Kammergericht hob das Urteil auf die Revision des Angeklagten auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der fraglichen Verordnungen sei eine, nicht lediglich des Vergnügens oder der Unterhaltung wegen unternommene Tätigkeit, bei der eine gewisse Anstrengung öffentlich in die Erscheinung trete. Das Kammergericht habe nun zwar festgestellt, daß es öffentlich bemerkbar gewesen und aufgefallen sei, als Angeklagter mit seiner Wappe von Haus zu Haus ging. Das Gericht habe aber nicht festgestellt, daß eine gewisse Anstrengung öffentlich in die Erscheinung getreten sei. Nach der eben gegebenen Definition des Begriffs der öffentlichen Arbeit im Sinne der Sonntagverordnungen wäre aber eine solche Feststellung unbedingt erforderlich, um zu einer Verurteilung kommen zu können. Da sich das Kammergericht darüber überhaupt nicht geäußert habe, so müsse es sich nochmal mit der Sache befassen und nachprüfen, ob eine solche gewisse Anstrengung vorgelegen habe und ob sie auch öffentlich in die Erscheinung getreten sei, also für das Publikum auf der Straße äußerlich bemerkbar war.

Wegen 10 Pfennige drei Monate Gefängnis. Weil sie kein Brennholz hatte, versuchte die Witwe Anna Lopetski aus Schönwalde im Dezember vorigen Jahres einen Pfahl, der auf der Landstraße ein Baumchen stützte, zu entfernen. Dabei wurde sie vom Förster überrascht, der Anzeige erstattete. Die Strafkammer in Thorn mußte, da die Frau bereits bestraft war, auf drei Monate Gefängnis als Mindeststrafe zu erkennen, obgleich der Wert des Objektes nur 10 Pf. betrug.

Erst die leider noch nicht in dritter Lesung verabschiedete Strafgesetznovelle ermöglicht, in solchen Sachen erheblich milder zu strafen.

Schutz der Arbeitswilligen.

Nach preussischem Muster verurteilte das Schöffengericht in Bavel in Oldenburg zwei Fabrikarbeiter zu einem Monat bzw. eine Woche Gefängnis. Die beiden Angeklagten sollen einem Streikbrecher gegenüber die Weigerung getan haben: Die Strafe für seine unehrenhafte Handlung hätte er nach sich zu ziehen. In diesen Worten sah das Gericht eine Bedrohung und Beleidigung. Der Anwalt hatte nur drei bzw. zwei Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht ist also noch weit über diesen Antrag hinausgegangen. Wegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Kindermißhandlung.

Wieder war es das Martyrium eines Kindes, mit welchem sich gestern die 6. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsrats Geh. Justizrats Kersten zu beschäftigen hatte. Wegen fortgesetzter Mißhandlung eines Pflegekindes mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung war die Frau Minna Zahn geb. Gress angeklagt. Diese hatte einen von einer gewissen Franziska Balla geborenen jetzt vierjährigen Knaben in Pflege genommen. Nach den Befundungen der Hausnachbarn der Angeklagten soll letztere dem kleinen Jungen die Hölle auf Erden bereitet und ihn überaus häufig in der schrecklichsten Weise geschlagen und mißhandelt und in der erbarmungslosesten Weise gequält haben, wenn das Kind sich einmal beschwerte hatte. Das Weibegeld und das Wimmern des kleinen Martyrers war von den Hausnachbarn manchmal bis Mitternacht zu vernehmen. Zeugen bekundeten, daß es oft zu hören war, wenn die Angeklagte den Knaben nicht mit der Hand, sondern auch mit irgendeinem festen Gegenstand verprügelte. Manchmal hörten sie auch, wie der kleine Körper gegen die Wand geschleudert wurde, was ein dumpfes Geräusch verursachte, und wenn das Kind vor Schmerzen wimmerte, dann hörte man daswischen die freischwebende Stimme der „Pflege“-Mutter: „Verfluchter Pöckel! Du Kack! Du Dieb!“ Einmal Tages hat sie, wie durch Zeugen bekundet wurde, dem Kinde die beschmutzten Hosen um die Ohren geschlagen, so daß der Kopf im Gesicht kleben blieb, dann wieder hat sie ihn an die Erde geworfen und vor den Unterleib getreten, so daß der Knabe vor Schmerzen nicht gehen konnte. Die Bewohner des Hauses in der Wittstocker Straße haben schließlich diese Barbarei nicht mehr aushalten können und dafür sorgt, daß die Mutter des Knaben diesen von der Angeklagten fortnahm. Der Arzt Dr. Türkheim hat den armen kleinen Jungen in jämmerlichem Zustande, bedeckt mit Striemen und Wunden und sonstigen grober Mißhandlungen vorgefunden. Ein vernommener Hausbewohner, jenes Zeidens ein Drohschläger, erklärte charakteristisch: Ihn haben die fortgesetzten Züchtigungen des Knaben in große Empörung versetzt, denn wenn einmal ein Drohschläger einem fideleischen Pferde einen Peitschenhieb zuviel verleihe, dann werde er gleich aufgeschrien und müsse Strafe bezahlen und hier habe die Angeklagte ein wehrloses kleines Kind fort und fort in brutaler Weise gemißhandelt.

Die Angeklagte, welche die Frau eines Arbeiters ist und eigene Kinder nicht besitzt, behauptete, daß sie gar keinen Haß auf den Knaben gehabt habe, sondern ihn wegen großer Unreinlichkeit öfter habe züchtigen müssen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fuchs hielt die Arbeit, die die Angeklagte bewiesen, für eine so große und unerbittliche, daß er zwei Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragte. Das Gericht nahm Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und verurteilte sie zu

1 Jahr Gefängnis.

Von der sofortigen Verhaftung wurde mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß die Angeklagte verheiratet ist und feste Wohnung in der Waldstraße hat.

Verfammlungen.

Herr Max Silberstein, Inhaber des „Volksgarten-Theaters“, erfuhr uns um die Mitteilung, daß die Artisten, die am 1. Mai in ihrem Lokale auftraten, von ihm nicht für diesen Tag engagiert waren und auch sonst bei ihm nicht beschäftigt seien. Soweit Herr Silberstein die Artisten selbst beobachtet konnte, hält er auch unsere Kritik mindestens für übertrieben. — Darüber ist nun freilich ein Streit nicht möglich, weil Herr Silberstein vermutlich einen anderen Maßstab an die künstlerischen Leistungen legt als unser Berichtserfasser.

Aus aller Welt.

Studentische „Sitten“.

Aus Göttingen wird uns geschrieben: Man ist in kleineren und mittleren Universitätsstädten schon daran gewöhnt, daß mit jedesmaligem Semesterbeginn die jungen „Blöße“ allerhand tolle Streiche ausüben, und das wird ihnen auch, sofern es sich um wirkliche Streiche handelt, wohl auch nirgends allzu übel genommen. Etwas anderes ist es aber, wenn sich Studierende unter dem Einfluß des Alkohols zu gemeingefährlichen Vergehens hinreißten lassen. Göttingen kann in den letzten Tagen ein Liebeschen davon singen. Von einem Monumentalbrunnen wurden Fischköpfe abgeschlagen, mehrere Firmen- und sonstige Aushängeschilder wurden zerkleinert, die mit Ringdiamanten verkrachten Schaufensterscheiben, die zerschlagenen Haus-, Arzt- und Hebammenschilder usw. sind nicht mehr zu zählen. Allem steht aber die Krone auf, was hier selbige Studenten am Sonnabendabend und in der Nacht zum Sonntag verübt haben. Am Sonnabendabend gegen sieben Uhr wurden auf einen Personenzug der Gartetalbahn zwischen den Stationen Landwehrstraße und Garten-

fenke von vier radfahrenden Studenten drei scharfe Schiffe abgegeben, die alle drei die vollbesetzten Personentouren in Höhe von etwa einem halben Meter des Wagenlastens trafen. Ebenso kummelhaft ist ein Streich, der in der Nacht zum Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr vollführt wurde. Von einem an einer belehrreichen Strahenecke befindlichen Feuermelder aus wurde freiwillig die Feuerwehralarmiert, um den der Feuerwehrl voranschreitenden Radfahrer zu verhindern, daß er die Umkehr des Löschzuges veranlasste, ehe er den Feuermelder erreichte, wurde versucht, den radfahrenden Feuermelder zu Fall zu bringen. Das Gelingen möchten wir sehen, wenn Arbeiter solche Freiheiten verüben würden. Aber so handelt es sich ja bloß um zukünftige Staatsfähn.

Fernbeben.

Von den verschiedenen Erdbebenwarten laufen Meldungen ein, wonach die Apparate der Barten am Montagabend nach 8 Uhr ein schweres Erdbeben von zwei Stunden Dauer registriert haben. Die Entfernung des Bebens wird auf 2500 bis 3000 Kilometer geschätzt. Der Herd des Bebens wird in der Nähe der Kanarischen Inseln oder in Südmarokko vermutet. Bisher liegen über das Beben selbst noch keinerlei Nachrichten vor.

Die Wassernot im Mississippital.

Die Ueberschwemmung im Mississippital hat an Ausdehnung rapide zugenommen; gegenwärtig sind etwa 100 000 Einwohner ohne Obdach. An verschiedenen Orten brach unter der Bevölkerung eine fürchterliche Panik aus. In Point Coupée trat der Fluß so schnell über seine Ufer, daß die Einwohner Mähe hatten, das nackte Leben zu retten. Sie hatten nicht mehr die Zeit, die Nachbarn telephonisch von der auch sie bedrohenden Ueberschwemmung zu benachrichtigen. 80 Personen sind hier ertrunken. Der Regen dauert an. Die Lage in Morgana und Melville ist außerordentlich kritisch. Frauen und Kinder sind auf dem schnellsten Wege aus den überschwemmten Gebieten entfernt worden. Weitere Dammbüche werden befürchtet und man erwartet Katastrophen von großer Tragweite. — Zahlreiche Berichte über die schrecklichen

Leiden der durch die Ueberschwemmung obdachlos Gewordenen treffen in New-Orleans ein. Es wird befürchtet, daß, wenn nicht bald Fahrzeuge zu den bedrohten Plätzen gelangen, hunderte von Menschen umkommen werden. Nach nicht amtlichen Berichten beziffert sich der in der Landwirtschaft angerichtete Schaden allein in Louisiana auf 8 1/2 Millionen Dollar. Es sind 220 000 Hektar überschwemmt.

Der Kriegerverein auf dem Kriegspfade.

In dem pommerischen Städtchen Bätow wurde ein jüngerer tüchtiger Anwalt beschuldigt, anonyme Briefe beleidigenden Inhalts an „bessere Kreise“ und vor allen Dingen an den Kriegerverein Bätow gerichtet zu haben. Es wurde dann, um den Anwalt, der etwas freizeithlich gewonnen ist, zu fügen, die Angelegenheit weiter verfolgt und Gutachten von Schriftsachverständigen eingeholt, die sehr belastend für den Anwalt waren. Den Mitgliedern des Kriegervereins wurde nun in der Generalversammlung der Anwalt als Täter bezeichnet und beschloffen, ihn bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Die Anzeige bezog. Vollmacht wurde von den meisten Mitgliedern unterschrieben. Die Stadt war natürlich in kurzer Zeit mit allen möglichen Gerüchten überschwemmt. Der Anwalt legte seine Hände natürlich nicht ruhig in den Schoß, und es gelang ihm, den Briefschreiber, ein Mitglied des Kriegervereins, festzustellen. Jetzt muß der Kriegerverein seinen Verstum öffentlich zugeben. So mancher von den fatten Herren Spießbürgern wird den Gang zum Gericht machen müssen. Schuld dürften auch die famosen Schreibsachverständigen haben, die mit aller Bestimmtheit den Anwalt als Täter bezeichneten. Wäre dieses Vorkommnis in einer Arbeiterorganisation passiert, spaltenlange Berichte über „Terrorismus, sozialdemokratische Duldbarkeit“ ständen in den bürgerlichen Blättern, während jetzt natürlich Stillstehen über die Blamage geübt wird.

Kleine Notizen.

Eifersucht. Ein Ehedrama mit tödlichem Ausgang hat sich gestern in Virkental (Obersachsen) abgespielt. Der Schuhmacher Braxil, der Ursache zur Eifersucht zu haben glaubte, schlug mit einer Holzkrücke so lange auf seine Frau ein, bis sie tot zu Boden fiel. **Folgeschwerer Bruchkollaps.** In der Nähe der böhmischen Ortschaft Wessely ist die über die Luschna führende Brücke in dem Moment eingestürzt, als 16 Schulkinder den Fischern zu

fahren. Alle 16 Kinder stürzten in den Fluß und konnten nur mit größter Mühe gerettet werden. Fast alle Kinder sind mehr oder minder schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beantwortung findet 2 und 3 1/2 bis 6 Uhr, vorn der Treppe — Fahrkarte —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefkastenbezeichnung. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmonatenszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Stille Fragen tragen man in der Sperrkaste vor.

D. N. 68. 1. Gehelmt angemessen. 2. Unseres Erachtens ja. 3. Die 15 Mark sind abzuziehen. 4. Beantworten Sie am zweckmäßigsten beim Amtsgericht den Ertrag eines Zahlungsbefehls. — **K. S. Rein.** — **D. G. 8.** 1. Zwischen 33 und 40. — **D. G. 1-4.** Rechtmäßig schon immer derselbe Wert. Im Austausch aber stets Kurschwankungen unterworfen. — **56 000.** Beantwortung war dort nicht. Sonstige Ausstellungen finden unter den verschiedensten Bezeichnungen so viele statt, daß Ihre Frage nicht definitiv zu beantworten ist. Uebrigens lehnen wir Entschuldigungen über Betten grundsätzlich ab. — **D. W. D. 1.** Ja. 2. Rein. **D. W. D. 2.** 1. Ja. 2. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Vater wohnt, schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers. 3. 400 Mark. — **D. G. 15.** Den Arbeitgeber. — **D. G. 19.** Rufen Sie den Gesellschaften Mitteilung und beantragen Sie Aufhebung einer Versicherung mit Ablauf des Versicherungsjahres. — **Friedenau 7.** Rein. — **F. S. 100.** Im Jahre 1911. — **G. S. 45.** Der junge Mann kann herangezogen werden; die Eltern sind nicht haltbar. **N. S. 12.** Von den genannten Sachen erscheint mir das Sofa pfändbar; anders, wenn das Sofa als Schlafgelegenheit benutzt wird. — **H. G. 30.** 1. Rein. 2. 11 bis 12 1/2 Uhr mittags, 6 bis 7 1/2 Uhr abends. Sonnabends abends geschlossen. 3. Gehr, Landsberger Straße 88, Heine, Turmstraße 4, Herzfeld, Charlottenstraße 8, Nieblich, Gahlestraße 121. — **W. Väterfeld.** Rein. — **M. 7.** Ja. — **P. S. 8.** 1. Ja. 2. Rein. — **K. R. 2.** Ihre Auffassung ist zutreffend. — **G. R. 4.** 1. Ja. beim Standesamt. 2. Etwa 350 M. — **G. S. 1.** Ja, weil im Gesetz für „Witwen“ vorgesehen. — **W. S. Rein.** — **Martha 96.** 1. Bis zum 12. Mai müßte die Klage durch einen Rechtsanwalt erhoben sein. Der Klage vorzugehen muß die Bestellung eines Pflegers für das Kind durch das Amtsgericht Neukölln. Die zur Verfügung stehende Zeit ist also sehr kurz. 2. Bei dem Antrag auf Bestellung des Pflegers, nein. 3. Ja, leitens des Vormundes des Kindes, der später, falls die Klage auf Wahrung der Ehre der Frau hat — was sehr zweifelhaft erscheint — bestellt wird. — **Wegener Str. 11.** Die Frau hat mehrere Wahlrecht; die Aufzählung geht über den Namen des Briefkastens hinaus. Der Ehegatte hat keinen Anspruch nach ihrem Vater. — **M. S. 73.** 1. Die Kartezeit ist nicht erfüllt. Es müssen — außer den bis 1900 geleisteten 350 Beitragswochen — mindestens 500 Wochen entrichtet sein. 2. Ja.

Unserem Genossen **Hermann Blum u. Frau** zu ihrer am 7. Mai festgesetzten **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche. Die Genossen der Abt. 1a, 6. Kr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis. **Görtinger Viertel.** Bez. 202 II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Schmid Gustav Herzog** (Förster Straße 48) gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt. **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Oskar Hamburger** (Weichselplatz 5 (4. Bez.)) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen. Bezirk Berlin. Am Montag, den 6. Mai, verstarb unsere Kollegin **Martha Petratz.** **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Bernauer Str. 47 a, aus nach dem Friedhof Kirchhof in Nordend statt. **Rege Beteiligung erwartet 290/15 Die Ortsverwaltung.**

Die 85. Verkaufsstelle eröffnen wir am Freitag, den 10. Mai 1912 **Küstriner Platz 4.** **Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.** E. G. m. b. H. **Kontor und Zentrallager: Pichtenberg, Rittergutstraße 25 II.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Christian Höschle** am 12. April an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, unsere innigstgeliebte Mutter, Frau **Hedwig Flögel** geb. Schulz im 62. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrabt an **Heinhold Flögel.** **Luisa Waechter** geb. Flögel. Berlin, den 8. Mai 1912. **Kopernikusstr. 13**

Westmann **Mohrenstr. 37 & Gr. Frankfurterstr. 115** **Heute etwas ganz !! Aussergewöhnliches !!** **Feinste Kostüme** 600 Stück, extra sortiert, Kammgarn, Leinen, Seide alle Fassons, Längen, Weiten **sonst M. 27, 32, 35, 38, 42, 45, 48, 52, 55, 58, 62, 65, 68, 72, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200** **heute M. 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200** **Chikste Mäntel** 400 St., extra sort., Popeline, Leinen, Seide, Tuch etc. **sonst M. 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200** **heute M. 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200** **Röcke Kleider Blusen** in guten Qualitäten und grosser Auswahl sehr preiswert! **Keine Massen-Fassons! Keine Reklameware!** **Sonntags geöffnet nur von 8-10 vorm.**

Zentralverband der Schmiede (Zahlstelle Berlin). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Herzog** am 6. Mai an Lungen- und Nierenentzündung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt. **Rege Beteiligung erwartet 176/13 Die Ortsverwaltung.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metzger **Robert Solbrig.** Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Danneberg-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt. **Ehre seinem Andenken!** **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere einzige Tochter, Schwester und Braut **Martha Petratz** im 22. Lebensjahre verstorben ist. Dies zeigt tiefbetrabt an **Hermann Petratz** nebst Frau, Sohn und Frau Käthe. Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Bernauer Straße 47 a, nach dem Kirchhof der Friedens-Gemeinde in Nordend statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler **Hermann Goldner** im Alter von 41 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle des Emma-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt. **Um rege Beteiligung ersucht 88/4 Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser Kollege **Edmund Tischer** nach längerem Leiden verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Simeonsgemeinde in Neukölln, Mariendorfer Weg, statt. **24/8 Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.**

Zähne **Reform Zahn Praxis** **Zähne (mit Kautschukplatte einberechnet) pro Stück 1,50 M.** **Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen (in örtlicher Betäubung) pro Zahn 1,- M.** **Plomben billigst!** **Reparaturen sofort!**

Dankfagung. Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, lagen wir allen Freunden und Bekannten, den Kollegen vom Rudolph Dobe, dem Transportarbeiterverband, dem Bahloverein des 6. Kreises sowie dem Sängerkorps Wedding unsern innigsten Dank. **Witwe Johanna Jerratsch** nebst Kindern **Reinhold Straße 17.** **Dankfagung.** Allen Freunden und Bekannten sage ich für die herzliche Teilnahme sowie Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau besten Dank. **Berlin-Treptow.** 15815 **O. Woyack.** **Antonie Häbiger.**

Emil Tix geboren am 18. 2. 1839 in Glad. Sein gerader offener Charakter sichert ihm ein ehrendes Gedenken bei allen Kollegen, die ihn gekannt haben. Am innerlichsten aber empfinden seinen Tod die Kollegen der Nord. Buchdruckerei. Die Trauerfeier findet statt am Freitag, den 10. d. Mts., nachm. 5 Uhr, in der Kapelle des neuen Schöneberger Friedhofes (am Sacklandamm).

Reform Zahn Praxis **Zahn-Praxis Karl Rudolph.** 1. Prax. Oranienstr. 61. 2. " Eisasser Str. 17/18. 3. " Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117. 4. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 109. 5. " Potsdam, Charlottenstr. 86. **Teilzahlungen zugelassen! Verlangen Sie kostenlos Besuch eines Vertreters!**

Gartenhaus **Bernhard Schwartz** erstklassige Bezugsgüter für **Gardinen u. Teppiche** **Wallstr. 13 (dreizehn)**

Dr. Simmel **Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.** **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz **10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4**

Steyppdecken **Beltoners preiswert, größte Auswahl.** **Strohmandel, Dallstr. 72.** **Frack-Verleih-Inst. Int.** **Grad, Gehrad, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl dort.** **S. Berg Nachf. Borchardt,** **Friedrichstr. 115 I, a, Oranienburg-Platz Tel. Nord 7402.**

Eis! **Rühr- oder Kunsteis frei Haus** offerieren für das laufende Jahr: **den ganzen Winter zu 35 Pf., den halben Winter zu 20 Pf.** **Norddeutsche Eiswerke** **Köpenicker Str. 40/41.**

Auf Teilzahlung! **Ohne Anzahlung! Kein Kassieren.** **Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandeecken.** **Matzner, Ostendstraße 41.** **Waldenstraße 41. Karten ab. Besuch erbet.**

Westmanns Trauermagazin **Extra-Abteilung** **I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).** **II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).** **Sehrgr. Answ. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.** **Sonder-Abteilung: Haabfertigung in 10 bis 12 Stunden.**

Haut- u. Harn-Phonola **leiden, Ehrlich-Wata, Quecksilber-schäd. Spezialärztliche Leitung.** **Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar mäßig. Teilzahl. gestattet.** **Dr. Homeyer & Co. (Königs-Spez. Lab.)** **Friedrichstr. 81.** **geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2** **sehr gut erhalten, wie neu, billig zu verkaufen, ebenso eingebaute Kunstspiel-Pianos.** **Conrad Krause Nachf.,** **Ansbacher Straße 1.** **Blumen- und Kranzbinderei** **von Aug. Meier,** **Wassertorstraße 37a.**

Für unsere Frauen. Agitiert für den Frauentag! Sonntag, den 12. Mai.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung, Dienstag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz, v. Breitenbach usw.

Dritte Lesung des Etats.

In der fortgesetzten Beratung des Kultusetats wird zunächst über die Frankfurter Universität gesprochen.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.): Nach den Mitteilungen des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Adickes an die Stadtverordneten hat die Stadt bei Berufung der Professoren Rechte erhalten, wie sie sonst nirgends bestehen.

Abg. Winkler (L.): Wenn die Zeitungsmeldungen zutreffen, daß die Geldgeber auch Einfluß auf die Berufung der Professoren erhalten, würde für uns die Sache ein ganz anderes Gesicht bekommen.

Kultusminister v. Troitz zu Solz spricht trotz lebhafter Zurufe aus dem Hause „lauter, lauter“, fast unhörbar leise, so daß nicht mit Sicherheit angeben werden kann, was er gesagt hat.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Der Minister hat wohl soeben die Bedenken zerstreut. Wann wird endlich die Unterrichtsministerien unseren Antrag wegen der Dissidenten Kinder beraten? In Kirchenbauangelegenheiten entscheidet der Bischof manchmal in eigener Sache zumgunsten der Gemeinde.

Abg. Gysling (Sp.) schließt sich dem Vorredner völlig an und erklärt es für ein Lunze in höchstem Grade, wenn der Staat Dissidenten Kinder zum Religionsunterricht zwingt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In persönlichen Bemerkungen wenden sich die Abgg. Kopsch und Dr. Schupp (Sp.) gegen die leichtfertigen Beschuldigungen, die der Abg. Dedering gegen den deutschen Lehrerverein erhoben habe.

Der Eisenbahnetat.

Abg. Goebel (Z.): Der ober-schlesischen Montanindustrie muß durch Tarifermäßigungen geholfen werden.

Abg. Dr. Kausz (Sp.) tritt für die Besserstellung der Eisenbahnarbeiter und Handwerker ein und erklärt, schwarze Listen als königlicher Behörden unwürdig. Die Sache mit dem unbilligen Empfang der Deputation im Ministerium hat sich doch nicht so zugetragen, wie sie im offiziellen Vereinsorgan in schärfster Weise dargestellt wurde.

Die weitere Debatte besteht fast nur aus lokalen Wünschen einiger Abgeordneten.

Abg. Leinert (Soz.)

weist auf das Fehlen einer Eisenbahnbrücke an der Strecke Hannover-Walsrode bei Winsthorst hin, wodurch schon mehrfach schwere Unglücksfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken geschehen sind.

Am 18. April führten auf dem Bahnhof Hannover sieben Anstreichergehilfen von einem Gerüst, drei starben. Es scheint, daß sich die Bahn gar nicht um das von einem Gerüstverleiher hergestellte Gerüst gekümmert hat.

Minister v. Breitenbach: Ich bin noch nicht im Besitz des Ergebnisses der eingeleiteten Untersuchung, stimme aber dem Vorredner durchaus bei, namentlich darin, daß sich die Verwaltung auch um die Sicherheit der von Privatunternehmern bei Arbeiten für die Eisenbahnverwaltung beschäftigten Arbeiter kümmern muß.

Minister v. Breitenbach: Ich bin noch nicht im Besitz des Ergebnisses der eingeleiteten Untersuchung, stimme aber dem Vorredner durchaus bei, namentlich darin, daß sich die Verwaltung auch um die Sicherheit der von Privatunternehmern bei Arbeiten für die Eisenbahnverwaltung beschäftigten Arbeiter kümmern muß.

Der Etat des Innern.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) bespricht das Verbot des Direktors der Provinzial-Epileptikeranstalt „Wilhelmsstift“ zu Potsdam an die Pfleger und Pflegerinnen, keinen Ortsverein der (nichtsozialdemokratischen) Organisation zu bilden, obgleich § 20 der Dienstordnung nur die Anzeige von Vereinsbestrebungen fordert.

Abg. Cassel (Sp.): Der Polizeipräsident v. Jagow hat der Stadtbücherei von Berlin das Recht bestritten, sich mit dem Schiefler zu beschäftigen. Längst ist auch vom Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß sich die Gemeinden mit allen Angelegenheiten beschäftigen können, die die Gesamtheit der Bürger betreffen.

Abg. Lohmann (natl.) behauptet abermals, daß Abg. Hirsch-Berlin den Terrorismus bei Wahlen im Hause gebilligt habe.

Abg. v. Krosen (S. L. Fr.) bespricht die angebliche Zurücksetzung der Militäranwärter bei den Kommunen, Versicherungsanstalten, kirchlichen Behörden usw. von den Vorteilen der Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Befoldungsalter.

Minister v. Dallwitz: Die Staatsregierung kann hier nichts tun, denn es handelt sich um eine Angelegenheit der Selbstverwaltung.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Es ist schon hervorgehoben worden, daß die Etatsdebatte sich zur allgemeinen Sozialistenstörung ausgewachsen hat. Aber das hat gar keine Zugkraft mehr und ich wende mich also direkt den Fragen zu, die ich vorbringen will.

fortgenommen haben. Es ist geradezu gang und gäbe in Breslau, daß Polizeibeamte in die Kreuzzüge hineinspringen und zur Herausgabe der Krankscheine auffordern.

rücksichtsloses, rohes Eingreifen

eingedrängt hat oder nicht. Die Polizei stößt sich bei ihrem Vorgehen auf den § 7 des Reichsvereinsgesetzes, wonach Zeichenbegänge, in denen rote Schleißen mitgeführt werden, als öffentliche Aufzüge angesehen werden sollen.

planmäßiges Vorgehen von oben

angeordnet zu sein. Letzthin bei dem Begräbnis des alten Demokraten Eohn wurde mein Parteigenosse Loebe, als er in der Leichenhalle einen Nachruf sprechen wollte, von der Polizei gewaltsam verhindert.

neueste Zensurunterschied des Berliner Zensur

zu besprechen. Wir sind in dem Kampfe gegen die Unterstellung der Vorstellungen der Freien Volksbühne unter die Zensur unterlegen, das Oberverwaltungsgericht hat zugunsten der Freien Volksbühne entschieden.

Generalzensor von Preußen,

um so sonderbarer ist es, daß die Frankfurter Polizei gegen das Stück keinerlei Bedenken erhoben hat, während es hier aus ordnungspolizeilichen Gründen unterlag.

Mitgliederlisten dieses Verbandes beschlagnahmt,

Abschriften genommen und diese an die Eisenbahndirektion in Essen weitergegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich hatte die Konfiskation der Mitgliederlisten mit den Ermittlungen gegen den Verfasser einer Postkarte nicht das geringste zu tun.

Der Abg. Lohmann hat heute wieder behauptet, ich hätte 1908 den Terrorismus offiziell gebilligt. Ich habe schon letzthin in einer persönlichen Bemerkung Herrn Dr. Lohmann erwidert, daß in meiner Rede von einer Billigung des Terrorismus nichts zu finden ist.

Der Abg. Lohmann hat heute wieder behauptet, ich hätte 1908 den Terrorismus offiziell gebilligt. Ich habe schon letzthin in einer persönlichen Bemerkung Herrn Dr. Lohmann erwidert, daß in meiner Rede von einer Billigung des Terrorismus nichts zu finden ist.

Vergrößerung werden, zu dem Zweck, um politische Gesinnungen oder persönliche Ueberzeugung zu strafen oder der Betätigung einer politischen Meinung Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Minister des Innern v. Dallwitz wiederholt seine Darstellungen gegenüber dem Abg. Korfanty und den vom Abg. Albrecht im Reichstag vorgebrachten Beschwerden.

Abg. Korfanty (Pol.): Wenn der Minister auf meine Beschwerden, die ich im Reichstag vorgebracht habe, über die mißbräuchliche Anwendung des Reichsvereinsgesetzes angeht, so habe ich von Orten gesprochen, die nicht existieren.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Leinert (Soz.) bebauert, dadurch verhindert zu sein, auf seine Rede in der zweiten Lesung über den Kreis Teltow sowie auf die hannoversche Städteordnung zurückzukommen.

Der Etat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen genehmigt.

Mittwoch 12 Uhr: Reinigung öffentlicher Wege, Befestigungs-gesetz. Schluß 6 Uhr.

Verbandstag der Handlungsgehilfen.

Am Dienstag, dem dritten Sitzungstage, erstattete der Vorsitzende Lange-Hamburg den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Er führte unter anderem aus: Seit der vorigen Generalversammlung, das heißt in den Jahren 1910 und 1911, hat der Verband eine außerordentlich gute Entwicklung genommen.

Den Kassenericht erstattete Bucher-Hamburg. Er konstatierte einen erfreulichen Aufschwung der Kassenerhältnisse.

Russel, Berlin gab den Bericht des Ausschusses. Daraus wurde die

Diskussion über den Vorstandsbericht

eröffnet. Mehrere Redner gingen auf die Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Bureauangestellten ein. Sie wandten sich mit großer Entschiedenheit dagegen, daß der Verband der Bureauangestellten Mitglieder zu gewinnen suche auf einem Gebiet, wo der Handlungsgehilfenverband sich schon unbeschritten gearbeitet habe. Es handele sich um die Angestellten in Versicherungsgesellschaften und in Industriebetrieben. Unter anderem wurde ausgeführt, daß der Verband der Bureauangestellten in Hamburg sogar das Kontorpersonal der Konsumgenossenschaft für sich in Anspruch nehme. Ein Redner sagte, wenn der Verband der Bureauangestellten darauf auf das Gebiet des Handlungsgehilfenverbandes übergreife, dann werde der Handlungsgehilfenverband Gegenmaßnahmen ergreifen und das Bureaupersonal in den Krankenkassen usw. für sich zu gewinnen suchen. Lehmann, Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten, erklärte, mit demselben Recht wie der Handlungsgehilfenverband könne der Verband der Bureauangestellten sagen, daß er in Versicherungsgesellschaften und Industriebetrieben seit Jahren Mitglieder habe und auch behalten werde. Von einer Bekämpfung des Handlungsgehilfenverbandes könne keine Rede sein. Hinsichtlich sei eine Zusammenfassung aller Privatangestellten auf freigewerkschaftlicher Grundlage. Siebel, der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten, betonte, sein Verband habe nicht wie es von anderer Seite hingestellt sei — die Verschmelzung beider Verbände zu hinterziehen versucht, aber er meine, daß der Verschmelzung tatsächliche Schwierigkeiten entgegenständen. Er sei deshalb für die Schaffung eines neuen Verbandes aller Privatangestellten.

Die Debatte zeitigte schließlich einen Antrag auf Einleitung von Verhandlungen zur Verschmelzung beider Organisationen. Für den Antrag wurde geltend gemacht, daß die Mitglieder beider Verbände das lebhafteste Bedürfnis nach einer Verschmelzung haben. — Es wurde beschlossen, daß der Vorstand mit dem Vorstand der Bureauangestellten über die Verschmelzung verhandeln soll.

Sonntagsruhe

wurde folgende Resolution angenommen:

Die achte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen spricht ihr Befremden darüber aus, daß das Reichsamt des Innern und die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten den Entwurf eines Sonntagsruhegesetzes für das Handelsgewerbe lediglich den Unternehmern zugänglich gemacht haben. Die Angestellten müssen diese Rücksicht, die ihnen durch die Behörden zuteil geworden ist, als eine Verletzung ihrer Würde und ihrer Interessen betrachten. Die Angestellten halten sich als Staatsbürger mit den Unternehmern für gleichberechtigt und müssen die Haltung der Behörden, als ob die Angestellten minderen Rechts und Menschen zweiter Klasse seien, ganz entschieden bekämpfen. Die Versammlung richtet daher an das Reichsamt des Innern das Ersuchen, Gesetzentwürfe sozialpolitischer Inhalts, die den Unternehmern übermittelt werden, mindestens auch denjenigen Angestelltenverbänden zur Kenntnis zu bringen, die mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt in Verbindung stehen.

Der vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Gesetzentwurf, der für offene Verkaufsstellen eine Arbeitszeit von drei und vier Stunden, für Kontore aber eine solche bis zu zwei Stunden zuläßt, genügt den Wünschen der Angestellten durchaus nicht. Da der Gesetzentwurf für die Inventur sowie für Kassefälle besondere Ausnahmen zuläßt, ist es erforderlich, daß im übrigen die Sonntagsarbeit in Kontoren ganz verboten, in offenen Verkaufsstellen lediglich eine zweistündige Verkaufszeit für Milch, Wadwaren, Fleisch und Eis in den frühen Vormittagsstunden zugelassen wird.

Diese Regelung würde dem Ergebnis einer Umfrage gleichkommen, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen im Jahre 1900 bei den deutschen Kartellen der freien Gewerkschaften veranstaltet hat. Damals ist von 585 Gewerkschaftskartellen im Namen von mehr als anderthalb Millionen Konsumenten aus Arbeiterkreisen die gleiche Forderung aufgestellt worden. Jene Gewerkschaftskartelle sprachen sich dahin aus, daß diese Regelung allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten vollaus genügt. Die gutachtlichen Erklärungen der Gewerkschaftskartelle trammten aus allen Gegenden des Deutschen Reichs, aus allen Bundesstaaten und aus allen Wirtschaftsgebieten, wie auch aus allen Großstädten der Gemeinden. Damit ist die Durchführbarkeit unserer Wünsche hinlänglich dargetan und wir erwarten, daß, nachdem seit der letzten reichsgesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zwei Jahrzehnte verfloßen sind, nunmehr endlich unseren berechtigten Wünschen entsprochen wird.

Bezüglich einiger anderer Angelegenheiten, die in der Debatte berührt worden waren, wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

In vielen Betrieben, die durch Arbeiterinstitutionen geleitet werden, ist bei Einstellung von kaufmännischem Personal mit gutem Erfolge der Arbeitsnachweis unseres Verbandes benutzt worden. Die Generalversammlung bedauert, daß sich einzelne Arbeiterinstitutionen weigern, die gleiche Gepflogenheit zu üben, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß fortan die Benutzung unseres Arbeitsnachweises in allen Betrieben der Arbeiterbewegung allgemein durchgeführt wird.

Die Generalversammlung erklärt, daß die in Bayern und anderen deutschen Bundesstaaten eingeführten Gehilfenausschüsse an den Handelskammern nicht als Interessenvertretung der Handlungsgehilfen angesehen werden können. Es hat sich gezeigt, daß diesen Ausschüssen eine andere als rein dekorative Bedeutung nicht zukommt. Die Generalversammlung erwartet, daß überall da, wo Wahlen zu solchen Gehilfenausschüssen stattfinden, die Handlungsgehilfen sich nicht an den Wahlen beteiligen.

In der Debatte wurde erwähnt, daß zwei hervorragende Mitglieder des kürzlich entstandenen Bundes der kaufmännischen Angestellten, obgleich beide der sozialdemokratischen Partei beigetreten sind, fortfahren, für diese Organisation zu agitieren. Einzelne sozialdemokratische Zeitungen hätten das scharf beurteilt, andere, auch der Vorwärts, haben dazu geschwiegen. Zu dieser Angelegenheit wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung bedauert auf das lebhafteste, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, Dr. Rehrlepp und Eric Ruitner, als Angestellte eines bürgerlichen Verbandes die Interessen der Arbeiterschaft dadurch gründlich schädigen, daß sie in Wort und Schrift gegen den Anschlag der Handelsangestellten an die freie Gewerkschaft agitieren.

Wesentliche Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes wurden nicht erhoben. Nachdem die Debatte über diesen Punkt erledigt war, folgte die

Statutenberatung

Dierzu hat der Vorstand einen Entwurf vorgelegt, der eine redaktionelle Umarbeitung des bisherigen Statuts darstellt, aber auch einige Änderungen vorsetzt. Der Entwurf ist nicht den dazu eingereichten Anträgen von einer Kommission durchberaten. Namens der Kommission erstattete Meyer, Berlin Bericht und empfahl die Annahme der Vorstandsentschlüsse. — Die wesentlichste Änderung im Statut ist die, daß statt des bisherigen einheitlichen Beitrages von monatlich 1,20 M. für männliche und 0,80 M. für weibliche Mitglieder folgende Stoffe eingeführt wird: Der Monatsbeitrag beträgt bei einem Monatsgehalt unter 40 M. oder einem Wochenlohn unter 9,25 M. 0,60 M., bei 40 bis 70 M. Monatsgehalt oder 9,25 bis 16 M. Wochenlohn 1 M., bei 70 bis 100 M. Monatsgehalt oder 16 bis 23 M. Wochenlohn 1,20 M., bei 100 bis 150 M. Monatsgehalt oder 23 bis 34,50 M. Wochenlohn 1,50 M., bei mehr als 150 M. Monatsgehalt oder 34,50 M. Wochenlohn 2 M. Die Mitglieder sind berechtigt, einen höheren als den ihrem Gehalt entsprechenden Beitrag zu zahlen und haben dementsprechend Anspruch auf höhere Unterstützungssätze. — Die vorstehende Beitragsstaffel wurde nach längerer Debatte angenommen. — Widerspruch fand eine Bestimmung des Entwurfs, welche sagt, daß Lohnbewe-

gungen und Arbeitseinstellungen nur mit Genehmigung des Vorstandes unternommen werden dürfen und die Genehmigung nur erteilt werden darf, wenn 75 Proz. der Beteiligten mit der Bewegung einverstanden sind. — Der Widerspruch wurde damit begründet, daß die angeführte Bestimmung die Lohnbewegungen in Warenhäusern und Konsumvereinen oft unmöglich machen würde. — Ein Kommissionsmitglied bemerkte dazu, es sei doch klar, daß der Vorstand bei Lohnbewegungen in Konsumvereinen nicht danach fragen werde, ob auch die letzte Verkäuferin mit der Bewegung einverstanden sei. Lange bemerkte: Ausnahmen gegen das Statut dürfe der Vorstand nicht machen. Schließlich wurde im Einverständnis mit dem Vorstande beschlossen, daß das Einverständnis von 75 Proz. der Beteiligten nur bei Arbeitseinstellungen, aber nicht ohne weiteres bei jeder Lohnbewegung erforderlich sein soll.

Die übrigen Teile des Statutenentwurfs wurden größtenteils ohne Debatte angenommen. Das neue Statut sieht für die Stellenlosenunterstützung Sätze vor, die je nach der Dauer der Mitgliedschaft für 6 bis 18 Wochen im Jahre gewährt werden und in der ersten Beitragsklasse wöchentlich 14 M., in der zweiten 10,50 M., in der dritten 7 M., in der vierten 5,60 M., in der fünften 3,60 M. betragen. Gemäßregelte erhalten mindestens das Anderthalbfache der Stellenlosenunterstützung. Umzugsunterstützung wird in Höhe von 15 bis 75 M. gewährt. Krankenunterstützung wird für 4 bis 13 Wochen im Jahre gewährt, und zwar in der ersten Beitragsklasse wöchentlich 7 M., in der zweiten 5,25 M., in der dritten 3,50 M., in der vierten 2,80 M. — Sterbegeld wird gewährt in der ersten und zweiten Klasse 50 bis 100 M., in der dritten und vierten Klasse die Hälfte davon.

Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft. Die Verlegung des Vorstandes nach Berlin erfolgt am 1. Oktober.

Als Vorstandsvorsitzender wurde Urban, Berlin einstimmig gewählt. Wiedergewählt wurden, ebenfalls einstimmig, Lange, Hamburg als Kassierer und Bucher, Hamburg als Kassierer. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden von der Berliner Mitgliedschaft gewählt. — Als Sitz des Ausschusses wurde Hamburg bestimmt.

Nachdem hiermit die Tagesordnung erledigt war, schloß der Vorsitzende Lange den Verbandstag mit einem Rückblick auf das Ergebnis der Beratungen und einem Hoch auf den Verband.

Der internationale Sekretär Kimmen ersucht uns, mitzutellen, daß außer den gestern von ihm angeführten Nationen noch Ungarn mit 900 und Kroaten mit 400 Mitgliedern dem Sekretariat angeschlossen sind.

Mordprozeß Trenkler.

Der Raubmordprozeß Trenkler mußte gestern wegen hoher Schwundfähigkeit des Angeklagten vertagt werden, ohne daß die Beweisaufnahme fortgesetzt werden konnte. Voraussichtlich wird die auf heute vertagte Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Pünktlich um 9 Uhr erschien der Gerichtshof, daran der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gayer, im Saal. Der kurz vorher vorgeschickte Angeklagte Trenkler machte einen noch trübseligeren Eindruck als am ersten Tage. Er machte den Eindruck eines Todeskrankhaften. In seinem sonst wohlgeputzten Gesicht brennen zwei rote Flecke, die hellblaue Haut, das charakteristische Kennzeichen der galoppierenden Schwindsucht. Er blinzelte häufig teilnahmslos mit gesenktem Kopfe vor sich hin und kam scheinbar wie aus einer ferneren Welt wieder zu sich, als der Vorsitzende ihn fragte: Angeklagter Trenkler, fühlen Sie sich heute so stark, um der Verhandlung folgen zu können? — Angeklagter: Ja wohl, ich möchte gern verhandeln.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Max Cohn: Ich bin gezwungen, mich in diesem Punkte in einem Gegensatz zu dem Angeklagten zu setzen. Nachdem der Angeklagte gestern mittags und nachmittags einen Blutsturz bekommen hatte, hat sich ein solcher in schwererer Form wiederholt. Ich glaube deshalb, daß der Angeklagte nicht wesentlich verhandlungsfähig ist. Er hat gestern so stark Blut gesprochen, daß anzunehmen ist, daß infolge des Blindranges auch eine allgemeine Störung vorhanden ist. Die Sachverständigen werden bestätigen, daß, wenn bei Tuberkulose ein Blutsturz eintritt, eine allgemeine Schwächung auch der Verstandestätigkeit eintritt. Die Verhandlung hat deshalb gar keinen Zweck. Ich beantrage deshalb, da der Angeklagte offensichtlich verhandlungsunfähig ist, die ganze Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Vielleicht ist der Angeklagte nach Wochen oder Monaten wieder so weit, daß man dann von neuem eine Verhandlung versuchen kann.

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Medizinrat Dr. Hoffmann, sich hierüber zu äußern. — Med.-Rat Dr. Hoffmann: Der Angeklagte, den ich als Gefängnisarzt wiederholt untersucht habe, hat schon am Freitag und Sonnabend keine Blutstürze gehabt. Ich glaube ihm, daß er das dringende Verlangen hat, zu verhandeln. Es geht aber nicht, da der Angeklagte gestern abend einen schweren Blutsturz erlitten hat. Ich habe aus diesem Grunde schwere Bedenken gegen die Verhandlungsfähigkeit.

Verhandlungsrichter Dr. Strauch: Ich habe bei dem Angeklagten eine ziemlich vorgeschrittene Lungenanschwellung festgestellt. Solche Patienten gehören ins Bett, da Lebensgefahr vorhanden ist, wenn Blutstürze hinzukommen. Ich würde empfehlen, daß der Angeklagte morgen vor der Verhandlung erst von uns Verboten untersucht wird. Wenn die Verhandlung morgen nicht möglich ist, so wird eine Verhandlung auch in längerer Zeit nicht möglich sein. — Währenddem bekommt der Angeklagte auf der Kassebank einen neuen Blutsturz und muß abgeführt werden. — Med.-Rat Dr. Stoermer: Für morgen und auch für die weitere Zeit würde eine Verhandlung keinen Zweck haben. Ein derartig harter Blutsturz wie gestern abend läßt darauf schließen, daß ein größeres Lungenemphysem besteht. In solchen Fällen besteht bei den Erkrankten immer eine gewisse Lebensgefahr. Eine weitere Verhandlung würde schließlich den Effekt haben, daß der Angeklagte über kurz oder lang doch völlig zusammenbrechen würde. Nach allen ärztlichen Erfahrungen kann ich nur darum bitten, daß die Verhandlung überhaupt vertagt werden möge. Eine Unterbrechung auf wenige Tage würde keinen Zweck haben. Solche Lungenblutungen heilen ja manchmal aus durch feste Rarbenbildungen, aber es hätte gar keinen Zweck, die Verhandlung in 14 Tagen oder drei Wochen aufzunehmen, denn zu solcher Rarbenbildung gehören Monate. Nach meiner besten Überzeugung kann in den nächsten Wochen nicht verhandelt werden; ich bitte, uns die Möglichkeit zu geben, den Angeklagten von Zeit zu Zeit zu untersuchen, damit wir dann ein gemeinschaftliches Gutachten abgeben können. — Staatsanwalt Leisinger: Es wäre ja sehr bedauerlich, wenn der ganze Aufwand der bisherigen Verhandlung vergeblich gewesen wäre. Ich bitte doch, morgen noch einmal zu versuchen, ob verhandelt werden kann. — Rechtsanwält Dr. Max Cohn schließt sich dem Gutachten des Dr. Stoermer an. — Medizinrat Dr. Hoffmann ändert auf Verlangen seine vorherige Äußerung nicht. Da jetzt die ganzen Luftwege mit Blut angefüllt sind, ist die Gefahr vorhanden, daß die von der Krankheit angegriffenen Blutgefäße platzen. Von einer Vertagung bis Donnerstag, wie der Herr Vorsitzende anregt, verziehe er sich nicht viel. — Verhandlungsrichter Dr. Strauch hat dem nichts weiter hinzuzufügen, belaut aber, daß der Angeklagte die letzte Nacht mit Hilfe von Schlafmitteln nur zwei Stunden geschlafen hat. — Vorsitzender: Angeklagter, wie stellen Sie sich zu der Sache? Sie möchten wohl zu Ende verhandeln? — Angeklagter: Gegenwärtig bin ich nicht imstande zu verhandeln.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verhandelte der Vorsitzende: Mit Rücksicht auf die gehörten Gutachten wird die Verhandlung auf morgen, Mittwoch, 9 Uhr vertagt.

Witterungsübersicht vom 7. Mai 1912.

unmittelbar vor dem Erlass eines russischen Getreideausfuhrverbots noch eine gewaltige Menge russischen Getreides einzuführen, hervor, daß der Getreidehandel doch größere Verdienste habe, als man oft zugeben wolle. Sie vergaß dabei, daß gerade diese Tatsache gezeigt hat, daß es der russische Handel verstanden hat, dem hungernden russischen Volke noch große Bestände des wichtigsten Nahrungsmittels unmittelbar vor der Schließung des Ausganges zu entziehen; ein Zeichen, wie das Profitinteresse als einzige Triebkraft leicht mit den wichtigsten Lebensinteressen der Völker in Widerspruch gerät. Im solche Fälle künftig zu verhindern und überhaupt die Ausfuhr ins Ausland mit den Erfordernissen der eigenen Volksernährung zu bringen, haben die Abgeordnete der Duma einen Gesetzentwurf zur Regelung des Getreideausfuhrhandels vorgelegt.

Danach soll die Getreideausfuhr ein Staatsmonopol werden. Jeder Händler soll verpflichtet sein, in die staatlichen Speicher eine bestimmte Menge Getreide zu liefern. Die Ausfuhrmenge und der Preis soll alljährlich vom Parlament festgelegt werden. Auf diese Art soll in guten Erntejahren für schlechte und Kriegsjahre vorgesorgt werden. Die Verwaltung der örtlichen Lager und der Verkehr mit den Lieferanten soll Sache der Ortsbehörden sein. Die Zentralverwaltung soll eine aus mit der Verwaltung der Lager betrauten kommunalen Körperschaften und der Getreidebörsen bestehenden Kommission übertragen werden, die außerdem für die Errichtung von Magazinen, die Gestaltung der Eisenbahntarife, die Einrichtung eines auf die Vorräte gebauten Kreditwesens usw. zu sorgen hätte. Dazu sollten Kreditpapiere ausgegeben werden, deren Sicherheit die Vorräte und eine gewisse Menge Goldes bilden sollen und die entsprechend der Menge ausgeführten Getreides aus dem Verkehr zurückgezogen wären.

Zweifellos ein weiterschauender Plan, der für die Gesundung der russischen Landwirtschaft von großer Tragweite sein könnte, auch bei der Bedeutung der russischen Getreideausfuhr auf den Weltmarkt großen Einfluß haben würde. Fragt sich nur, ob es möglich sein würde, die große Milliardenverwaltung vor dem räuberischen Despotismus und den diebstahligen Griffen des russischen Beamtenwesens zu schützen. Jede wirtschaftliche und soziale Reform hat zur Voraussetzung die Beseitigung des fernausen und keiner Reform mehr zugänglichen zaristischen Systems.

Stahlwerksverband und Eisenbahn.

Mit dem kürzlich verlängerten Stahlwerksverband hat der preussisch-hessische Eisenbahnklub einen neuen mehrjährigen Lieferungsvertrag abgeschlossen. Die Preise sind für Schienen und eiserne Schwellen um zwei Mark gegen den Vertrag von 1900 erhöht worden. Sie stehen mit 116 M. bzw. 107 M. pro Tonne nur wenig unter den Hochkonjunkturpreisen von 1907, die 120 bzw. 111 M. betragen. Es muß auffallen, daß der Vertrag für mehrere Jahre zu Preisen abgeschlossen wird, die zwar der jetzigen günstigen Konjunktur entsprechen mögen, aber in späterer Zeit sicher die Marktpreise übertreffen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkonferenz in Erfurt.

Für den Agitationsbezirk Erfurt (umfassend die vier Thüringer Wahlkreise Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen und Heiligenstadt) wurde am Sonntag in Erfurt die erste Frauenkonferenz abgehalten. Nach dem Referat der Genossin Biech, Berlin über die Frau im politischen Kampfe und des Genossen Werling, Erfurt über die Gestaltung der Agitation wurde ein Antrag angenommen, in dem die praktische Ausgestaltung der Agitation im Bezirk festgelegt wird. Ein drittes Referat betraf den Frauenwahlrechtstag am 12. Mai. Die Wiederholung ähnlicher Konferenzen wurde für notwendig gehalten, um die Agitation unter den Frauen zu beleben.

Zur Beratung der Prostitutionsfrage fordert eine Petition, die dem Reichstage von dem Frankfurter Zweig der Internationalen Abolitionistischen Föderation überreicht wurde, die Einsetzung einer Kommission aus sachverständigen Männern und Frauen. Die genannte Vereinigung bezieht vor allem die Aufhebung der Reglementierung der Prostituierten, das heißt der zwangsweisen Vorführung und polizeiarztlichen Untersuchung auf geschlechtliche Krankheiten, da deren Einschränkung auf dem bisher betretenen Wege verhältnismäßig nicht gelungen ist.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse fand am Montagabend ein Experimentvortrag statt: „Das Steinlohiengas im Haushalt.“ Den Hören wurde die Gewinnung des Gases bis zur Gebrauchsfertigkeit erklärt, dann seine Zweckmäßigkeit zur Leucht- wie zu Kochzwecken erläutert. Da das Gas durch Sauberkeit und Bequemlichkeit viel Zeit und Mühe erspart, so ist vor allem der Arbeiterin, bei der Zeit Geld ist, anzuraten, von der Gasanlage in ihrem Heim Gebrauch zu machen. Ein aufgestellter Gasautomat bewies, daß fünf Gramm über eine Stunde für 10 Pf. brannten, daß die Hausfrau also für 2 Pf. Heizmaterial eine volle Stunde plätten kann, für Kochzwecke ist das Gas und dazu eine Kochplatte das denkbar billigste. Dann wurde von Herrn Dr. Müller auf die Verwendung und auf den Nährwert der Seefische hingewiesen und praktische Ratschläge für deren Zubereitung gegeben. Während des Vortrages probierte und kostete es auf den aufgestellten Gasherden. Nach Schluß des Vortrages, dem reichlicher Beifall gezollt wurde, war ein opulentes Mahl fertig. Suppe, Gemüse, Kartoffeln, Fisch, Kompot und Kuchen wurden als Kostproben herumgereicht.

Willkürs a 25 Pf. zur Haus- und Wohnungsbau-Ausstellung sind von jetzt ab bei Frau Luise, Prinzenstr. 102, zu haben. Die Bestätigung des Städtischen Klubs für Obdachlose, Freibelstraße 15, findet am Sonntag den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, statt. Treffpunkt im Schulsaal des Klubs.

Witterungsübersicht vom 7. Mai 1912.

Stationen	Barometrischer Luftdruck mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u.	Stationen	Barometrischer Luftdruck mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u. 6 u. 12 u.
Schwetzingen	766	SW	1	Wolkig	11	Naparranda	767	R	2	Wolkig	0
Hamburg	766	SW	1	Rebel	10	Bretzenburg	765	SW	1	Rebel	2
Berlin	766	SW	1	Rebel	12	Seitz	762	SW	3	Rebel	13
Kranzsa. W.	768	SW	2	Wolkig	15	Alberden	760	SW	3	Wolkig	12
München	770	SW	4	Regen	11	Paris	770	SW	1	Rebel	13
Wien	765	SW	3	Rebel	14						

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Mai 1912.

Nachts kühl, am Tage wieder ziemlich warm, viel Wind, aber veränderlich bei mäßigen Niederschlägen; etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 5.		am 5. 5.		Wasserstand	am 6. 5.		am 5. 5.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	157	-8			Saale, Großh.	72	+7		
Bregel, Jüterbog	-35	+2			Saale, Spandau	40	+5		
Schiffel, Thon	114	-4			Saale, Rathenow	85	+1		
Ober, Rathow	112	-1			Spree, Spremberg	-	-		
Kroffen	98	-5			Spree, Bestow	72	-8		
Frankfurt	102	-6			Spree, Müden	108	-8		
Wartze, Schimm	4	-2			Warta, Müden	194	+2		
Landberg	1	-5			Warta, Wilmshausen	354	-2		
Nebe, Borsdamm	4	+2			Warta, Raud	147	-3		
Sibbe, Zeimertitz	-50	-5			Warta, Raud	125	-2		
Dresden	-170	-5			Warta, Zellbrom	48	+8		
Bergh	72	-9			Warta, Dams	115	-1		
Magdeburg	75	-8			Warta, Arie	87	-8		

Aus Industrie und Handel.

Der Vorschlag eines staatlichen Getreideausfuhrmonopols. Die „Frankfurter Zeitung“ hob feinerzeit im Anschluß an die Mitteilung, daß es den deutschen Getreideimporteurs gelungen sei,

) + bedeutet Wuch, — Fall — *) Unterpegel.

Heute abend Zahlabend für Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, 3. Abteilung. Mittwoch, den 8. Mai cr., bei Jul. Meyer, Dranienstr. 108: Vortrag des Genossen Fr. Wendel über: England, Land und Leute. Abends 11 1/2 Uhr: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypsetzer, Kino-Operateure. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Artur Hofmann-Saalfeld.

Donnerstag, den 9. Mai, früh 8 Uhr: Zahlmorgen für Druckereiarbeiter. Vortrag des Genossen Claus.

3. Kreis, 2. Abteilung. Der Zahlabend für die Bezirke 141a, 142, 143, 144 und 234 findet gemeinschaftlich im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.

Steglitz. Am Freitagabend von 6 Uhr an von den Bezirkskollegen aus Flugblattverbreitung.

Grüner-Waldersdorf. Die Mitgliederversammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Degebrodt statt.

Eichwalde. Heute abend 8 1/2 Uhr: Zahlabend beim Genossen Witte. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Eichwalde, Niedersdorf, Zeuthen. Heute abend 8 1/2 Uhr: Zahlabend in den bekannten Lokalen. Tagesordnung: 1. Trennung der Ortsgruppe Niedersdorf und Zeuthen vom Bezirk Eichwalde und Bildung zweier gesonderter Bezirke. 2. Abrechnung von der Parteifeier. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wollen die Genossen vollzählig zur Stelle sein.

Bernau. Donnerstag, den 9. Mai: Gemeinsamer Zahlabend bei Salzmann, Lasdorfer Straße. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wollen die Mitglieder vollzählig erscheinen.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Zum Zahlabend wollen die Parteigenossen ihre Gemeindefachbücher mitbringen. Der 5. Bezirk hält Umstände halber seinen Zahlabend bei Wilbrodt, Kronprinzenstr. 15, ab.

Berliner Nachrichten.

Ein städtisches Wohlfahrtsamt für Kinderfürsorge.

In der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche am Montag abgehaltenen Sitzung der gemischten Deputation für die Errichtung von Wald-erholungsstätten für Kinder wurde die Frage beraten, in welcher Weise die Entsendung von schwächlichen und kränklichen Kindern in Heimstätten, Wald-erholungsstätten, Ferienkolonien und Seehospize zu organisieren sei. Unsere Genossen stellten hierzu den Antrag, die städtischen Behörden mögen die Errichtung eines kommunalen Wohlfahrtsamtes für Kinderfürsorge in Erwägung ziehen. Unser Redner führte aus, die in den städtischen Heimstätten vorhandenen Kinderbetten sind bei weitem nicht voll ausgenutzt worden: Ende Mai vergangenen Jahres sind 107, Ende Juni 87, Ende Juli 89, Ende August nur 113 Kinder in unseren Heimstätten gewesen. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß wir uns in so paradisiastischen Zuständen befinden, daß im Sommer nicht mehr als 107, 87, 89 und 113 bluta-ue, schwächliche, kränkliche Schulkinder in Berlin existieren — nur solche kommen in Betracht, von 6—14 Jahren. Die Armenverwaltung sagt allerdings, sie verfähre sehr „tolerant“, die „absolut notwendigen“ Fälle werden in die Heimstätten geschickt, „wünschenswerte“ Fälle dürften nicht zur Verschickung gelangen. Die Begriffe „notwendig“ und „wünschenswert“ sind natürlich äußerst flüchtig. Wenn wir den amtlichen Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte aus dem letztverfloffenen Verwaltungsjahr anschlagen, so ist daraus zu entnehmen, daß allein 1275 Schulkinder zurückgestellt worden sind wegen ungenügenden Kräftezustandes — von anderen Krankheiten, Englischer Krankheit, Strophose usw. gar nicht zu sprechen. 1068 solcher Kinder wurden in Ueberwachung genommen, und in allen Schulen sind es nicht weniger als 7824 Kinder, die nur wegen ungenügenden Kräftezustandes in Ueberwachung stehen. Und von allen diesen Kindern sollen es in der eigentlichen Saison, im Sommer, nur wenige Hundert Kinder sein, die in unsere Heimstätten hineingehören? Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen. In Kinderfürsorge wird bei uns in Berlin an verschiedenen Stellen gearbeitet. Wir haben Heimstätten, Heilstätten, Seehospize, Schülerwanderungen, Ferienkolonien, alles für schwächliche und kränkliche Kinder. Der Hauptfehler liegt unseres Erachtens in einer mangelhaften Konzentration unserer Kinderfürsorgebestrebungen. Es wird in Berlin auf diesem Gebiete in städtischer Regie und auf dem Boden der Privathilfe sehr vieles getan; aber es sollte viel getan werden. Es herrscht eine große Zersplitterung und Zerfahrenheit; die Kinderfürsorge ist zersplittert in allerlei Deputationen und allerlei zusammenhanglose private Unternehmungen. Es fehlt eine übersichtliche und methodische Organisation, eine zusammenfassende und dabei doch individualisierende Fürsorge ist dringend nötig, um gute Erfolge zu erzielen. Die Mittel sollen nicht, wie es jetzt geschieht, planlos verwendet werden, sondern mehr konzentrisch zur Anwendung und zur Wirkung gebracht werden. — Unser Antrag auf Schaffung eines kommunalen Wohlfahrtsamtes für Kinderfürsorge wurde von allen bürgerlichen Kollegen bis auf einen Herrn unterstützt. Zunächst soll eine Enquete in der Schul- und Armenverwaltung feststellen, wie groß der Umfang der für eine Heimstätten- usw. Behandlung in Frage kommenden Kinder ist.

Drei Schädel auf dem Richterisch, in Packpapier gehüllt, bilden die traurige Sensation des Prozesses gegen den Raubmörder Trentler. In weitesten Kreisen wird diese Erscheinung, die für die sensationellste Publizität ihren Höhepunkt mit dem Fallen der Papierhüllen erreichen soll, übersehen haben. Man erinnert sich wohl noch des acht Tage nach der Morbidat unter kolossalem Andrang des Publikums erfolgten Begräbnisses der Opfer auf dem Kirchhof an der Bergmannstraße. Damals hat gewiß keiner der näheren und entfernteren Leidtragenden eine Ahnung davon gehabt, daß in den Särgen drei Leichen ohne Schädel liegen. Sicher ist es das gute Recht der Justiz, in streitigen Kriminalfällen von Leichen gewisse Teile als Beweisobjekte zurückzubehalten. Hier

aber steht doch das Delikt in allen seinen Einzelheiten so sicher fest, daß man sich fragt, ob es wirklich nötig war, den Leichen die Schädel zu nehmen und sie für die Kriminalverhandlung aufzubewahren. Zu Studienzwecken werden unbekanntes Leichen häufig die Schädel entnommen. Man füllt dann das Kopffleisch mit Gips und Holz nach einem besonderen Verfahren aus, gibt sich aber durchaus nicht immer diese Mühe. Hat man etwa auch die Leichen der Familie Schulke mit einem unfürmigen Fleischklumpen auf den Schultern beerdigt? Der Tatbestand ist schon durch die Beweisaufnahme unmittelbar nach der Tat, sowie nach der Ermittlung des Mörders und durch dessen Geständnis so klar, daß die Geschworenen an dem Vorhandensein der Kriterien eines Raubmordes nicht die geringsten Zweifel haben können. Anders liegt die Sache, wenn es zweifelhaft sein kann, wie und mit was für einem Instrument die Tat bewerkstelligt wurde. Das alles trifft hier nicht zu. Vielmehr deckt sich der gerichtliche Befund genau mit den Angaben des Mörders. Wären also die Schädel nicht zur Stelle, so könnten die Geschworenen ein gerechtes Urteil genau so gut finden.

Die Schule als Magd der Kirche.

„Dem Volke die Religion zu erhalten“, gilt der bestehenden und herrschenden Klasse noch immer als eine unerläßliche Aufgabe unserer Volksschule. Die Volksschule soll im Religionsunterricht dem Nachwuchs der Arbeiterklasse ein nicht zu knappes Quantum von Bibelsprüchen, Gesangbuchversen, Katechismustücken usw. einpflanzen — das ist das mindeste, was man von ihr erwartet. Sie soll, so wird es gewünscht, ihre zugunsten der Kirche getriebene Beeinflussung der Arbeiterkinder nicht auf die Unterrichtsstunden beschränken, sondern auch darum sich kümmern, ob die Kinder fleißig den Gottesdienst besuchen. Daß die katholische Kirche von der Schule diesen Dienst als etwas Selbstverständliches fordert und ihn ihr zur Pflicht macht, ist wohl allgemein bekannt. Indes, die evangelische Kirche will der katholischen darin nicht nachsehen und sieht es nicht minder gern, wenn die Schule auch ihr in diesem Punkt zu Willen ist. Auf dem Lande gibt es wohl kaum einen Lehrer, der nicht mit Eifer teilnahme an der Sorge, dem Pastor die Schulsünder zuzuführen. Aber sogar in Berlin, dem viel verlästerten Sündenbabel, braucht die Kirche — auch die evangelische — sich nicht darüber zu belagen, daß ihr die Schule ihre Dienste verweigert.

Eine Probe der Vereinnahmung, mit der selbst in Berlin manche Lehrer unter ihren Schülern zu einem fleißigen Besuch der Kirche zu werden suchen, wird uns aus der 80. Knaben-Gemeinschaft (Wrangelestr. 128) bekannt. Wir wollen vorweg bemerken, daß diese Schule nicht etwa eine katholische ist. Wie sie das, dann würde man sich am Ende über den der Kirche dienenden Eifer der Lehrer nicht groß zu wundern brauchen. Lehrer der 80. Gemeinschaft haben ihre Schüler durch Verteilung vonzetteln aufgefordert, am Kindergottesdienst der benachbarten Thomaskirche teilzunehmen. Auf einigen Zetteln dieser Art, die uns zur Verfügung gestellt worden sind, steht geschrieben: „Einladung zum Kindergottesdienst jeden Sonntag 12—1 Uhr in der Thomaskirche.“ Unterzeichnet ist „A. Schuppen“, das ist der Name des Direktors der 80. Schule. Außerdem ist noch der Stempel der Schule darunter gesetzt, so daß die Einladung auf die Eltern den Eindruck eines amtlichen Schriftstückes machen muß. Uns wird gesagt, daß in einer Klasse VIII der Lehrer Reppich, in einer anderen Klasse VIII die Lehrerin Reppich und in einer Klasse VI der Lehrer Christian solche Zettel verteilt haben. Man darf aber annehmen, daß in anderen Klassen der 80. Schule daselbe geschehen ist. Es wird den Rektor und seine Lehrer sowie die hinter ihnen stehenden Pastoren interessieren, zu erfahren, daß die erste Mitteilung über diese Agitation der Schule für die Kirche uns von der Großmutter eines Schulkindes gemacht worden ist. Gerade unter den Großmüttern finden sonst die Pastoren die eifrigsten Verehrerinnen, die ihnen bereitwillig die Entleerungen zutreiben. Die Großmutter, die uns jenen Zettel überreichte, hat in einem Begleitschreiben ihre Entrüstung darüber geäußert, daß die Familie in dieser Weise belästigt werde. Bei den von uns angehellten weiteren Ermittlungen lernten wir dann verschiedene Familien kennen, die es gleichfalls als Belästigung empfanden hatten, daß die Schule den Kindern solche Zettel mit nach Hause gegeben hatte.

Was sagt eigentlich die Gemeindeführung über die von der Schule getriebene Agitation für die Kirche? Wird sie es nicht für nötig halten, den Lehrern die Verteilung dieser vom Rektor unterzeichneten, mit dem Schulstempel versehenen Einladungszettel zu untersagen? Oder wird auch sie es ganz in der Ordnung finden, daß die Schule in dieser Weise sich als Magd der Kirche betätigt? Gewinn wird die Kirche auch dann nicht von dem Liebesdienste der Schule haben, wenn etwa die Schuldeputation ihr gutheißt und gar die Lehrer zur Fortsetzung aufmuntert. Die Eltern der Gemeindeführung wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft die Kirche als Konkurrenz gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiterklasse sieht. Sie haben gerade genug an dem Religionsunterricht der ihren Kindern durch die Schule aufgestuzten wird. Ihre Kinder auch noch zum Pastor laufen zu lassen, dafür danken sie ergebenst.

Büchergaben-Zuführung.

In Nr. 102 erinnern wir daran, daß für die Gemeindeführung Berlins die Schuldeputation vor einigen Jahren verboten hat, die Kinder nach ihren Leistungen zu sehen. Wir sagten, daß der bei wachen Büchergaben noch recht beliebte Brauch, den Kindern auch auf ihren Halbjahreszeugnissen eine Rangordnungsnummer zu geben, nicht in Einklang mit jenem Verbot zu bringen ist. Hierzu teilt uns jetzt ein Vater mit, daß in der 98. Knaben-Gemeinschaft (Schwedter Straße) in der Klasse III O sogar noch der Brauch eines von den Kindern zu führenden Ordnungsbuches besteht, das allwöchentlich mit einer Art Jesur über Fleisch usw. den Eltern zur Unterschrift vorgelegt werden muß. Auf der ersten Seite dieses Ordnungsbuches steht, wie wir uns durch eigene Einsichtnahme überzeugen haben, eine den Kindern distanzierte Anweisung, die so beginnt: „Das Ordnungsbuch soll den Eltern jeberzeit über den Fleiß und das Betragen ihres Sohnes Auskunft geben. Die Eltern wollen am Ende jeder Woche das Buch fordern und unterschreiben.“ In dem Buch kann man dann Mitteilungen lesen, wie z. B. die, daß der Schüler in der und der Arbeit so und so viel Fehler gemacht und danach den so und so vielen Platz erhalten habe. Uns wird versichert, daß die Platznummer nicht etwa nur auf dem Papier steht, sondern die Kinder auch wirklich danach gefragt werden. Der Vater klagt uns, daß ihm das Ordnungsbuch Ärger bereitet. In der Tat sind diese Ordnungsbücher ein probates Mittel vielen Kindern samt ihren Eltern die Schule zu einer Quelle unaufhörlichen Verdrußes zu machen. „Mutterkinder“ mögen ja ihre Freude daran haben, Woche für Woche ihre Leistungen gebucht zu sehen. Und eisen Eltern mag es ein Hochgenuss sein, Woche für Woche die Verdienste über neue Triumphe ihrer Sproßlinge zu unterschreiben. Wo aber ein Kind zu den minder erfolgreichen Schülern gehört, da kann so ein „Ordnungsbuch“ auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kind wirken wie ein zerföhrendes Gift.

Der Genehmigung der Spandauer Waldverkäufe scheinen sich bei der Regierung doch Bedenken entgegenzustellen. Vor allem will man das umfangreiche Gelände an der Oberhavel — es handelt sich um 800 Hektar für rund 9 Millionen Mark — nicht der Industrie ausliefern. Da sich lebhafter Widerspruch in Spandau und Groß-Berlin gegen den Verkauf gezeigt hat und auch der Zweverband Einspruch erhob, sollen nunmehr Besichtigungen durch Regierungsvertreter an der Oberhavel stattfinden. Auch der Zweverband wird dabei vertreten sein. Der Oberbürgermeister, Geh. Rat Köhler, weilt gegenwärtig in Potsdam, um beim Regierungspräsidenten den Verkauf zu befürworten. Die Spandauer stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß sie von ihrem Waldgelände ein Siebentel abstoßen können und begründen den Verkauf mit den ungünstigen finanziellen Verhältnissen der Stadt, die 150 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erhebt. Der Stadt verbleiben übrigens noch nach dem Verkauf über 700 Morgen Wald. Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, dürfte der Verkauf mit einigen einschränkenden Bedingungen doch voraussichtlich schließlich genehmigt werden.

Der Reichverband und die Raifeier.

Eine in den kleinen Amtsblättern abgedruckte Korrespondenz über den Verlauf der Berliner Raifeier — der ganzen Aufmachung und den Ablagerungsstätten nach zu schließen, sicher die Reichsverbandskorrespondenz — erzählt eine sensationelle Geschichte über die Raifeier in 4. Berliner Wahlkreise. Danach soll es abends beim Fest zu einer starken Prügelei zwischen Ordnern und Parteigenossen gekommen sein, bei der es blutige Köpfe gegeben habe. Die ganze so sensationell aufgebaute Geschichte ist im wesentlichen erlogen. Ein junger Mensch, der sich unanständig benahm und die Anwesenden belästigte, wurde aus dem Lokal entfernt — das ist alles.

Todessturz des Fliegers Bachmahr.

Noch ehe die Erde den vor einigen Tagen verunglückten Flieger Göbbl bedt, ist wiederum ein junger Flieger seinem Verufe zum Opfer gefallen. Gestern stürzte der 23jährige aus Rürnberg gebürtige Haeffelin-Flugschüler Adolf Bachmahr gegen 16 Uhr morgens aus einer Höhe von 30 Metern ab und war sofort tot.

Ueber den bedauerlichen Unfall geben uns folgende nähere Mitteilungen zu. Bachmahr ist, wie die Untersuchung ergeben hat, ein Opfer seines Wagemutes und der Refordjudik geworden. Am Montagmittag hatte der neue Fluglehrer der Haeffelin-Werke, der Deperbusspilot Janoer, mit dem Haeffelin-Einbender einen Flug in 200 Meter Höhe gemacht. Bachmahr war über diese Leistung sehr erregt und versuchte bereits am Abend, den Franzosen zu schlagen, konnte seine Maschine jedoch nur bis auf 80 Meter Höhe bringen. Obwohl er gewarnt wurde, als Flugschüler derartige Höhenflüge zu machen, ließ er sich von seinem Voratz nicht abbringen. Gestern morgen um 4 Uhr ließ er, obwohl ein feiner Regen unaufhörlich herabrieselte und der Flugplatz noch fast im Nebel lag, seinen Apparat, den Schulleinbender von Haeffelin, mit 70-PS-Argusmotor, an den Start bringen und stieg auf. Nach drei Runden jedoch kam Wasser in den Zündapparat, so daß dieser kurzgeschlossen und der Flieger zur Landung gezwungen wurde. Die Monteure mußten auf Anordnung Bachmahrs den Ragneten wieder reinigen und trotz ihrer Warnungen stieg der junge Schüler zu einem zweiten Höhenfluge auf, der ihm verhängnisvoll werden sollte. Bachmahr flog vom neuen Startplatz auf und umkreiste das Feld, jedoch nicht wie sonst in der Linken, sondern in der rechten Richtung. Er hatte kaum eine Vierteldrehung zurückgelegt, als er in die berückelichte Kurve an der Waldecke kam, wo sich die Wehrzahl der Stürze in Johannisthal ereignet hat. Hier sah man plötzlich die Maschine, die bis dahin ruhig und sicher geflogen war, durchsacken und mit der Spitze nach vorn auf den Boden stürzen. Einige in der Nähe befindliche Monteure eilten sofort nach der Unfallstelle und fanden Bachmahr auf seinem Sitz eingequetscht, mit dem Oberkörper nach vorn überhängend, leblos auf. Sie befreiten ihn so schnell wie möglich aus seiner entsetzlichen Lage und schafften ihn nach der Unfallstation auf dem Flugplatz, wo der Heilgehilfe nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Untersuchung ergab, daß Bachmahr Genid, Becken und beide Beine gebrochen hatte. Der linke Oberschenkelknochen war durch das Fleisch hindurchgedrungen. Der Tod des bedauernswerten Fliegers ist unmittelbar nach dem Ausprallen auf den Boden eingetreten.

Die Ursachen des Sturzes sind in der Hauptsache darin zu suchen, daß Bachmahr, als er die Kurve an der Waldecke nehmen wollte, in ein Windloch geriet und mit dem Apparat, wie es in der Fliegerprache heißt, durchfiel, d. h. senkrecht in die Tiefe schoß. Wahrscheinlich hat auch der Rotor, dessen Zündung vielleicht wieder Wasser bekommen, in einem Augenblicke nachgelassen. Hierzu kommt noch, daß Bachmahr, ehe er in die Kurve ging, den Rotor abbrochelte, so daß der Einbender seine Schnelligkeit zum Teil einbüßte. Infolgedessen konnte er den lustigeren Raum nicht mehr passieren und mußte abstürzen. Augenzeugen haben beobachtet, daß der Einbender in der Kurve außerordentlich schräg lag, sich aber wieder aufrichtete und anfangs einen normalen Gleitflug ausführte, der erst später in einem Sturzflug überging. Der Apparat stieß senkrecht auf den Boden auf, wobei der Propeller sich in den Boden einwühlte. Bachmahr kammerete sich an dem Turm des Apparates fest und wurde, da das Untergestell und der Rumpf zerplitterte, eingequetscht und erlitt so die furchtbaren Verletzungen, denen er sofort erlag. Die Steuerzüge für das Höhen- und Seitensteuer waren vollständig intakt, so daß ein Materialfehler den Sturz nicht verschuldet haben dürfte. Die Leiche des Verunglückten wurde nach der Johannisthaler Pumpstation gebracht und dort aufgebahrt.

Die Familientragödie im Plänterwald, über die wir vor acht Tagen berichteten, hat jetzt das zweite Opfer gefordert. Wie wir mitteilen, erhob die 22 Jahre alte Arbeiterfrau Luise Pieper, die mit ihrem Ranne in Wliff und seit einem Jahre von ihm getrennt lebte, sich selbst im Plänterwald, nachdem sie dort ihrem 3 1/2 Jahre alten Söhnchen Hellmut eine Kugel in den Kopf gejagt hatte. Sie war bereits tot, als sie aufgefunden wurde. Der Kleine lebte noch und wurde nach Wehanten gebracht. Dort ist er jetzt auch gestorben.

Der Schwandel der Märkischen Autoomnibusverkehrs-Gesellschaft, die gleich nach der Gründung so jämmerlich zusammenbrach, war nach den neuen Ermittlungen noch größer angelegt, als man erst glaubte. Die Unternehmer verschafften sich nicht nur dadurch Geld, daß sie die Wärgschaften ihrer Angestellten in die Taube steckten, sondern versuchten auch, durch Verkauf von Anteilscheinen ihre Kasse noch reichlicher aufzufüllen. Dieser Gedanke war nicht ausfichtslos. Denn das Unternehmen mit seiner neuen Verlebensgelegenheit fand in den verführten Ortsgenossen durchweg Beifall. Noch am 23. April wurde es im „Döpprieger Kreisblatt“ freundlich beurteilt. Das Blatt meldet, der Omnibus sei in Wliffod mit ge-

ringer Verspätung eingetroffen, weil vorher auf der Straße noch viele Chausseebaumäste, die das Verbot freisten, abgelagert werden mußten. Der erste Wagen wurde in Wittstock von der Stadtkapelle empfangen. Nach halbstündigem Aufenthalt fuhr er nach Rheinsberg ab. Die Wagen und ihre Schnelligkeit werden gelobt und besonders wird noch hervorgehoben, daß man vom Verbot aus einen schönen Lebensbild über die feenreiche Landschaft und die Baumbüchse genieße. Nur die Führerbesitzer betrachten das neue Verkehrsunternehmen mit Scheelen Widen, weil ihre Pferde scheuten. Bei dieser Lage der Dinge ist es kein Wunder, daß sich besonders die Gastwirte, bei denen Haltestellen eingerichtet wurden, bereit fanden, von Michaels Anteilsgeld zu übernehmen. Die Gesellschaft wandte sich aber auch an die Stadt Oranienburg und die Reichspost dort, um sie für eine Beteiligung zu gewinnen. Die Stadt Oranienburg erklärte sich auch bereit, für 8000 M. Anteilsgeld zu übernehmen. Wenige Tage nach Eröffnung des Betriebes leitete Armonier einen neuen Fischzug ein. Durch Zeitungsongenen machte er bekannt, daß er, getrennt von Michaelis, selbständig noch einen Automobilverkehr einrichten und mit neuen Wagen kommen werde. Dabei blieb er aber ruhig mit Michaelis in Verbindung. Was er mit dem neuen Trieb bezweckt, ist nicht ganz klar. Zunächst suchte er wohl neue Angestellte, um ihnen ebenfalls die Vorfälle abzunehmen. Das Eingreifen der Kriminalpolizei aber verhinderte eine weitere Ausdehnung der Schwindelerei. Jetzt ist der Betrieb von der Straße wieder verschwunden. Die Berliner Gesellschaft, der die Wagen gehören, hat diese bereits zurückgeholt. Die Schwindelgesellschaft hatte ihr nicht einmal die Miete für die Verkehrsmittel bezahlt.

500 M. Besetzung sind jetzt vom Regierungspräsidenten zu Potsdam auf die Ermittlung des Mannes festgesetzt, der den Fortsaufseher Scherz zu Prohnau durch zwei Schüsse in den Unterleib tötete. Es wird angenommen, daß sich der Täter nach Berlin gewandt hat, um hier im Großstadtgebiete unterzutauchen. Vielleicht ist es auch ein Berliner, der von hier aus die Willen an der Nordbahn heimgeführt hat. Um eher auf seine Spur zu kommen, ist das von ihm zurückgelassene Fahrrad, das Diebstahlwerkzeug usw. im Licht der Berliner Polizeipräsidiums zur Ansicht aufgestellt worden. Alle Personen, die zweifelhafte Mitteilungen machen können, wollen sich im Zimmer 53 der Kriminalpolizei melden.

Von herabragendem Mauerwerk erschlagen. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Dienstagmorgen gegen 6 1/2 Uhr im Osten Berlins. Als um die genannte Zeit die Frau des Arbeiters Lepriant aus der Remeler Str. 46 mit ihrer 7 Monate alten Tochter Gertrud, die sie in einem Sportwagen vor sich hertrieb, den Weidenweg passierte, stürzte aus bisher unbekannter Ursache vor dem Hause Weidenweg 64 ein Stück Mauerwerk von einem Balkon herab und fiel auf den Sportwagen. Das kleine Mädchen wurde am Kopfe so schwer getroffen, daß es eine Verblütterung der Schädeldecke erlitt. Auf der Unfallstation in der Warthauer Straße erhielt das bedauernswerte Kind die erste Hilfe und wurde von dort in sterbendem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Berliner Adressbuch. Der Nachtrag zum Jahrgang 1912 ist soeben erschienen und gelangt von heute ab zur Ausgabe. Er enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Geschäftseröffnungen und Geschäftsverlegungen sowie die Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen und bildet somit eine wesentliche Vereinfachung des Jahrgangs 1912. Der Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adressbuchs in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW., Zimmerstraße 36/41, und in dessen sämtlichen Filialen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

6. Wahlkreis. Bei der Meisler in den Pfarzellen sind zwei Portemonnaies mit Inhalt verloren worden.

Im Voigt-Theater, Badstraße, ist ein Trauring und im Prater-Theater ein Damenohrgehör gefunden worden.

Die Sachen sind abzugeben resp. abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Neue Hofstr. 23.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Eine Niederlage für die Sozialdemokratie

bedeuteten die Stadtverordnetenwahlen in Neukölln. So wenigstens tröstet sich die „Freisinnige Zeitung“ in ihrer rührenden Bescheidenheit. Noch einige solcher Wahlen, und der Freisinn hat selbst unter dem elenden Dreiklassenwahlsystem zu bestehen aufgehört. Elf Mandate standen zur Wahl. Die Sozialdemokratie hatte davon nicht eins in Besitz. Sechs wurden in der Hauptwahl und eins in der Stichwahl geholt; insgesamt wurden dem Wählerturn sieben Mandate abgenommen. Hieraus eine Niederlage konstruieren zu wollen, bedeutet denn doch eine Selbsttäuschung, wie sie selbst von der „Freisinnigen Ztg.“ nicht erwartet werden kann.

Wie wenig Denkbarmögen muß die geistige und politische Zentralstelle bei ihren Lesern voraussetzen, um nach diesen Tatsachen zu dem Schluss zu kommen, die fortschrittliche Partei hat über ihren Gegner einen „glänzenden Sieg“ davongetragen. Nicht mal für die Stichwahl trifft dies zu. Im sechsten Bezirk unterlag die Sozialdemokratie mit 5 Stimmen. Ist das ein glänzender Sieg? Würde die Sozialdemokratie auch diese beiden Siege geholt haben, wäre das vielleicht immer noch eine Niederlage, weil von ihr nicht einmal alle 11 Mandate, sondern bloß 9 geholt wurden.

Aber direkt unwahr ist die Behauptung der „Freisinnigen Ztg.“: „Die Demokraten haben die größten Anstrengungen gemacht, den Genossen zum Siege zu verhelfen, aber ohne Erfolg.“ Angesichts der offenkundigen Tatsachen, die das genaue Gegenteil von den Behauptungen der „Freisinnigen Ztg.“ beweisen, hat dieses Logon dann noch den sonderbaren Mut, zu sagen: „Der „Vorwärts“ habe den wahren Sachverhalt seinen Lesern verschleierte.“ Nach den ausführlichen Angaben, die wir gemacht haben und ziffernmäßig bewiesen, taucht von allein die Frage auf, was bei der „Freisinnigen Ztg.“ größer ist: die Unverschämtheit oder die Feltionie?

Die gekränkten Demokraten.

In einem anonymen Eingekandt in der „Neuköllnischen Zeitung“ sieht sich anscheinend einer der demokratischen Führer veranlaßt, die Haltung der Demokraten zu verteidigen. Zunächst geht der Herr auf die Generalversammlung ein, in welcher der Beschluß auf Unterstützung der Sozialdemokratie gefaßt wurde. Der Beschluß sei mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen worden. Wie wir erfahren haben, waren von den 10 Stimmen der Minorität 8 für eine abgeschwächte Parole für die Sozialdemokratie. Nach den Angaben des Einsenders soll sich nun bei der Abstimmung die Mehrzahl der Demokraten von einer Verstimmung gegen das als hochmütig empfundene Verhalten der Sozialdemokratie haben leiten lassen. Wir müssen doch schon verlangen, daß derartige Wortwässer etwas näher präzisieren und nicht in so allgemeiner Form aufgestellt werden.

Es sei dann der Sozialdemokratie verübelt worden, daß sie durch Hausbesitzer auf bekannte demokratische Wähler eingewirkt und durch Wohlstandsdrohung versucht haben soll, diese bei der Hauptwahl zur Stimmhaltung zu veranlassen.

Das erscheint und zunächst sehr wenig glaubwürdig, weil wir kein besonderes Interesse daran hatten, die Demokraten von der Wahl abzuhalten. Im übrigen glauben wir auch kaum, daß politische Führer sich durch die Haltung einzelner Mitglieder der Gegenpartei irgendwie in ihrer Haltung beeinflussen lassen könnten.

Was scheint die Demos kräftig verknüpft zu haben, daß im „Vorwärts“ ihre Ehrlichkeit angezweifelt wurde, und besonders

die Nummer, die am Wahltage erschienen ist, soll die Demokraten veranlaßt haben, der Stichwahlparole ihrer Partei nicht zu folgen.

Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß wir die Haltung der Demokraten erst kritisiert haben, als sie mit ihrer Wahlparole nicht herausrückten. Und als sie dann dieselbe bekanntgaben, mußten wir unsere Verwunderung darüber ausdrücken, daß der Beschluß der Resolution fehlte.

Noch am Wahlmorgen nahmen wir an, daß von den Lokalblättern der Beschluß unterschlagen wurde. Erst nachdem am Wahltage vom „Rixdorfer Tageblatt“ erklärt wurde, daß es die Resolution unberührt abgedruckt habe, konnten wir den Demokraten, also wohlgernekt erst nach der Wahl, den Vorwurf der Unterschlagung machen. Aus alledem geht doch hervor, daß diese Gründe an den Haaren herangezogen sind. Der einzige Grund für die Haltung der Demokraten ist nur, daß die Sozialdemokratie diesmal selbständig vorgegangen ist, und aus Verärgerung darüber haben sie eine Taktik eingeschlagen, die zum Schluß zur Unterstützung der Reaktion führte.

Bei der Meisler ist im Lokal Wartsch ein schwarzer Stod mit silberner Krade verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, denselben bei Kahlbaum, Widenbruchstr. 55 vorn IV, abzugeben.

Wilmerdorf.

Eine Parkanlage von außerordentlicher Ausdehnung hat der Wilmerdorfer Magistrat jetzt im Bauplan fertiggestellt. Sie schließt sich an den Schöneberger Stadtpark an, überschreitet die Kaiserallee und endet vorläufig an der Rudolstädter Straße in der Nähe des Bahnhofs Schmarzandorf. Der ganze Park im Gebiete beider Städte wird also, wenn auch nicht entfernt in der Breite, so doch in der Länge eine Ausdehnung erhalten, die sich der des Tiergartens beträchtlich nähert. Vorab allerdings können auf Wilmerdorfer Gebiet nur Teilarbeiten fertiggestellt werden, zumal noch mehr als fünf Hektar Gelände im Enteignungsverfahren zu erwerben sind. In seiner gesamten Ausdehnung von der Schöneberger Grenze bis zur Rudolstädter Straße wird der Park mit dem Wilmerdorfer See als Mittelpunkt rund 20 Hektar oder 80 Morgen umfassen. Da die Kosten für den Erwerb des noch in Privatbesitz befindlichen Geländes auch nicht annähernd zu berechnen sind, so kann eine genaue Uebersicht über die finanzielle Bedeutung des Planes noch nicht gegeben werden; fürs erste rechnet der Magistrat einen Kostenbetrag von 3 121 000 Mark heraus. Hierin sind einbezogen die Ausgaben für Wildwälder mit 40 000 Mark, für ein Bootshauschen am See mit 10 500 Mark, für ein Orchester mit 65 000 Mark, für eine Fußgängerbrücke im Zuge der Wäldch. und Wäldch. Straße mit 100 000 Mark, für Laubengänge, Ballustraden, Säulen usw. mit 168 500 Mark. Der Wilmerdorfer See soll der Einwohnerstadt im Sommer zu Rudersfahrten, im Winter zum Schlittschuhlaufen Gelegenheit bieten; auch an Spielwiesen und einer Robelbahn wird es im Parkgelände nicht fehlen. Bemerkenswert sei noch, daß die Wannenseite der Straße, soweit sie das eigentliche Krongelände berührt, nach dem Bauplan beseitigt werden soll. Trotzdem der Damm dieser Straße schon vor sehr langer Zeit aufgeschüttet worden ist, leidet er unter fortwährenden Senkungen, denen nur mit großen Kosten und dennoch niemals gründlich abgeholfen werden kann. Der Verkehr von Norden nach Süden wird in Zukunft durch die Parkstraße vermittelt werden; im Zuge dieser Straße geht nämlich die jetzt im Bau befindliche Untergrundbahnbrücke.

Ober-Schöneweide.

Die Errichtung einer Flussbadeanstalt beschäftigt zurzeit die Gemeindevorwaltung. Durch Schließung der früheren Friesedischen Badeanstalt infolge der Uebernahme des in Frage kommenden Platzes durch die Stadt Berlin, ist jetzt am Orte keine Bademöglichkeit vorhanden. In der Gemeindevertretung wurde daher die Schaffung einer gemeindlichen Anstalt angeregt. Für die Anstalt stehen der Gemeinde ein Bachgrundstück an der Rigenstraße und das eigene hinter Labbers Waldschloß zur Verfügung. Wenn sich bei der Prüfung an dem letzteren gute Wasserhältnisse ergeben, soll der Bau so gefördert werden, daß die Anstalt noch in diesem Sommer benützt werden kann.

Fichtenau.

Beflagsnahme wurde gestern früh unserem Zeitungsausdräger Schmidt ein Exemplar der Unterhaltungsschrift „In freien Stunden“. Schmidt, der seinen Verkauf unterhält, stellt unseren Abonnenten den „Vorwärts“ und die Parteiliteratur zu. Um eine zeitige Bestellung zu ermöglichen, erwartet er die Abonnenten bis 7 Uhr früh am Bahnhof Rixdorf und übergibt ihnen dort ihre Zeitungen ult. Ob diese Zeit längerer Zeit ausgeübte Tätigkeit, begangen in der unmittelbaren Nähe eines staatlichen Gebäudes, erst jetzt er Polizei aufgefallen, ist nicht bekannt. Unbekannt sind auch die Gründe, welche zur Beflagsnahme der Unterhaltungsschrift geführt haben. Der gegen den Eingriff der Polizei unternommene Einspruch wird erst die nötige Aufklärung bringen.

Reinickendorf.

Ihren Willen, das die Arbeiter schon entrichtende schmähliche Dreiklassenwahlrecht zur Gemeindevorwaltung noch reaktionärer zu gestalten, bekundeten in der letzten Gemeindevorwelterkung die Mitglieder der bürgerlichen Mehrheit. Sie, die drei Viertel der Mandate innehaben und dabei noch nicht 12 Proz. der Wahlberechtigten vertreten, die es zum Teil bei ihrer Wahl mit Ach und Krach auf ganze 8 Stimmen gebracht haben, glauben die Vertreter von 88 Proz. der Wahlberechtigten, also die Träger des Vertrauens fast der gesamten Bevölkerung, dadurch brüskieren zu können, daß sie sie systematisch von allen wichtigeren Verwaltungskommissionen fernhalten oder sie doch nicht in der ihnen auf Grund ihrer Mandatszahl zutreffenden Stärke in diese wählen. Durch das Ausschließen mehrerer früherer Gemeindevorretreter waren einzelne Ergänzungswahlen vorzunehmen. Für den aus der Finanz- (Eink.) Kommission ausgeschiedenen Herrn Weder brachten unsere Genossen den Genossen Schöneberg in Vorschlag. Diese Kommission besteht aus acht Mitgliedern, von denen zwei der Gemeindevorstand wählt, die übrigen sechs Mitglieder sind Gemeindevorretreter. Obgleich es möglich war, jeder Klasse 2 Vertreter zuzubilligen, waren die Sozialdemokraten durch nur ein Mitglied vertreten. Genosse Köhn verlangte nun, daß auch in dieser Kommission die dritte Klasse paritätisch vertreten sein soll. Von den Bürgerlichen wurde der zwar nicht anwesende, nicht befragte und gar nicht in der Gemeinde wohnende Direktor Busch von einer der vielen sich in Reinickendorf breitmachenden Terrazingeseellschaften vorgeschlagen und nachdem der Schöffe Dr. Kühnemann jeden der Bürgerlichen persönlich bearbeitet, auch gewählt. So ist die dritte Klasse nach wie vor, obgleich sie ein Drittel Mandate der Gemeindevorwaltung befehlt, in dieser Kommission nur durch ein Mitglied vertreten; denn „die stänkeren ja doch bloß“, murmelte einer der Zweiklassigen, dessen Zugehörigkeit zur Gemeindevorwaltung nur noch aus der großen Vorliebe seiner Wähler für „Antiquitäten“ erklärlich ist. Und wie bei dieser, ging bei allen anderen Kommissionen, immer hübsch nach „Fähigkeit“ und „Fachkenntnis“. Von unseren Genossen gehören an der Bau- und Feuerlöschkommission der Genosse Höpfner, der Kanalisationskommission Genosse Lange, der Kommission für Ueberwachung glänzenden Mondscheins und klaren Wetters — in Reinickendorf Beleuchtungskommission genannt — Genosse Schöneberg, der Einquartierungskommission Genosse Lange, Verwertung des Gemeinde-Grundbesitzes Genosse Höpfner, der Kommission zur Auswahl unbesoldeter Gemeinbediente Genosse Lange und dem Sparkassen-Auditorium Genosse Köhn. Infolge der Errichtung des neuen Verwaltungsgeländes sind zwei ältere Gebäude, die bisher für diverse Zwecke der Verwaltung, und zwar das alte Schulhaus an der Kirche und das alte Wohnhaus neben dem neuen Verwaltungsgelände, zur Verfügung standen, überflüssig. Beide sollen der Spitzbude zum Opfer fallen. Eine längere Debatte entziffelte die Vorlage auf Ausbau der verlängerten Jutiusstraße von der Residenzstraße nach der Parkstraße. Während ein Teil der Anlieger den

Ausbau der Straße wünscht, ist ganz besonders ein Bestzer, dessen Grundstück an der einen ganzen Straßenseite grenzt — auch nicht gegen den Ausbau — wohl aber gegen seine Heranziehung zu den Anliegerbeiträgen. Während der Gemeindevorstand glaubt, daß die Heranziehung des Anliegers zu den Beiträgen zulässig und unabweisbar sei, glaubt der Gemeindevorretreter Vinkus diese Pflicht verneinen zu müssen. Seine zahlreichen auf die Materie bezüglichen Einzelheiten lassen erkennen, daß der Herr sich zumindest schon seit längerem sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat und erweckten bei einem Teil der Mitglieder das unangenehme Gefühl, daß die Besorgnis des Gemeindevorretreter Vinkus wohl allzu sehr durch den Rechtsanwält, Grundstückspekulanten und Schuldlos des „Großgrundbesitzervereins“ Vinkus, beeinflusst war. Dieser Befürchtung gaben unsere Genossen O. H. I. und Schöneberg Ausdruck, die auch die Behauptung des Rechtsanwalts Vinkus, daß die Heranziehung des betr. Anliegers eine Rigorosität sei, scharf zurückwies und die Notwendigkeit des Ausbaus des betr. Straßenteils betonten. Der Ausbau selbst wird etwa 45 000 M. erfordern, die Grunderwerbsteuern betragen 75 000 M., so daß sich die Gesamtkosten auf etwa 120 000 M. stellen werden. Nachdem noch mehrere Redner für den Ausbau plädiert und ein Verschleppungsantrag des Herrn Vinkus abgelehnt war, wurde der Ausbau der Straße beschlossen. Nach Vollendung des Verbandskantenkaufes stellte es sich heraus, daß die Aufwendungen hierfür erheblich höhere waren, als ursprünglich berechnet war. Der Kreis Niederbarnim, der schon vorher durch Vergabe eines unrentablen Darlehens in Höhe von 225 000 M. zu den Kosten beigetragen hatte, hat auf seiner letzten Kreisversammlung beschlossen, ein weiteres Darlehen von 75 000 Mark zu bewilligen, vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeinden zu einigen Änderungen des Vertrages. Die Gemeindevorwaltung stimmte dem zu. Den Gemeindevorretretern soll auf ein weiteres Jahr probeweise die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt werden. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Weiterzahlung definitiv zu beschließen, wurde abgelehnt, doch soll im nächsten Jahre diese Frage endgültig geregelt werden. Die Kosten hierfür betragen im Vorjahr nur 250 M. — Zu verschiedenen Grundstückszwecken und zum Bau des zweiten Verwaltungsgebäudes soll eine Anleihe von 770 000 M. aufgenommen werden. An der zu gründenden Kommunalbank wird sich die Gemeinde durch Uebernahme einer Aktie in Höhe von 10 000 M., die dem Depostenfonds entnommen werden, beteiligen. In der Klage gegen die Dankeschirgengemeinde (Straßenverlegung über das Kirchhofgrundstück) soll eventl. eine Einigung herbeigeführt werden. Weiter wurde beschlossen, daß der Gemeindevorstand Etatsüberschreitungen nur dann vorzulegen brauche, wenn dieselben den Betrag von 50 M. überschreiten.

Vernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Magistratsvorlage betreffend Pflasterung des Bege von der Wandlitzer Chaussee bis nach dem Pienitz-Restaurant abgelehnt und beschloffen, eine nochmalige Ausschreibung vorzunehmen. Es hatten vier Unternehmer Offerten abgegeben, die zwischen 18 024 M. bis 7400 M. differieren. Dem Rindesfordern wäre der Zuschlag erteilt worden, wenn er nicht erklärt hätte, sich in der Bodenbewegung geirrt zu haben, es lämen somit noch etwa 2—3000 M. hinzu. Der Magistrat wollte dem Rindesfordern den Vorschlag, welcher 15 114 M. verlangt hatte, den Zuschlag erteilen. Die Versammlung beschloß jedoch dem Antrage der Baudeputation gemäß eine nochmalige Ausschreibung vorzunehmen, zu welcher noch zwei weitere Firmen hinzugezogen werden sollten. Der Haus- und Grundbesitzerverein Vernau hatte ein Besuch eingereicht, wonach mit dem Bau einer Kanalisation noch fünf Jahre gewartet werden sollte. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhaft Diskussion, nach deren Verlauf schließlich die Vertreter des Gefusses erklärten, daß, da mit die Vorarbeiten usw. schon eine geraume Zeit verginge, sie nicht mehr so stritte auf den fünf Jahren bestehen wollten. Von unseren Genossen wurde den Herren erwidert, daß es wohl andere Gründe seien, die sie von ihrer Forderung abgebracht hätten. Die leerstehenden Wohnungen wären durch den Zugang jetzt wohl alle bewohnt und da müßten die Herren Hausbesitzer mit dem nötigen Nachdruck wieder Mietssteigerungen vornehmen. Der Bürgermeister erklärte, daß im nächsten Jahre die Kanalisation unbedingt gebaut werden müsse, wenn Vernau von dem durch den viergleisigen Bahnbau alsdann entstehenden Zugang Gewinn haben wolle. In nicht öffentlicher Sitzung wurde beschlossen, von der Firma Schewen, Düsseldorf und dem Zivilingenieur Jeis, Schöneberg, je ein Projekt für die Kanalisation anfertigen zu lassen.

Ein überaus frecher Diebstahl wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag in dem benachbarten Dorfe Jepernitz bei dem Bauerngutbesitzer Otto Schröder verübt. Die Diebe, welche jedenfalls ausgefuchtet hatten, daß Schröder mit seiner Frau in der fraglichen Nacht verreist war, erbrachen den Kuchstall und stahlen daraus einen 1/4-jährigen Bullen. Das ziemlich störrische Tier hat sich nun in der Nacht nicht leicht fähren lassen, und so beschloffen die Diebe, auf dem Wege nach der Kolonie Röntgenal, in der Nähe des neuen Schulhauses den Bullen zu schlachten. Von dem Tiere nahmen die Diebe nur die beiden Hinterbeinchen mit, alles Uebrige ließen sie liegen. Den Dieben glaubt man bereits auf der Spur zu sein.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm einstimmig die zur Errichtung des Hallenschwimmbades in der Kaiser Wilhelmstraße gewidmete Stiftung der Frau Bischoff an. Die Baukosten sind auf 350 000 M. veranschlagt worden, werden jedoch die Summe von 400 000 M. erreichen, falls Tiefbrunnen verwendet werden. Nach den aufgestellten Berechnungen wird mit einer Einnahme von 80 000 M. und einer Ausgabe von 36 000 M. gerechnet. Dieses Mehr muß die Stadt jährlich aufstehen. Da das Hallenschwimmbad nach dem Wunsche der Stifterin hauptsächlich für die ärmeren Bevölkerungsgute kommen soll, sollen die Preise möglichst niedrig gehalten werden. Der Betrieb wird sowohl für den Sommer wie Winter eingerichtet. Ein Kuratorium, an dessen Spitze der Oberbürgermeister steht, soll bei Richtigkeitsfragen entscheiden. — Eine Lohnhöhung sollen die Potsdamer händischen Gärtnergehilfen und Arbeiter erhalten. Weil die königliche Gartenverwaltung kürzlich die Löhne ihrer Arbeiter aufbesserte, haben einzelne städtische Arbeiter auch eine Lohnaufbesserung verlangt und gleichzeitig erklärt, aus dem händischen Dienst austreten zu wollen, wenn sie ihnen nicht gewährt wird. Trotz der Lohnaufbesserung, die die Stadtverordneten bewilligten, sind die Löhne unzureichend. Bis her erhielten die Arbeiter 3 M. pro Tag. Jetzt hat man den Lohn in Stundenlohn umgewandelt. Es sollen gezahlt werden für Arbeiter nach fünfjähriger Beschäftigung 35 Pf., nach einjähriger 33 Pf. und für die anderen 30 Pf. Durch diese Umwandlung in Stundenlohn ist in Wirklichkeit nur im Sommer eine Zulage zu konstatieren, während im Winter, wo nur wenige Stunden gearbeitet wird, der bisher bezogene Lohn kaum erreicht werden wird. — Statt 500 M. 2100 M. Nacht bietet die Havelwerft-Gesellschaft m. b. H. dem Magistrat der Stadt Potsdam für einen Teil des Grundstücks Leipziger Straße 9. Nach 10 Jahren soll diese Pacht sogar 2800 M. betragen. Der Vertrag hat eine 30jährige Gültigkeit. Der jetzige Pächter, dessen Vertrag bis 1914 läuft, soll mit 500 M. abgefunden werden, außerdem wird ihm die Gesamtpacht um 500 M. ermäßigt. — Für die Verstellung der Farrer- und Küsterwohnung im Pfarrhause der Nikolai-gemeinde werden 3180 M. bewilligt. Die Regierung, die als Patronat zur Zweidrittelstellung verpflichtet wäre, lehnt einen Beitrag ab. Die Stadt will gegen die Regierung Klage erheben.

Marktbericht von Berlin am 6. Mai 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Rosen 34,00—50,00. Spießbohnen, weiße, 35,00—55,00. Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhandl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,30. Butter 2,40—3,30. 60 Stück Eier 3,20—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kala 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Gemüse 1,20—2,00. Barische 0,90—2,00. Schlei 1,40—3,20. Meie 0,80—1,40. 60 Stück Kreise 1,60—40,00.

Wo kauft man wohl am allerbesten **Damen-Garderobe auf Kredit?**

Nirgends anders als bei **B. FEDER**
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103

Kein Geschäft unterhält die Auswahl! wie ich als meinen Kunden in all. Lägern biete **JEDE MODE-DAME** sollte im eigenen Interesse meine Neuheiten beschließen!

Mässige Anzahlung bei Entnahme eleganter **Damen-Hüte**
Pleureusen - Reiher
SCHUHWAREN
 In besonderen Abteilungen:
Herren-Garderobe
Jünglings- und Knaben-Konfektion

Gratis Ideal-Porträts bei Einkäufen von 30 M. an

B. FEDER
 Frankfurter Allee 89 Brunnenstr. 1 Kottbuser Damm 103

nur bei



Vor und nach der Arbeit
 eine **JOSETTI-CIGARETTE VERA 3 Pf**



Vornehme Herren-Bekleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**
J. Kurzberg
 auf Wunsch **Wochenrate**

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 40
 Hackescher Markt
Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz

Brikett-Verkauf 15845
 ab Bahn Str. 70 Pl. frei Haus 80 Pf.
 Ober-Schöneweide, Kaiserberg.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Sabusch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 W. G. Schmidt, Kirchbühlstr. 14.
 O. R. Gabelbusch, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Koppentstraße 82, R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
 NO. L. Nacht, Hermannstr. 12, J. Neul, Barnimstr. 42.
 N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 57, H. Trapp, Ballianstr. 6.
 Karl Mars, Greifenhagener Str. 27, J. Odusch, Razarethstr. 49.
 G. Vogel, Lortzingstr. 37, M. Tieg, Invalidenstr. 124.
 L. Dechand, Rudeplatzstr. 24.
 NW. Karl Anders, Solgawelerstr. 8.
 SW. G. Werner, Giesensaustr. 72, Dachs, Jagelberger Str. 27.
 S. St. Fritz, Pringestr. 31, F. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15, P. Gorch, Engelstr. 15.
 Adlershof, Karl Schwarzkopf, Hofmannstr. 9.
 Baumschulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Ricca, Künigstr. 10.
 Charlottenburg, Gustav Scharnberg, Selenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen, Ernst Vertmann, Köpenicker Str. 15.
 Gränau, Franz Klein, Friedr. 10.
 Johannisthal, Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst, Richard Küster, Adelsstr. 9, II.
 Köpenick, Emil Wöhler, Kiefernstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Otto Zeitel, Wartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide, Gehrt, Brüder Str. 6.
 Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedr. 7.
 Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.
 Pankow, Otto Rihmann, Mühlentstr. 30.
 Reinickendorf, P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
 Rixdorf, W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
 Rummelsburg, H. Rosenkrantz, Mt-Borghagen 56.
 Schönberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau, Köppen, Breiterstr. 64.
 Steglitz, G. Bernice, Wittenstr. 5.
 Tempelhof, Joh. Krohn, Vorulkastr. 62.
 Treptow, Robert Gramenz, Kiebschtr. 412, Laden.
 Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schilker, König-Chaussee 39a.
 Wilmersdorf, Paul Schuber, Wilhelmshaus 27.

Ziehung v. 13.-18. Mai 1912
Grosche Coburger Geld-Lotterie
 17555 Geldgewinne ohne Abzug - A

360000
100000
50000

Lose 3.- Porto u. Liste 30 Pf. extra
 empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
Emil Stiller, Hamburg
 Holzdamm 37

Ohne jede Anzahlung
Pianos Flügel und Harmoniums

erstklassiges Fabrikat!
 (5mal prämiert, Staatsmedaille)
 in allen Holz- u. Stilarten, von wunderbar. Tonfülle (Flügelton)

gegen kleine monatliche Teilzahlung ohne jeden Preisaufschlag.
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jährige schriftliche Garantie

Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Strasse 1,
 Ecke Kurfürstentor Tel. Ch. 19410
 Auch Sonntags geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Wittmoß, 8. Mai 1912
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Unter dem Schloß.
 Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Hofopern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. 1812.
 Anfang 8 Uhr.

Zeffing. Heilmliche Liebe.
Romische Oper. Der Freischütz.
Deutsches. Faust I. Teil.
Kammerstücke. Frühlings Erwachen.
Riesentänzer. Tosca.
Wespen. Die schöne Helena.
Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Titus und Salome.
Venedig. Der liebe Augustin.
Wespen. Alles für die Firma.
Vollspielhaus. Ein Wandbünd.
Berliner. Große Rollen.
Neues Opernhaus. Mädchenmarkt.
Schiller O. Don Carlos.
Schiller + Charlottenburg. Die Haubenlerche.
Russen. Gold und Liebe.
Rose. 500 000 Teufel.
Trianon. Der Ehemann am Fenster.
 Ein angebrochener Abend.
Thalia. Antolleschen.
Ricines. Der Nachtmöcher. Letztens Geburtstag.
Metro. Schwindelmeier u. Co.
Haberland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Wagon. Spezialitäten.
Vaudeville. Spezialitäten.
Reichshallen. Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
 Die leuchtende Sultanne.
Polites Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Um eine Krone.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.
 Direction Richard Alexander.
 8 Uhr:
Alles für die Firma.
 Schwan in 3 Akten von H. Hennequin
 und G. Müllers.
 Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Zum erstenmal:
Die Haubenlerche.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Luise-Theater.
 Heute Mittwoch:
Gold und Liebe.
 (The King of Gold.)
 Donnerstag: Ich lasse Dich nicht.
 Freitag und folgende Tage: Gold und Liebe. (The King of Gold.)

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
5 x 100 000 Teufel.
 Donnerstag: Die Grille.

Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
 Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik H. Nelson. U. a. Länge v. H. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
 Ein sensationeller Erfolg
Will Bishop
 in seiner Langzeitaktion.
Robins
 der
 urkomische
 u/a.

Ki-Ko-Kvöll
 früher Neues Kgl. Opernhaus.
Lichtspiele
 in wirklichen Naturfarben
Kinemakolor.
 Nur noch kurze Zeit das von der gesamten Presse glänzend besprochene, farbensprühende Prachtprogramm.
Gr. Orchester mit Gesang.
 Täglich von 4-11 Uhr - Montag von 4-7 Uhr Schüler-Vorst. zu besonders ermäßigten Preisen. Unsere Eintrittskarten gelten auch für den Besuch des **Konzertgartens.**

Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar
 Brühbild und Dusore
 Deutschland u. Frankreich
 lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Königstadt-Kasino.
 Gde Holzmarkt- u. Alexanderstraße
 Täglich wochentags von 1/2 8 Uhr
 Sonntags von 1/2 6 Uhr:
Das brillante Walzprogramm
 9 Spezialitäten u. Mutterline.
 Gelangspolke von D. Klein.
 Vorzugsorten haben an allen Sonntagen Günstigkeit. - Mittwoch - Sonnab. u. Sonntag Tanz.

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
 Hierauf: Ein angebrochener Abend.

Union-Theater
 Der **fliegende Zirkus**
 Artisten-Tragödie in 4 Akten.

Die **„Titanic“**
Katastrophe.
 Authentische Aufnahmen.
Der Kampf mit dem Automobil-Verbrecher Bonnot.
 usw. usw. usw.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.
 Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. - Jahres-Abonnements an allen 3 Schalter-Kassen.

Casino-Theater
 Lortzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Nur noch bis 29. Mai das glänzende neue Programm 6 erstklassige Spezialitäten - Schlager. Wiesen-Lagerhof der Wölfe
Die lustige Strohwitwe.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Unsere Heben Frauen.

Voigt-Theater.
 Geländrücken Badstraße 58.
 Heute Mittwoch, den 8. Mai:
Die Macht der Liebe.
 Vaudeville in 5 Aufzügen.
 Freitag, den 10. und Sonntag, den 12. Mai: Dasselbe.
 Kassenöffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Luna Park
30 Weltattraktionen
 Kongo, Liebesmühle, Rodelbahn, Schwebebahn, Lilliputz, Johnstown, Amor im Mond, Ballhaus, Zeppelin, 4 Elemente, Zauberburg, Luna-Theater, Hippodrom, Affentheater, Gebirgsbahn, Teufelrad, Pathéphon usw. usw. usw.

Konzerte:
 Transleator, Militär-Orchester und Bayerisches Ensemble.
 Entree 50 Pf. Saisonkarten alle Tage gültig 5 M.
 (A. Wertheim, Invalidendank.)

Passage-Theater.
Claire Waldoff
Littke Carlson
Alt-Bonner
Studenten
 und das große **Mal-Programm!**
 14 Varietés-Attraktionen!

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße,
Z. Z. einziger Eispalast Deutschlands
 Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne“. Die kl. Walz-Königin Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
 Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
 Beste von Reijel.
 Anfang Bodentags 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Donnerstag, den 9. Mai 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Versammlung für Berlin u. Vororte.

Tagesordnung: 129/1*
Stellungnahme zu der Tarifvertragspolitik des Arbeitgeberverbandes. Referent: Landtagsabgeordneter H. Leinert.
Kollegen! Zeigt durch den Massenbesuch, daß Ihr gewillt seid, Eure wirtschaftliche Lage verbessern zu wollen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 10. Mai 1912, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:

Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung: 192/12
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 1. Quartal 1912. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Verbandsbuch legitimiert.
Da wichtige Sachen zur Kenntnis zu nehmen sind, ist es Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen. Der Vorstand.

Verband der Hausarzt-Vereine!

Bezirk Moabit. Donnerstag, den 9. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminushallen“, Bremer Straße 72, und „Artushof“, Perleberger Straße 26:

Zwei öffentl. Versammlungen.

Tagesordnung:
„Was leistet der Hausarztverein der arbeitenden Bevölkerung?“
Diskussion! Aufnahme neuer Mitglieder!
Referenten: Die Genossen Otto Hagen und Georg Jakob.
NB. Aufgenommen als Mitglied werden nur Familien, deren Ernährer für ihre Person krankenkassenversicherungspflichtig sind.
Der Vorstand. Ges. Hagen, 1. Vorsitzender, Berlin 87, Kottbuser Str. 21, vorn III.

Steinarbeiter!

Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in den „Arminushallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den ausstehenden Anträgen zum Verbandstag.
2. Bericht über den Stand der Verhandlungen zwecks Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises. 3. Beschlußfassung über die Höhe der diesjährigen Waimark und Ausgabe derselben. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, insbesondere derjenigen, die noch nicht im Besitze der Arbeitslosenunterstützungs-Cautionkarte sind, zu erscheinen.
171/11* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof I, Charitéstraße 3. Hof III, Amt Norden, Nr. 1239. Amt Norden, Nr. 1087.

Donnerstag, den 9. Mai 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bartsch (früher Hoppe), Neukölln, Hermannstraße 49:

Bezirksversammlung für Riedorf.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Bezirksversammlung vom 29. April.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 9. Mai, abends 6 Uhr, im Lokal von Wersowski, Andreasstr. 26:

Versammlung

für alle in der Möbelschloßbranche beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Da der erste Punkt der Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit ist, wird das Erscheinen aller Kollegen bestimmt erwartet.
Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
116/19 Die Ortsverwaltung.

Wäschearbeiter u. -Arbeiterinnen!

Freitag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung

im großen Saale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Tagesordnung:
1. Welche Vorteile haben die Krankenkassen-Mitglieder durch den Zusammenschluß der Ortskrankenkassen. Referent: Stadtverordneter N. Ritter. 2. Diskussion. 292/5
Kollegen und Kolleginnen! In dieser äußerst wichtigen Versammlung ist das Erscheinen sämtlicher Stammmitglieder unabdingte Pflicht, um aber die durch den Zusammenschluß entstehenden Vorteile zu diskutieren.
Keiner darf fehlen!
Der Vorstand, Herr Donat, und der Vorsitzende der Wäschekrankenkasse, Herr Sternberg, sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.
Der Einberufer.

Kochrezepte erregen bei Hausfrauen immer viel Interesse, besonders aber, wenn sie Gerichte betreffen, die infolge ihrer leichten Verdaulichkeit und ihres hohen Nährwertes auch Kranken und Konvaleszenten gereicht werden können. Das Aufsele-Kochbüchlein enthält 104 solcher aus-erprobter Original-Kochrezepte für Kranke und Gesunde und ist in den Verkaufsstellen des Präparates kostenlos erhältlich.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Injetateneil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Neukölln.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maurer usw.

„Grundstein zur Einigkeit“. Freitag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von O. Wolf, Kirchhofstr. 41: 149/5

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.
Die örtliche Verwaltung.

Von der Reise zurück 78/18
Dr. med. Magnus Hirschfeld

Los nur 1 Mark.

Ziehung schon 14. Mai Mecklenburgische Pferde-

Lotterie

1538 Gewinne I. W. v. z. M.

70000

40000

10000

5000

3000

Los à 1 M. 11 Lose aus verschied. Taus. 10 M.

Porto u. Liste 25 Pf. extra durch das General-Debit

H. C. Kröger

BERLIN W 8, Friedrichstr. 193 a
Ecke Leipziger Straße
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstell.
Telegr.-Adr.: „Goldquelle“

Tafelbrot-Flossfabrikanten

find überall erhältlich
Sovon bin aber hochzufrieden
Tafelbrot
Die Qualität ist hervorragend!

Kranken- u. Sterbekasse No. 6

Gegr. 1773.
Montag, d. 13. Mai, abends 9 Uhr:
Außerordentl. Versammlung
im Rajenlokal, Landberger Str. 89.

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die von der Aufsichtsbehörde verlangte Beitragserhöhung. 2. Verschiedenes. 79/2*
Der Vorstand.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neus Promenade 8, II. (Städt. Börs.)

Achtung!

Strebsamer Dachdecker
findet sichere Stellen in Eichwalde, 25 Minuten vom Görtzer Bahnhof.

Zigarren-W. Herbst

Fabriken
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3673.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändler bestens empfohlen.
Tarifarbeit.



Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börs.

Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur **4.75**

schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons jetzt nur **5.95**

schwarz prima Chevreau mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Good-year-Welt jetzt nur **7.95**

braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur **4.95**

braun la Chevreau m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons jetzt nur **6.75**

braun la Chevreau, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstief., breite Fassons, kräftig. Straßentiefel, auch Zug und Schnalle. jetzt nur **5.95**

schwarz Chevreau-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**

schwarz Chevreau-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt jetzt nur **8.95**

braun Chevreau-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**

braun la Chevreau-Herrenstiefel, neueste Formen jetzt nur **8.25**

braun la Chevreau-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35

1.55 2.95 3.25 3.75

braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35

2.95 3.45 3.75 4.25

Herren-Halbschuhe **5.95**
amerik. Fassons, schwarz, jetzt nur

Halbschuhe

Damen, im Chevr. mit Lackk., jetzt nur **3.95**

braun Chevreau m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**

schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur **4.95**

braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**

Samt-Halbschuhe schwarz u. grau jetzt nur **3.95**

Lack mit Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Stellmacher.

Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht vom 1. Quartal. 2. Der Stand unserer Lohnbewegung. 3. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer!

Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen.

Versammlungsorte:
1. Bezirk bei Wersowski, Andreasstr. 26.
2. „ bei Glische, Koppenhagen Str. 74.
3. „ bei Zausch, Breitenstr. 35.
4. „ bei Schent, Neukölln, Rosenstr. 24.
5. „ bei Wiemers, Bölowstr. 58.
6. „ bei Welzer, Bienenstr. 29.
7. „ bei Thunack, Charlottenburg, Bismarckstr. 4.

Bautischler!

Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Großhoff, Admiralsstr. 18a.
Bezirk 2: Osten bei Drainer, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glische, Koppenhagen Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zausch, Breitenweg Str. 35.
Bezirk 5: Neukölln bei Schent, Rosenstr. 24.
In dieser Versammlung sind die Kollegen von Köpke, Loge-straße, besonders eingeladen.

Maschinenarbeiter!

Samstag, den 12. Mai 1912:

Besichtigung d. Arbeiter- Wohlfahrtsausstellung

Charlottenburg, Fraunhoferstr. 12.
Die Kollegen treffen sich mittags 12 1/2 Uhr vor der Ausstellung.
83/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.
Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, Prinzen-Allee 33:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Arbeitsnachweis. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
143/10 Der Vorstand.

Jeden Wunsch-Konzert bei verstärktem
Mittwoch: Hackepeter, Große Frankfurter Str. 106.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Vieniung auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Quercitron.)
Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. — Groß-Apotheke, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg.

Ohne Anzahlung

Referat an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate (mit Vereinbarung und bequemster Abzahlung)

komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzeln

Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN

Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Straße
Sonntags 8-10 Uhr geöffnet